

AUSDRUCK

Das IMI-Magazin Ausgabe Juni 2009

ISSN 1612-7366

Inhaltsverzeichnis

Deutschland und die Bundeswehr

Sarah Nagel
Hochschulen forschen für den Krieg 1

Christoph Marischka
Die neueste Truppe: Spezialeinheit der Bundespolizei für Auslandseinsätze aufgestellt 7

Uwe Reinecke
Der militarisierte Kirchentag 8

Michael Schulze von Glasfer
Briten üben den Krieg: „Kampfdörfer“ in Senne 10

Lucius Teidelbaum
Über braune Friedensengel: Nazis auf der Suche nach ihrem Frieden 12

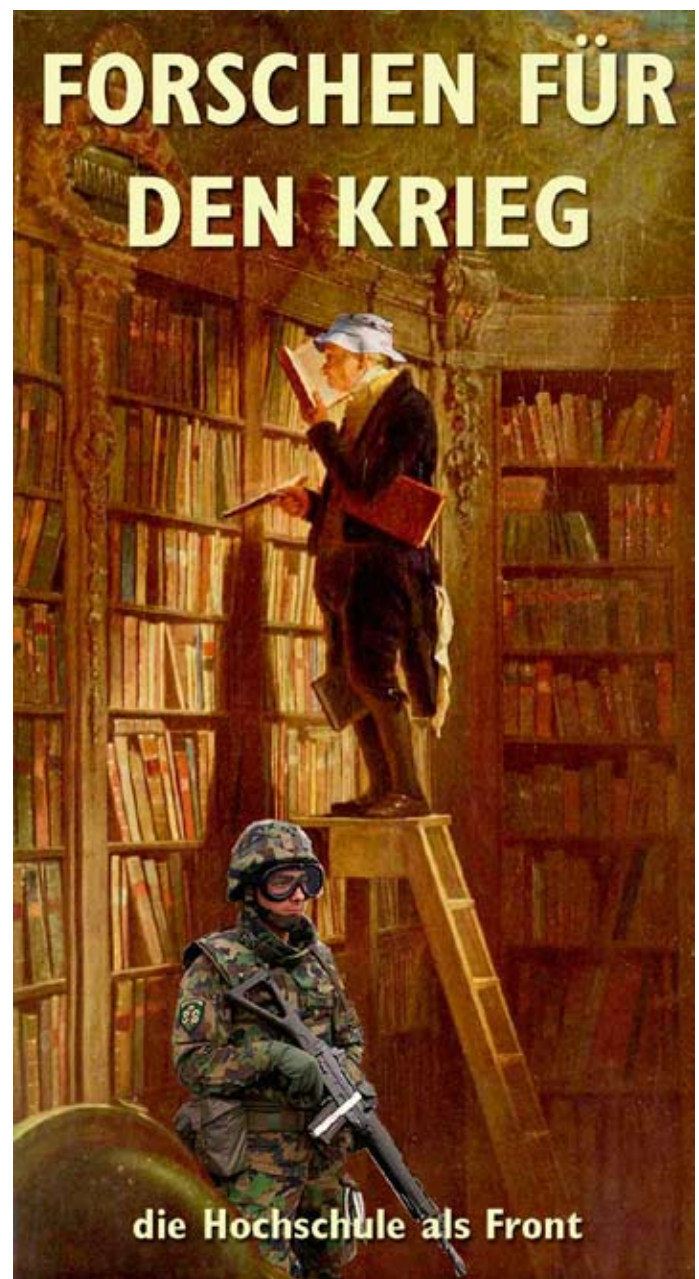
EU-Militarisierung

Andreas Seifert
Die Front ist da, wo wir sind: Europäische Marinestrategie 15

Christoph Marischka
Die europäische Sicherheitspolitik in Westafrika 17

China

Andreas Seifert
Stabilität um jeden Preis? 23
Umbau der Sicherheitsstruktur in der VR China



Editorial:

Der letzte AUSDRUCK erschien Anfang Juni, kurz bevor wir uns in die Region um Strasbourg, Kehl und Baden-Baden aufmachten, um uns an den Protesten gegen den NATO-Jubiläumsgipfel zu beteiligen. Wir kehrten - wie sicherlich viele Teilnehmer - mit sehr gemischten Gefühlen zurück. Im Gegensatz zu anderen Gruppen halten wir es für einen Erfolg, dass sich etwa 30.000 Menschen an den Protesten beteiligten und auch, dass im Rahmen der geplanten Blockaden das gelang, was die französische Regierung und ihre bewaffneten Kräfte um jeden Preis verhindern wollten: Den Protest in die Innenstadt zu tragen.

Die Repression, die uns entgegenschlug, und die Kaltschnäuzigkeit, mit der die NATO, die deutsche und die französische

Regierung Menschenrechte, das Recht auf Ausreise und die Demonstrationsfreiheit außer Kraft setzten, haben uns erschüttert. Aber sie haben uns auch in dem bestätigt, was seit je her Teil unseres Ansatzes ist: Dass der Kampf um Rechte und der um Frieden unmittelbar miteinander verknüpft sind. Trotzdem sind wir noch immer etwas sprachlos. Die Tage am Rhein sind uns allen noch präsent und Gegenstand zahlreicher Diskussionen, eine abschließende Bewertung findet sich deshalb in diesem AUSDRUCK nicht. Dafür findet sich in dieser Ausgabe eine Analyse nationalstischer Kritik an der und Mobilisierung gegen die NATO und deren Unterschiede zu der unsrigen.

Am 7. Juni fanden die Wahlen zum Euro-

päischen Parlament statt. Unser Vorstandsmitglied Tobias Pflüger gelang der Einzug ins EP diesmal nicht. Dies wird sicherlich Folgen auch für die IMI haben, die wir im Moment nicht absehen können. Wir werden unsere Mitglieder, LeserInnen und FreundInnen auf dem Laufenden halten. Basis der IMI war und ist stets der Verein und diese Basis muss nun erweitert werden. Wir meinen, dieser AUSDRUCK liefert eine Menge guter Gründe dafür, Mitglied zu werden und Mitglieder zu werben.

Die Redaktion

Impressum

Der AUSDRUCK wird herausgegeben von der Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V. Tübingen.

Redaktion: Das Aktiventreffen der Informationsstelle Militarisation, Jürgen Wagner, Christoph Marischka (verantwortlich), Andreas Seifert (Layout).

Erscheinungsweise: Der AUSDRUCK erscheint zweimonatlich jeweils zu Beginn des Monats.

Druck: Campus Druck, Hechinger Str. 203 (Sudhaus), 72072 Tübingen.

Bezugsbedingungen: Mitglieder und Förderer der Informationsstelle Militarisation erhalten den AUSDRUCK kostenlos (ab einem Beitrag von 5 Euro im Monat). Im Jahresabo (6 Hefte): 20 Euro bzw. Förderabo 35 Euro.

Bezugsadresse: Informationsstelle Militarisation e.V., Hechingerstr. 203, 72072 Tübingen.

Hinweise zu einzelnen Texten:

Δ Christoph Marischka, Neueste Truppe, in: junge welt 9.5.2009.

Bildnachweise: Titelbild: IMI.

Hinweise zu den Autoren dieser Ausgabe:

Christoph Marischka und Andreas Seifert sind IMI-Vorstandsmitglieder. Uwe Reinecke ist IMI-Beirat. Sahra Nagel und Lucius Teidelbaum waren Praktikanten der Informationsstelle. Michael Schulze von Glaßer ist IMI-Mitglied, freier Journalist und Student der Politikwissenschaft.

Spenden- Information

Die Informationsstelle Militarisation ist ein eingetragener und als gemeinnützig anerkannter Verein. Die Arbeit der Informationsstelle trägt sich durch Spenden und Mitgliedsbeiträge, bzw. Förderbeiträge. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen, wie auch Sie IMI stützen können erfahren Sie auf unserer Homepage (www.imi-online.de), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen. Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unser Spendenkontonummer ist:
1662832 bei der Kreissparkasse Tübingen
(BLZ 641 500 20)

Die Adresse der Informationsstelle:
Informationsstelle Militarisation e.V.
Hechinger Str. 203
72072 Tübingen

Telefon: 07071/49154
Fax: 07071/49159
e-mail: imi@imi-online.de
web: www.imi-online.de

Hochschulen forschen für den Krieg

von Sarah Nagel

Im Jahr 2008 hat die Bundesregierung 1,1 Milliarde Euro dafür gezahlt, dass an Hochschulen und in so genannten An-Instituten¹ Rüstungsforschung betrieben wird. Das Bundesministerium für Verteidigung (BMVg) vergab Aufträge für bundeswehrrelevante und wehrtechnische Forschung an Hochschulen in zehn Bundesländern.² Insgesamt führen 27 Hochschulen derartige Projekte durch. Daneben erhielten auch einschlägige Forschungseinrichtungen wie die Forschungsgesellschaft für Angewandte Naturwissenschaften (FGAN), das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) oder die Fraunhofer Gesellschaft Aufträge. Im Rahmen des 7. Forschungsprogramms der EU wird an Hochschulen auch im „Forschungsprogramm für die zivile Sicherheit“ gearbeitet, dessen Ergebnisse teils ebenfalls „sicherheitsrelevant“ sind. Gleichzeitig ist 2007 das deutsche Forschungsprogramm zur „zivilen Sicherheit“ gestartet. Die Forschungsprojekte reichen insgesamt von der Entwicklung besserer Panzerungen über wehrpsychologische Projekte bis hin zu sozialwissenschaftlicher Forschung. Auch in der Lehre gibt es Verbindungen zwischen Hochschulen und der Bundeswehr. Von einzelnen Vorträgen mit Jugendoffizieren über Personalüberschneidungen bis hin zum Studiengang „Military Studies“ bestehen teils „erfreulich intensive“ Kooperationen, wie es im Jahresbericht der Jugendoffiziere 2007 heißt.³

Forschen für die Bundeswehr

Seit den 1990er Jahren schickt die Bundesregierung die Bundeswehr wieder zu Kampfeinsätzen ins Ausland, die Bundeswehr wird weiter zu einer interventionsfähigen Armee ausgebaut. Damit weitet sich auch der Forschungsbedarf aus: Die Bundesregierung ist mit allem konfrontiert, was Auslandseinsätze mit sich bringen. Dazu gehören die Rekrutierung, die Eignungsfeststellung und die Behandlung von verletzten und traumatisierten Soldaten genauso wie Waffen, technisches Gerät und Ausrüstung im Einsatz. Auch die langfristige Besetzung von Ländern wirft für die Bundesregierung neue Fragen auf.

Im Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) wird etwa zu biomorphen SISIC-Keramiken geforscht, die zum Beispiel für den Bau von Hubschrauber-

panzerungen verwendet werden. Im DLR wird deshalb die „Mehrfachbeschussfähigkeit“ des Materials getestet.⁴ Auch am Ernst-Mach-Institut der Fraunhofer Gesellschaft in Freiburg wird zu diesen Keramiken geforscht.⁵ Aber nicht nur eindeutige Rüstungsforschung wird von der Bundesregierung als „bundeswehrrelevant“ eingestuft, sondern auch Projekte wie die „Entwicklung, Erprobung und Evaluation eines wehrpsychologischen Qualitätsmanagements“ (Ruhr-Universität Bochum) oder die Entwicklung von Verfahren für Eignungstests von Offiziersbewerbern (TU Dortmund).⁶

Den Projekten ist nicht immer am Titel anzusehen, dass es sich dabei um bundeswehrrelevante Forschung handelt. „Es wird auf dieser Ebene nichts geheim gehalten. Es wird nur nichts mitgeteilt – das aber gründlich“, schrieb Rainer Rilling schon 1988 über Rüstungsforschung in Deutschland.⁷ Seither hat sich daran nicht viel geändert: An vielen Hochschulen ist weder den Studierenden noch allen Mitarbeitern bewusst, dass nebenan für den Krieg geforscht wird. Einige „Kleine Anfragen“ der Linksfractionen in Bundestag und den Landtagen haben im letzten Jahr gezeigt, dass teilweise schon seit Jahren solche Forschungsprojekte laufen.

An einigen Universitäten verstößt die Rüstungsforschung auch gegen die Satzung, weil dort aufgrund der Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs eine Friedensklausel verankert wurde, die wehrtechnische Forschung verbietet. So hatte beispielsweise der Akademische Senat der Technischen Universität Berlin 1991 beschlossen, dass „keine Aufträge oder Zuwendungen für rüstungsrelevante Forschungen entgegenommen werden sollen“. Die Universität habe eine Verpflichtung gegenüber der Vergangenheit, erklärte die Pressespre-



cherin der TU Kristina Zerges Anfang 2009. An der Vorgängereinrichtung der TU Berlin hatte bis 1945 in großem Maßstab Rüstungsforschung stattgefunden. „Wir haben die Zivilklausel aus ethischen Gründen eingeführt, vor Gericht hätte sie aber kaum Bestand“, meint Zerges. „Doch bislang gab es noch keinen Professor, der sich über die Vereinbarung hinweggesetzt hat.“⁸ Dies ist jedoch nicht richtig. Schon seit Jahren erhält die TU Berlin Drittmittel vom Bundesverteidigungsministerium, wie Studierende durch die Antwort auf eine Kleine Anfrage im Bundestag herausfanden. „Die Tatsache, dass sich die Kleine Anfrage nur auf den Zeitraum von 2000 – 2008 bezieht und die TU bereits 2000 genannt wird, lässt befürchten, dass seit noch längerer Zeit für das BMVg geforscht wird als aus der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage ersichtlich wird“, schreibt der AStA der TU. An der TU findet sowohl wehrtechnische als auch wehrmedizinische Forschung statt. Seit dem Jahr 2000 hat das BMVg dafür mindestens 451.848 Euro gezahlt. Bei einer Anfrage dazu zeigte sich selbst der Rektor der Hochschule überrascht. „Der Fakt, dass der Universitätspräsident von der Studierendenschaft unterrichtet werden muss, wobei diese es wiederum zufällig aus dem Bundestag erfahren muss, spricht Bände über die Transparenz an der TU.“⁹

Auch am Forschungszentrum Karlsruhe gibt es eine Friedensklausel. Hier soll die Universität aber mit dem ehemaligen Kernforschungszentrum zum „Karlsruhe Institute of Technology (KIT)“ verschmolzen werden, an dem ebenfalls Rüstungsforschung stattfindet. Am Institut für Nachrichtentechnik wird im Projekt „Software Defined Radio (SDR)“ geforscht, an dem auch die Bundeswehrhochschule München beteiligt ist. Die Ergebnisse werden verwendet, um die digitale Kommunikation vor allem in multinationalen Einsätzen zu verbessern. Vor allem in den Interventionen in instabilen oder als „zerfallen“ deklarierten Staaten wird SDR gebraucht. „Soldaten in multinationalen Truppen bekommen eine Vielzahl von Informationen, von Satellitenbildern bis zum Wetterbericht und Funkbefehle verschiedener Kommandoebenen. Wenn ein Computer den Informationsfluss individuell anpasst, kommen die Soldaten nicht so schnell durcheinander und können besser kämpfen“, meint Dietrich Schulze von der Naturwissenschaftler-Initiative – Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit (NatWiss), der am Karlsruher Forschungszentrum gearbeitet hat und sich am Bündnis für die Zivilklausel beteiligt.¹⁰ Wie sich die Bundeswehr die Verwendung

solcher Technologien vorstellt, erklärte Heeresinspekteur Hans-Otto Budde im Jahr 2004: „Wir brauchen den archaischen Kämpfer und den, der den High Tech Krieg führen kann. Diesen Typus müssen wir uns wohl vorstellen als einen Kolonialkrieger, der fern der Heimat bei dieser Art von Existenz in Gefahr steht, nach eigenen Gesetzen zu handeln.“¹¹

In Karlsruhe bemüht sich ein Bündnis aus Studierenden, Gewerkschaftern und NatWiss, die Friedensklausel auch auf das KIT zu übertragen und die Kriegsforschung damit zu unterbinden. In Karlsruhe wird eine grundsätzliche Diskussion dazu geführt, ob die in der Verfassung festgeschriebene „Freiheit der Wissenschaft“ auch bedeuten darf, dass für den Krieg geforscht wird – besonders, wenn schon eindeutig festgelegt ist, dass nur für zivile Zwecke geforscht werden soll.¹² Die Universitätsleitung hält eine Ausweitung der Zivilklausel nicht für notwendig. Die Mehrheit der Studierenden hat jedoch im Januar bei einer Urabstimmung für die Klausel gestimmt.¹³

Die Argumentation der Befürworter von Rüstungsforschung verläuft in Karlsruhe und anderswo häufig auf der Ebene des Sachzwangs: „Deutschland schickt seine Soldaten an Brennpunkte in der ganzen Welt, die müssen vernünftig ausgestattet sein, um ihre Aufgaben zu erfüllen“, meint Friedrich Jondral, Leiter des Instituts für Nachrichtentechnik an der Universität Karlsruhe, an dem bereits heute Rüstungsforschung stattfindet. „Letztlich geht es darum, effizienter zu töten“, sagt wiederum Dietrich Schulze. Die Kooperation zur Rüstungsforschung ist dabei in Karlsruhe nichts Neues. Schon seit 1964 bestehen Verbindungen zwischen der Universität und dem Ettlinger Institut der FGAN, das zum Großteil vom BMVg finanziert wird.¹⁴

Baden-Württemberg ist neben Nordrhein-Westfalen das Bundesland, in dem am meisten Rüstungsforschung stattfindet. Unter anderem sitzen dort drei der fünf Institute der Fraunhofer Gesellschaft (FhG), die sich zum „Verbund Verteidigungs- und Sicherheitsforschung (VVS)“ zusammengeschlossen haben. An einem dieser Institute, dem Ernst-Mach-Institut (EMI) in Freiburg, wurde zwischen 2000 und 2007 unter anderem an Artilleriezeitzündern, gepanzerten Fahrzeugen, der Risikoanalyse von Überflügen, der Lenkung von Geschossen und an Mikrowellenwaffen geforscht.¹⁵ Die Fraunhofer Gesellschaft macht keinen Hehl daraus, dass dort Rüstungsforschung betrieben wird. In seinem „Mission Statement“ erklärt der VVS: „Die für diese Institute traditionelle Verflechtung von zivilen und wehrtechnischen Forschungsfeldern

stellt eine wichtige Quelle für Innovation und Leistungserweiterung zum Nutzen der Auftraggeber dar.“¹⁶ Die Verflechtung mit ziviler Forschung treibt das EMI unter anderem voran, indem Stellenausschreibungen per Mail an die Studierenden der mathematisch-physikalischen Fakultät der Universität Freiburg gesandt werden, in denen „begeisterungsfähige Wissenschaftler“ gesucht werden. Das FhG-Institut für Angewandte Festkörperphysik in Freiburg hat gleichzeitig unter anderem den Airbus A400M mitentwickelt, der ab diesem Jahr von der Bundeswehr eingesetzt werden sollte. Daneben waren in den vergangenen Jahren aber auch die Universitäten Karlsruhe, Tübingen, Ulm, Freiburg, Heidelberg und Hohenheim an wehrmedizinischen Projekten beteiligt, welche die Bundesregierung als bundeswehrrelevant bezeichnet.¹⁷

Mindestens bis zum Jahr 2009 fand auch an der Universität Jena vor allem psychologische Forschung für militärische Verwendung statt, unter anderem zur „Verbesserung der wehrpsychologischen Eignungsdiagnostik durch moderne mehrdimensionale Messmodelle“.¹⁸

In Nordrhein-Westfalen wird ebenfalls an einigen Hochschulen für den Krieg geforscht. An der Universität Witten-Herdecke wurde bis 2007 an der „Beratung und Umsetzungsförderung bei der Gestaltung der Studienberatung in der OPZ [Offiziersbewerberprüfzentrale] der Bundeswehr und die Entwicklung eines sequenziellen Entscheidungsmodells“ gearbeitet. Die Uni Witten-Herdecke arbeitet damit der Bundeswehr bei ihren Bemühungen zu, qualifiziertes Personal zu rekrutieren. Die Studienberatung ist Teil des Bewerbungsverfahrens für Offiziersanwärter der Bundeswehr. Auch an der TU Dortmund wurde zur Eignungsfeststellung von Offiziersbewerbern geforscht. Gleichzeitig ging es dort in einem weiteren Projekt zu „Chronotyp und Melatoninsynthese“ um die Auswirkungen von Schichtdiensten, die für militärische Einsätze relevant sind. An der Universität Düsseldorf wurde die „Extraaurale Wirkung von tieffrequentem Schall/Infraschall auf Bedienstete im Bereich des Bundesministeriums der Verteidigung“ untersucht – dabei geht es offenbar um die Auswirkung von Fluglärm auf Soldaten und Beamte. An der Universität Köln wurde zur Auswirkung von Senfgas geforscht, an der Universität Wuppertal zu Flugpsychologie.

Mit Abstand das meiste Geld zahlte das BMVg an die Deutsche Sporthochschule Köln. Allein im Jahr 2007 zahlte das BMVg 818.000 Euro für zwölf Projekte, unter anderem zur Steuerung von Flugzeugen unter erhöhter Last und der Auswirkung

von Ermüdung „während einsatztypischer Überwachungs- und Beobachtungsaufgaben“.¹⁹

Bisher hat nach Angabe der Regierung keine Hochschule einen Auftrag des BMVg abgelehnt. Das könnte auch damit zusammenhängen, dass Forscher vermehrt davon abhängig sind, externe Geldgeber für Projekte zu finden. „Wenn ich gezwungen bin, Drittmittel einzuwerben, muss ich sehen, wo ich die herbekomme“, meint Jondral.²⁰ Die Befürworter der Friedensklausel am KIT sehen in der Rüstungsforschung auch eine Behinderung friedlicher Lösungen von Konflikten, weil Militärforschung Produkte hervorbringt, die verkauft werden müssen.

In welchem Umfang neben der Drittmittelvergabe durch das BMVg auch direkte Kooperationen in wehrtechnischen Forschungsangelegenheiten mit privaten Firmen stattfinden, darüber macht die Bundesregierung keine Angaben. Dass an einigen Stellen eine Zusammenarbeit von Rüstungsunternehmen und Hochschulen besteht, ist jedoch sicher. Die Universität Stuttgart kooperiert etwa mit dem Unternehmen Eurocopter, einer Tochter des Luft- und Raumfahrtunternehmens EADS. Eurocopter stellt neben zivilen auch militärische Helikopter her und hält in diesem Bereich einen weltweiten Marktanteil von etwa 25 Prozent. Ziel des am 1. April 2009 unterschriebenen Partnerschaftsabkommens mit der Uni Stuttgart sei die Zusammenarbeit bei technologischen Themen sowie bei der Ausbildung künftiger Ingenieure. „Geplant ist eine Vorlesungsreihe mit Eurocopter-Ingenieuren als Referenten über Hubschraubertechnologie, Firmenbesichtigungen für Studierende und das Angebot von Praktikums- und Diplomanstellen“, heißt es in der Presseerklärung der Uni Stuttgart. Ziel der konkreten Forschungsarbeit sei die Herstellung von Rotorblättern, Hubschrauberstrukturen sowie die Fertigung von Airbus-Türen.²¹

Wie viel verteidigungsrelevante Forschung an zivilen Hochschulen und An-Instituten in den vergangenen Jahren schon stattgefunden hat, lässt sich nur bis zum Jahr 2000 zurückverfolgen. Davon seien die entsprechenden Daten nicht erhoben worden, erklärt die Bundesregierung.²² Es ist davon auszugehen, dass die Forschung schon lange vorher stattgefunden hat.

Die Zunahme von militärischen Interventionen der Bundeswehr bedeutet, dass mehr und vor allem umfassendere Forschung dafür betrieben werden muss. Gerade in den vergangenen Jahren ist neben explizit wehrtechnischer Forschung auch nichttechnische und vor allem sozialwissenschaftliche Forschung für BMVg und Bundeswehr

Hochschulen, die seit 2000 wehrtechnische und bundeswehrrelevante Forschung betreiben oder die Projekte im Rahmen des Programms „Forschung für Zivile Sicherheit“ durchführen (exklusive EU- und industrielle Drittmittelprojekte)	Wehrmedizinische Forschung	Wehrtechnische Forschung	Projekt im Rahmen des Programms „Forschung für die zivile Sicherheit“	Sonstiges	Hochschulen, die seit 2000 wehrtechnische und bundeswehrrelevante Forschung betreiben oder die Projekte im Rahmen des Programms „Forschung für Zivile Sicherheit“ durchführen (exklusive EU- und industrielle Drittmittelprojekte)	Wehrmedizinische Forschung	Wehrtechnische Forschung	Projekt im Rahmen des Programms „Forschung für die zivile Sicherheit“	Sonstiges
Baden Württemberg					Nordrhein-Westfalen				
Uni Freiburg	●		●		TH Aachen	●			
Uni Heidelberg	●				Uni Bochum	●		●	
Uni Hohenheim	●				Uni Bonn	●		●	
Uni Karlsruhe		●	●		FHS Bonn-Rhein-Sieg		●		
Uni Stuttgart			●		Uni Dortmund	●		●	
Uni Tübingen	●		●		Uni Duisburg	●			
Uni Ulm	●				Uni Düsseldorf	●			
Bayern					Uni Köln	●			
Uni Erlangen-Nürnberg			●		Dt. Sport HS Köln	●			
TU München	●		●		FH Köln			●	
Uni der Bundeswehr München		●		● ¹	Uni Münster	●			
Uni München	●	●			Uni Paderborn		●	●	
Uni Passau	●				Uni Siegen			●	
Uni Regensburg	●				Uni Witten/Herdecke	●			
Uni Würzburg	●		●		Uni Wuppertal			●	
Uni Augsburg				● ²	Rheinland-Pfalz				
Berlin					TU Kaiserslautern			●	
Charité	●		●		Uni Mainz	●			
FU Berlin			●	● ³	Saarland				
THS Berlin		●			Uni des Saarlandes	●			
TU Berlin	●	●	●		Sachsen-Anhalt				
Brandenburg					Uni Magdeburg				● ⁷
Uni Potsdam				● ⁴	Sachsen				
TFH Wildau			●		TU Dresden	●			
Hamburg					Uni Dresden				● ⁸
Uni der Bundeswehr Hamburg	●	●		● ⁵	Uni Leipzig	●			
Uni Hamburg	●		●						
TU Hamburg-Harburg			●		Schleswig-Holstein				
Hessen					Uni Kiel	●	●	●	
Uni Frankfurt			●		FH Kiel		●		
Uni Gießen	●				Uni Lübeck	●			
Uni Marburg			●		Thüringen				
Uni Wiesbaden	●				Uni Jena	●		●	
Mecklenburg-Vorpommern									
Uni Greifswald				● ⁶					
Uni Rostock			●						
Hochschule Wismar			●						
Niedersachsen									
TU Braunschweig			●						
TU Clausthal		●	●						
Uni Göttingen	●								
MH Hannover	●								
Tierärztliche HS Hannover	●								

Angaben basieren auf der Antworten der Bundesregierung auf Anfrage von Bundestagsabgeordneten (Drucksachen 16/10156)

Anmerkungen

- 1 nicht-technische Forschung
- 2 Drittmittelzuwendung des BMVg 2003, 2004, Verwendung unbekannt
- 3 Auftragsstudie für das BMVg zu Afghanistan am SFB 700
- 4 Studiengang „Military Studies“ in Kooperation mit dem SOWI und MGFA)
- 5 nicht-technische Forschung
- 6 Drittmittelzuwendung des BMVg 2000, Verwendung unbekannt
- 7 Drittmittelzuwendung des BMVg 2001, Verwendung unbekannt
- 8 Drittmittelzuwendung des BMVg 2000-2002, Verwendung unbekannt

wichtig geworden. Das ist gerade deshalb so, weil sich Sicherheitsbedrohungen und deren Wahrnehmung geändert haben.

Forschung für die „zivile Sicherheit“

Das „Forschungsprogramm für die zivile Sicherheit“ besteht auf deutscher und zusätzlich auf europäischer Ebene. 2007 startete mit Beginn der deutschen EU-Ratspräsidentschaft das europäische und gleichzeitig das deutsche Forschungsprogramm. Die EU-Kommission stellte 1,4 Milliarden Euro bereit, die Firmen und Institute aus diesem Topf beantragen können. Für das nationale Forschungsprogramm, das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung entwickelt wurde, zahlt die Bundesregierung 123 Millionen Euro. Hinter dem Forschungsprogramm steht ein relativ neues Sicherheitsdenken: Verteidigt wird nicht nur ein Staat gegen den Angriff eines anderen Staates, was lange Zeit Grundlage von Außenpolitik und militärischen Strategien war. Potenzielle Terroranschläge, Naturkatastrophen oder massive Flüchtlingsbewegungen werden nun ebenfalls als Bedrohung der Sicherheit eingestuft. Die Bundesregierung will dies zum Anlass nehmen, auch schon präventiv militärisch zu intervenieren. Das bedeutet einerseits eine argumentative Verknüpfung von äußerer und innerer Sicherheit. Andererseits wird auch bei den Auslandseinsätzen selbst mit dem Konzept der „vernetzten Sicherheit“ militärische Intervention mit ziviler Aufbauhilfe verbunden und mit dem Schutz der eigenen Bevölkerung begründet.

So sagte Bundeskanzlerin Merkel bei einem Besuch in Afghanistan im April 2009: „Wir kämpfen dafür, dass Afghanistan sich selbst verteidigen kann, dass es seine Sicherheit gewährleisten kann, damit nie wieder Terrorismusgefahr auch für uns in Deutschland von Afghanistan ausgeht.“²³

Bildungsministerin Schavan erklärt in einer Broschüre zum „Forschungsprogramm für die zivile Sicherheit“ des BMBF: „Um uns vor Gefahren durch Terrorismus, Kriminalität und Naturkatastrophen zu schützen, brauchen wir mehr denn je die Forschung. Die Bundesregierung hat im Januar 2007 das Programm 'Forschung für die zivile Sicherheit' verabschiedet. Im Mittelpunkt des neuen Programms steht die Verbesserung des Schutzes und der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger. Die intensive Forschungstätigkeit in zukunfts-trächtigen Basistechnologien bildet hierfür eine gute Voraussetzung.“²⁴

Schavan bezeichnet die Projekte in diesem Programm zwar als „sicherheitsrelevant“, die Bundesregierung legt jedoch Wert darauf, dass das BMBF keineswegs „wehr-

technische und bundeswehrrelevante Forschungsthemen“ vergibt. „Es wurde allein vom federführenden und für die Umsetzung zuständigen BMBF entwickelt und mit allen Ressorts abgestimmt“, heißt es in der Antwort auf eine Kleine Anfrage.²⁵ Am Sicherheitsforschungsprogramm sind jedoch mehrere Akteure beteiligt. Innerhalb Deutschlands erklärt auch das BMVg, dass die wehrwissenschaftlichen Einrichtungen der Bundeswehr im Bereich der Sicherheitsforschung und -technologie mit anderen Forschungseinrichtungen des Bundes, der Länder und mit Unternehmen kooperieren würden. Eine klare Trennung von verteidigungsrelevanter Forschung besteht offenbar nicht: „Gerade das synergistische Potenzial gemeinsamer Forschungsanstrengungen mit anschließender Nutzung in den Bereichen der inneren, äußeren oder privaten Sicherheitsvorsorge führen zu zunehmenden Kooperationsanstrengungen. Unterstützung erfahren die Anstrengungen durch das Sicherheitsforschungsprogramm der Bundesregierung, an deren Vorbereitung und Erstellung das Bundesministerium der Verteidigung beteiligt wurde“, erklärt das BMVg.²⁶ Auch das Bundesinnenministerium gab an, bereits bei der Entwicklung eng eingebunden zu sein und das Programm wesentlich mitgestaltet zu haben. Der Bundesnachrichtendienst erklärte ebenfalls, im „weiteren Sinn“ einen Bezug zur Sicherheitsforschung zu haben.²⁷ Auf europäischer Ebene wird darüber hinaus deutlich, dass auch Unternehmen ein Interesse an der „Forschung für die zivile Sicherheit“ haben. Schon im Jahr 2003 beriefen Mitglieder der EU-Kommission eine „Gruppe von Persönlichkeiten im Bereich der Sicherheitsforschung“ ein, die sich mit der Entwicklung eines Forschungsprogramms im Hinblick auf die politischen Ziele der EU beschäftigen sollten. Acht von 25 Mitgliedern dieser Gruppe arbeiteten dabei für die Rüstungsunternehmen BAE Systems, Diehl, EADS, Ericsson Finmeccanica, Indra, Siemens und Thales. Auch im 2005 gegründeten 45-köpfigen Beratergremium ESRAB finden sich zahlreiche Vertreter aus der Industrie.²⁸ Dass die „zivile Sicherheit“ auch einen Markt für Rüstungsunternehmen darstellt, haben mittlerweile fast alle Konzerne erkannt. Die größten europäischen Rüstungs- und Raumfahrtunternehmen waren bereits an der Ausarbeitung des jetzigen EU-Sicherheitsforschungsprogramms beteiligt.²⁹ Sie sind nicht nur in dessen Gutachterkreis vertreten, der letztlich über die Bewilligung von Forschungsprojekten entscheidet, sondern wurden unter deutscher Ratspräsidentschaft zudem noch in das Euro-

päische Forum für Sicherheitsforschung und Innovation (ESRIF) berufen, dessen Aufgabe u.a. darin besteht, Schwerpunkte für die kommenden Ausschreibungen des Forschungsprogramms zu definieren. „Hier können Betreiber Kritischer Infrastrukturen, Anbieter von Sicherheitstechnologie, Rüstungsfirmen und andere Wirtschaftsunternehmen gemeinsam mit Sicherheitspolitikern und Praktikern Bedrohungsszenarien entwickeln und ihre 'Lösungen' anbieten, für welche die EU dann Geld bereitstellt“ charakterisierte Christoph Marischka das ESRIF in einer IMI-Analyse.³⁰ Von einer „Freiheit der Wissenschaft“ kann vor diesem Hintergrund keine Rede sein.

Seit der Begründung der „Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP)“ vor mehr als zehn Jahren ist die EU-Politik nicht nur aggressiver geworden, sondern übernimmt damit auch ähnlich wie die deutsche Außenpolitik immer neue Aufgaben. Deshalb müsste auch die militärische Forschung und Entwicklung im Rahmen eines erweiterten Sicherheitsbegriffs ausgedehnt werden, empfahl 2007 die der Bundesregierung zuarbeitende Stiftung Wissenschaft und Politik: „Neben möglichen militärischen Aufträgen für europäische Kriseneinsatzkräfte umfasst ESVP auch Aufgaben, die ganz oder teilweise zivilen Charakter tragen... Hierzu zählen im Wesentlichen die Bekämpfung des internationalen Terrorismus und der organisierten Kriminalität, die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen sowie die Unterstützung von Staaten, die vom Verfall bedroht sind, insbesondere solchen in den Bürgerkriegsregionen der Dritten Welt. Um diesen Aufgaben gerecht zu werden, müssen die Sicherheitsorgane der ESVP über leistungsfähige Technologien verfügen, die ihrerseits eine hochentwickelte Forschung und Entwicklung voraussetzen.“³¹

Bundesforschungsministerin Annette Schavan erklärte während der Tagung „Future Security“, welche die Fraunhofer Gesellschaft 2006 in Karlsruhe veranstaltete: „Die Anschläge in Madrid und New York haben die Welt mit der Bedrohung durch Terrorismus konfrontiert und deutlich gemacht, dass der technische Fortschritt und die global vernetzte Welt neben Wohlstands- und Freiheitsgewinnen auch neue Risiken mit sich bringt. Wir müssen neue Wege suchen, um unsere Freiheit und Rechtsstaatlichkeit und den damit verbundenen freiheitlichen Lebensstil zu sichern.“³² Dafür solle das Potenzial von Wissenschaft und Forschung besser ausgenutzt werden, um diesen „freiheitlichen Lebensstil“ zu garantieren. Im Rahmen des deutschen Programms werden mehr als 50

Projekte in Deutschland durchgeführt. In der Ausschreibung suchte das BMBF nach neuen Verfahren, um Bedrohungen durch chemische, biologische, nukleare und explosive Gefahrstoffe zu erkennen. Außerdem wurde nach Lösungen für den „Schutz kritischer Infrastrukturen“ gesucht – also Möglichkeiten der Kontrolle und Sicherung öffentlicher Plätze. An der TU Berlin wird zur „Optimierung der Sicherheitsprozesse auf Verkehrsflughäfen“ geforscht, an der Uni Paderborn zur „Organisationsübergreifenden Gefahrenabwehr zum Schutz von Menschen und kritischen Infrastrukturen durch optimierte Prävention und Reaktion“. An der Ruhr-Universität Bochum forscht die Arbeitsgruppe Höhlen- und U-Bahnklimatologie zum selben Thema.³³ Auch die Terahertz-Technik wird in diesem Zusammenhang erforscht. Sie ist Grundlage der im Jahr 2008 heftig umstrittenen Nacktscanner. Die Ablehnung in der öffentlichen Debatte um die Nacktscanner hat Innenminister Schäuble zwar im letzten Jahr dazu gebracht, deren Anwendung in Deutschland zu dementieren, doch das BMBF förderte gleichzeitig deren Entwicklung.³⁴ An den Universitäten Karlsruhe und Frankfurt am Main und in zwei Instituten der Fraunhofer Gesellschaft wird am Projekt TEKZAS (Terahertz-Echtzeit-Kamera (zweidimensional) für Anwendungen in der Sicherheitsforschung) gearbeitet, weitere Forschung zur selben Technik findet in Erlangen, Tübingen und Berlin statt.³⁵

Das Projekt in Tübingen beschäftigt sich mit der „Ethischen Begleitung, Evaluation und Normenfindung“ der Terahertz-Technologie; es hat jedoch als einziges Projekt zu diesem Thema eher die Funktion eines Feigenblatts für die Entwicklung der Technologie, die weit gehend abseits der Öffentlichkeit stattfindet.³⁶ Die Freiheit der Bevölkerung wird durch Sicherheitskontrollen, schärfere Gesetzgebungen und Videoüberwachung eingeschränkt, angeblich immer im Namen von Freiheit und Sicherheit. Schavan meint dazu: „Es wird in der Gesellschaft immer ein Spannungsverhältnis zwischen Sicherheit und Freiheit geben - dem muss sich die Politik, die Gesellschaft insgesamt und insbesondere auch die Sicherheitsforschung stellen. Deshalb muss die geisteswissenschaftliche Forschung als Teil der Sicherheitsforschung frühzeitig die Richtung vorgeben und dazu auffordern, ethisch verantwortbare Lösungen zu entwickeln.“³⁷ Erst mit einer Bekanntmachung des BMBF vom 21.10.2008 wurden jedoch außerhalb der bestehenden Programmlinien auch „sicherheitsbezogene Forschungen zu Werten, Wahrnehmungen, Kommunikation und Verhaltensweisen (Sicherheits-

kultur)“ angeregt und deren Förderung angekündigt. Allerdings ging auch diese Ausschreibung von dem verengten Sicherheitsbegriff des Gesamtprogramms aus und zielte letztlich darauf, Akzeptanz für die in der Entwicklung befindlichen Technologien zu schaffen, um sie zu effektivieren. Entsprechend heißt es in der Bekanntmachung, „dass innovative Sicherheitslösungen nur dann erfolgreich sein können, wenn ihr Nutzen und Mehrwert transparent dargestellt und sie im Dialog mit Anwendern und Öffentlichkeit optimiert werden.“³⁸ Bei den geisteswissenschaftlichen Projekten handelt es sich insofern entweder um Alibi-Projekte, die wenig Einfluss auf die technische Entwicklung haben dürften - oder um Forschung, die den Befürwortern der „vernetzten Sicherheit“ in die Hände spielt. Eine freie und friedliche Forschung hängt letztendlich nicht davon ab, ob sie naturwissenschaftlich, technisch oder geisteswissenschaftlich ist, sondern davon, unter welchen politischen Vorzeichen sie betrieben wird.

Offiziere im Hörsaal

Neben der Forschung bestehen zwischen der Bundeswehr und Hochschulen auch Kooperationen in der Lehre. Viele Hochschulen laden regelmäßig Jugendoffiziere und andere Angehörige der Bundeswehr zu Vorträgen ein. In Erfurt konnten Studierende so zum Beispiel etwas über die „Grundzüge der internationalen Sicherheits- und Verteidigungspolitik in Theorie und Praxis“ lernen, in Köln über die Auslandseinsätze der Bundeswehr, an der Hochschule Vechta über die „Wehrpflicht im 21. Jahrhundert“. Auch zur „Konfliktanalyse Afghanistan“, „Die Funktionsweise der Vereinten Nationen“ oder „Internationalem Terrorismus“ wurden Veranstaltungen angeboten. Als konkrete Anknüpfungspunkte, welche die Zusammenarbeit mit Hochschulen möglich gemacht haben, nennt die Bundesregierung außer den Angeboten von Jugendoffizieren auch komplette Vortragsreihen, die Durchführung des Simulationsspiels POL&IS, Anfragen durch Hochschulen und „persönliche Kontakte zum Lehrkörper“. Das Planspiel Politik und Internationale Sicherheit (POL&IS) wird schon seit Beginn der 1990er Jahre von Jugendoffizieren an Schulen und Hochschulen angeboten. Die Teilnehmer sollen dort auf Grundlage verschiedener Aspekte der internationalen Beziehungen die Rolle eines Akteurs übernehmen und auch auf Konflikte reagieren. Das Planspiel beinhaltet als „Abbildung der weltweiten sicherheitspolitischen Realität“ auch militärische Konfliktlösungsstrategien, die Bundesregierung bewertet

POL&IS jedoch „in Bezug auf friedliche Konfliktlösung und Konfliktprävention als umfassend und positiv.“³⁹

Erfreulich intensive Zusammenarbeit bestünde mit den Universitäten Tübingen, Bonn, Göttingen, Kiel, Nürnberg-Erlangen, Bremen, Kassel, Köln, Duisburg, der TU Kaiserslautern, der UdK Berlin, der Europäischen Wirtschaftshochschule Berlin, der Katholischen Fachhochschule Münster, der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaft Speyer, der Internationalen Fachhochschule Karlsruhe und der Universität der Bundeswehr in Hamburg.⁴⁰ An einigen Hochschulen können Studierende auch Scheine in den Veranstaltungen von Bundeswehrangehörigen machen, etwa im Studiengang Mediendesign der UdK Berlin, im Masterprogramm Betriebswirtschaftslehre des Euro-Business-College Berlin, im Rahmen von Studium Fundamentale und Berufsfeld an der Uni Erfurt oder im „Master in Peace and Security Studies“ am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik der Universität Hamburg.⁴¹

Neben den Jugendoffizieren sind auch Angestellte von wissenschaftlichen Instituten der Bundeswehr - vor allem des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr (SOWI) und des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes - Lehrbeauftragte an zivilen Universitäten. So ist beispielsweise Prof. Dr. Angelika Dörfler-Dierken am SOWI Projektleiterin der Projekte „Ethik der Inneren Führung“ und „Gerechter Frieden - Gerechter Krieg“ und gleichzeitig Professorin an der Theologischen Fakultät der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, wo sie im Sommersemester 2009 ein Seminar unter dem Titel „Friedenskämpfer - Glaubenskrieger“ anbietet. Dr. Dieter Krüger ist sowohl wissenschaftlicher Mitarbeiter des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes als auch seit 2005 Gast-Dozent an den Universitäten Potsdam und Halle-Wittenberg, wo er Seminare vor allem zum Thema Wiederbewaffnung Deutschlands nach dem II. Weltkrieg anbietet. Auch wenn an vielen zivilen Universitäten Lehrbeauftragte bundeswehreigener Institute unterrichten, so konzentrieren sie sich vor allem auf die Universität Potsdam. Dort gibt es seit 2007 den Studiengang „Military Studies“, unter dessen Trägern sich auch das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr (SOWI) befindet. Die meisten der Lehrenden dieses Studiengangs sind Angestellte in Instituten der Bundeswehr. An der Uni Potsdam werden nun Studierende ausgebildet, die später unter anderem auch für die Bundeswehr arbeiten sollen. Offiziell findet keine bundeswehrrelevante Forschung statt - dafür aber bundeswehr-

relevante Lehre. Innerhalb der letzten Jahre sei der Bedarf an militärhistorisch, militärsoziologisch und sicherheitspolitisch ausgebildeten Arbeitskräften gestiegen, heißt es dort. Gute Berufschancen gebe es sowohl innerhalb als auch außerhalb der Streitkräfte.⁴² Ernst-Christoph Meier, Leiter des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr, hält die Zusammenarbeit mit der Universität nicht nur zu Ausbildungs- und Rekrutierungszwecken für sinnvoll. „Davon profitieren beide Seiten. Die universitäre Forschung profitiert von dem Wissen und der Expertise der beiden Dienststellen der Bundeswehr. Umgekehrt profitieren wir von dem wissenschaftlichen Diskurs“, so Meier. „Der Vorteil liegt zum einen in der Zusammenarbeit mit der Universität Potsdam, die für uns einen Teil der Verankerung im Wissenschaftssystem ausmacht. Für alle gemeinsam gilt, dass im Bereich der Sicherheitspolitik, der Militärgeschichte und der Militärsoziologie ein Schwerpunkt gebildet wird, den es in dieser Art bundesweit nicht gibt. So wird Defiziten in der sicherheitspolitischen und in der militärsoziologischen Ausbildung entgegengewirkt.“⁴³

Die Wissenschaftsfreiheit, mit der die Befürworter von Rüstungsforschung häufig argumentieren, wird durch die verteidigungsrelevante Forschung und Lehre letztendlich beschnitten. Wenn das BMVg als Drittmittelgeber auftritt, wird eine kritische Auseinandersetzung mit Militärgeschichte und Einsätzen unwahrscheinlich. Die Forschung folgt den durch die Regierungspolitik vorgegebenen Aufgaben und „Notwendigkeiten“ einer „Armee im Einsatz“ und deren Sicherheitsbegriff, der zugleich entgrenzt – wenn es um das Aufgabenspektrum bewaffneter Einsatzkräfte geht – und unendlich begrenzt ist, wenn er mit dem kontrastiert wird, was Menschen als alltägliche Bedrohung wahrnehmen. Die Technologien, die auf der Grundlage dieses Sicherheitsbegriffs entwickelt werden, dienen allenfalls einer umfassenden und präventiven Überwachung der Bevölkerung und den Profiten der Rüstungs- und Sicherheitsindustrie.

Anmerkungen

- 1 Solche Institute sind rechtlich und organisatorisch unabhängig, aber an Hochschulen angegliedert.
- 2 Drucksache des Deutschen Bundestages, Nr. 16/10156.
- 3 Bundesministerium der Verteidigung (BMVg): Jahresbericht der Jugendoffiziere der Bundeswehr 2007, sowie: Drucksache des Deutschen Bundestages, Nr. 16/10773.
- 4 Deutsches Zentrum für Luft und Raumfahrt e.V.: Neuartige biomorphe SiSiC-Keramiken für den ballistischen Schutz, www.dlr.de (15.4.2009).

- 5 Drucksache des Deutschen Bundestages, Nr. 16/10157.
- 6 Drucksache des Deutschen Bundestages, Nr. 16/7647.
- 7 Rilling, Rainer: Militärische Forschung in der Bundesrepublik Deutschland, in: Braun / Buckel / Kankleit / Rilling (Hrsg.): Rüstungsforschung. Diskussion der Probleme und Alternativen, Schriftenreihe Wissenschaft und Frieden, Nr.10.
- 8 Nestler, Ralf: Kriegsspiele auf dem Campus, erschienen im „Tagesspiegel“ am 6.4.2009.
- 9 AStA Info Nr. 15, Januar 2009, S. 5.
- 10 Nestler, Ralf: Kriegsspiele auf dem Campus, erschienen im „Tagesspiegel“ am 6.4.2009.
- 11 „Bundeswehr braucht archaische Kämpfer“, erschienen in der „Welt“ am 29.2.2004.
- 12 Der Verfassungsrechtler Prof. Erhard Denninger kam jedoch in einem Rechtsgutachten zu dem Schluss, dass „Der Gesetzgeber ... nicht daran gehindert [ist], die `Friedens-Finalität der geplanten Forschung` durch die Zivilklausel auszudrücken. Es ist demnach eine Frage des politischen Willens und nicht einer verfassungsrechtlichen Hinderung, die Zivilklausel im KIT-Gesetz festzuschreiben.“ Siehe: „Zivilklausel für KIT verfassungskonform - Gutachten widerlegt angebliches Freiheitsrecht für Militärforschung“, Pressemitteilung von Ver.di Bezirk Mittelbaden-Nordschwarzwald vom 9.2.2009.
- 13 Schulze, Dietrich: Militärforschung eine Absage erteilt - Mehrheit der Studenten der Universität Karlsruhe stimmt für eine Zivilklausel an ihrer Hochschule, erschienen in „Neues Deutschland“ am 26.1.2009.
- 14 Nestler, Ralf: Kriegsspiele auf dem Campus, erschienen im „Tagesspiegel“ am 6.4.2009.
- 15 Drucksache des Deutschen Bundestages, Nr. 16/10157.
- 16 „Mission statement“, www.vvs.fraunhofer.de (15.4.2009).
- 17 Drucksache des Deutschen Bundestages, Nr. 16/10157, S. 5 ff.
- 18 Drucksache des Deutschen Bundestages, Nr. 16/9905.
- 19 Drucksache des Deutschen Bundestages, Nr. 16/7647.
- 20 Nestler, Ralf: Kriegsspiele auf dem Campus, erschienen im „Tagesspiegel“ am 6.4.2009.
- 21 „Uni-Infos vom 2.4.2009“ www.uni-stuttgart.de (15.04.2009).
- 22 Drucksache des Deutschen Bundestages, Nr. 16/2431, S. 8.
- 23 Regierung online: Militärisches Engagement und ziviler Aufbau gehören zusammen. URL: http://www.bundesregierung.de/nn_1264/Content/DE/Artikel/2009/04/2009-04-06-merkel-afghanistan.html.
- 24 BMBF: Forschung für die zivile Sicherheit – Eine Bestandsaufnahme: Forschungslandschaft und Ansprechpartner. URL: http://www.bmbf.de/pub/forschung_fuer_zivile_sicherheit_eine_bestandsaufnahme.pdf (15.04.2009).
- 25 Drucksache des Deutschen Bundestages, Nr. 16/10156, S. 3.
- 26 Kuhrt, Nicola: Verwirrend geheim. In: Zeit online. URL: <http://www.zeit.de/online/2008/49/sicherheitsforschung-verwirrend-geheim> (15.04.2009).
- 27 Ebd.

- 28 Kuhrt, Nicola: Militärische Geschichte. In: Zeit online. URL: <http://www.zeit.de/online/2008/49/sicherheitsforschung-historie>.
- 29 Hayes, Ben: Arming Big Brother - The EU's Security Research Programme, Transnational Institute, TNI Briefing Series 1/2006. URL: <http://www.statewatch.org/analyses/bigbrother.pdf> (15.04.2009).
- 30 Marischka, Christoph: Der Albtraum Sicherheit, in: AUSDRUCK (August 2008).
- 31 Geiger, Gebhard: EU-Sicherheitsforschung – Der Beitrag der Wissenschaft zur europäischen Sicherheit, SWP Aktuell, März 2007.
- 32 Rede der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Dr. Annette Schavan, MdB, anlässlich der Konferenz „...mit Sicherheit: für Freiheit – die gesellschaftlichen Dimensionen der Sicherheitsforschung“ am 5.11.2008, www.bmbf.de (15.4.2009).
- 33 BMBF: Forschung für die zivile Sicherheit - Schutz von Verkehrsinfrastrukturen. URL: http://www.bmbf.de/pub/BMBF_Verkehrssicherheit.pdf (15.04.2009).
- 34 Schwentker, Björn: Nacktheit durch die Hintertür, Zeit Online am 10.12. 2008.
- 35 BMBF: Forschung für die zivile Sicherheit - Detektion von Gefahrstoffen. URL: http://www.bmbf.de/pub/Zivile_Sicherheit_Gefahrstoffe.pdf (15.04.2009).
- 36 Schwentker, Björn: Nacktheit durch die Hintertür, Zeit Online am 10.12. 2008.
- 37 Schwentker, Björn / Kuhrt, Nicola: Ein Gespräch mit der Bundesforschungsministerin Annette Schavan zum Thema Sicherheitsforschung, www.academics.de (15.4.2009).
- 38 BMBF: Bekanntmachung vom 21.10.2008 „über die Förderung zum Themenfeld `Gesellschaftliche Dimensionen der Sicherheitsforschung` im Rahmen des Programms der Bundesregierung `Forschung für die zivile Sicherheit`“.
- 39 Drucksache des Deutschen Bundestages, Nr. 16/11015.
- 40 Drucksache des Deutschen Bundestages Nr. 16/11015, S. 4 ff.
- 41 Drucksache des Deutschen Bundestages Nr. 16/11015, S. 8.
- 42 „Berufsfelder“, <http://www.militarystudies.de> (15.04.2009).
- 43 Interview ‚Wir sind gut aufgestellt‘ in: Y – Magazin der Bundeswehr, Juni 2007.



Die neueste Truppe

Spezialeinheit der Bundespolizei für Auslandseinsätze aufgestellt

von Christoph Marischka

Im Gegensatz zu vielen anderen Militärschriften, die ganz im Sinne der „Vernetzten Sicherheit“ und des erweiterten Sicherheitsbegriffs ihr Themenspektrum in den letzten Jahren um Aspekte der Inneren Sicherheit wie den Katastrophen- und Grenzschutz erweitert haben, konzentriert sich das Magazin „Strategie & Technik“ aus dem Report Verlag noch ganz überwiegend auf die klassisch militärpolitische Berichterstattung. Umso auffälliger ist die Tatsache, dass in dessen letzter Ausgabe (Mai 2009) von einer neuen Einheit der Bundespolizei berichtet wird. Bei der Lektüre dieses Berichts wird aber schnell klar: Der „Arbeitsstab Schutzaufgaben in Krisengebieten“ (ASSIK) der Bundespolizei ist explizit für Auslandseinsätze vorgesehen und trägt deutliche militärische Züge. Er soll die legendäre Grenzschutz Gruppe 9 (GSG9) ablösen beziehungsweise für andere Einsätze freisetzen.

Die Gründung der neuen Einheit geht auf einen Erlass des Innenministeriums (BMI) aus dem April 2008 zurück. Mittlerweile wurde Personal für die Eliteeinheit rekrutiert und fortgebildet, seit Januar 2009 befinden sich deren Angehörige in Afghanistan, wo sie bereits im Kontext des Anschlags auf die deutsche Botschaft vom 17.1.2009 zum Einsatz kamen. Ab Januar 2010 soll die ASSIK auch in Bagdad in Dienst gestellt werden.

Umso erstaunlicher ist, dass sich auf der Homepage des Innenministeriums sowie im gesamten World Wide Web - soweit es durch die herkömmlichen Suchmaschinen erfasst ist - keinerlei Informationen oder Stellungnahmen zu der neuen Truppe finden lassen. Offensichtlich wurde auch das Parlament nicht informiert. Über die Verwendung deutscher Polizeibeamter im Ausland entscheiden tatsächlich die jeweiligen Innenministerien, im Falle der Bundespolizei der Bundesinnenminister, alleine. Anders als bei Militäreinsätzen ist ein Parlamentsbeschluss hierfür nicht notwendig. Die Auswirkungen hiervon zeigten sich erst kürzlich, als der geplante Einsatz der GSG9 gegen Piraten am Horn von Afrika erst in letztem Moment bekannt wurde, als er schon wieder abgesagt worden war.

Insofern ist die Bundespolizei als Truppe der Exekutive natürlich ein willkommenes Instrument für Auslandseinsätze, insbesondere wenn sich für diese keine Mehrheit im Parlament finden lassen würden, wie etwa in den ersten Kriegsjahren im Irak. Auch hier wurde damals die GSG9 entsandt, angeblich um Mitarbeiter des THW zu schützen. Doch dem großflächigen und vor allem kurzfristigen Einsatz von Bundespolizisten über die GSG9 hinaus steht ein gewichtiges Hindernis im Weg: Anders als Soldaten müssen die Polizisten ihrer Auslandsverwendung im Einzelfall zustimmen. Zwar werden seit einigen Jahren Einheiten der Bundespolizei im niedersächsischen Gifhorn bereits geschlossen für Auslandseinsätze ausgebildet, für die Auslandsverwendung müssen die Gruppen aber dennoch meist ad hoc und mit Rückgriff auf Polizisten der Länder zusammen gestellt werden. Je gefährlicher der Einsatz anmutet, desto geringer ist natürlich die Bereitschaft, an diesem teilzunehmen und desto höher auch der Abstimmungsbedarf mit den Polizeien der Länder. Zwar gab es aus dem Verteidigungsministerium und dem BMI schon vermehrt Vorstöße, ein Entsendegesetz für die Bundespolizei zu erlassen, mit dem die Beamten in die Pflicht genommen werden könnten, dieses stieß aber auf beträchtlichen Widerstand innerhalb der Polizei und deren Interessenvertretungen, die ein solches als „Militarisierung der Polizei“ zurückwiesen.¹

Die GSG9 war in den vergangenen Jahren vor allem durch den Schutz deutscher Botschaften im Ausland und deutscher Diplomaten gebunden. Aufgrund der zunehmenden Auslandseinsätze erhöhte sich natürlich auch hier das Gefährdungspotential und waren mehr und besser ausgerüstete Kräfte von Nöten.

Die neue Einheit der Bundespolizei soll zukünftig genau diese Aufgaben übernehmen, „für die Sicherheit des deutschen Botschafters und weiterer Schutzpersonen zu sorgen. Hierzu gehört die Begleitung bei offiziellen Anlässen und Fahrten im Stadtgebiet und bei Dienstreisen. Weiterhin unterstützen sie den Hausordnungs- und Objektschutzdienst (HOD) bei der Siche-

rung von Dienstgebäuden und beraten den Sicherheitsbeauftragten in personellen und materiellen Sicherheitsfragen.“² Da es aber jedenfalls keine öffentlich einsehbareren offiziellen Dokumente gibt, welche das Aufgabenspektrum des ASSIK definieren, ist unklar, ob er sich tatsächlich auf diese Aspekte beschränkt. Die Ausrüstung der Sondereinheit scheint jedenfalls dagegen zu sprechen. So sind die Beamten der Bundespolizei nicht nur mit gepanzerten Mercedes-Geländewagen ausgestattet, sondern auch mit dem Sturmgewehr G36 und den „bei der Bundeswehr und befreundeten Streitkräften im Einsatz bewährten ‚Dingo‘, um die taktischen Optionen vor Ort erweitern zu können“. Dabei handelt es sich um ein gepanzertes und bewaffnetes Transportfahrzeug. Die Beamten des ASSIK verfügen über einen Diplomatenpass und stehen in ständigem Kontakt mit dem Auswärtigen Amt, dem BKA, der Bundeswehr und den Geheimdiensten.

Auch wenn der ASSIK konzeptionell auf den Einsatz in Krisengebieten im Ausland zugeschnitten zu sein scheint, hat dessen Ausrüstung ernste Auswirkungen auf die Militarisierung der Inneren Sicherheit. Alleine schon deshalb, weil hiermit Bundespolizisten, die ja auch regelmäßig bei Demonstrationen eingesetzt werden, an militärischen Waffensystemen ausgebildet werden. Das Bundesverfassungsgericht hat mit seiner Entscheidung zum Luftsicherheitsgesetz darüber hinaus die Spielräume für den Einsatz der Bundeswehr im Innern im Rahmen der Amtshilfe entscheidend erweitert. Als wichtigste Einschränkung für diesen ist seither übrig geblieben, dass dieser nicht mit „spezifisch militärischen Waffen“ erfolgen darf.³ Als „spezifisch militärische Waffen“ gelten solche, die der Polizei nicht zur Verfügung stehen, deren Einsatz der Polizei nicht erlaubt ist. Damit hat das Verfassungsgericht einen starken Anreiz für die Innenminister geliefert, ihre Polizeien aufzurüsten, weil sich damit grundsätzlich auch die Möglichkeiten erweitern, das Militär im Innern einzusetzen.

Anmerkungen

1 vgl. Marina Harder: Polizeisoldaten - Die Erweiterung des Einsatzspektrums des Bundesgrenzschutz, in: AUSDRUCK (Dezember 2005).

2 Hier, sowie im Folgenden: Jan Philipp Weisswange: ASSIK - Der Arbeitsstab Schutzaufgaben der Bundespolizei, in: Strategie & Technik (Mai 2009).

3 Urteil des Ersten Senats des BVerfG vom 15. Februar 2006 (1 BvR 357/05).

Der militarisierte Kirchentag

Die Bundeswehr auf den Kirchentagen und Proteste dagegen

von Uwe Reinecke

Als der 32. Deutsche Evangelische Kirchentag (DEKT) im Mai 2009 fragte, „Mensch, wo bist du?“, antwortete die Bundeswehr laut und zackig: „Hier, mitten unter Euch!“ Auf Einladung der Kirchentagsleitung bekamen die Bundeswehr und Abgeordnete, die der Bundeswehr in den letzten Jahren zahlreiche Einsätze im In- und Ausland verschafft hatten, reichlich Werbemöglichkeiten. Ob die Bundeswehr-Bigband auftrat oder die Militärseelsorge den „Markt der Möglichkeiten“ besetzte, immer ging es um Werbung für den Beruf des Soldaten bzw. der Soldatin. Über solche Auftritte der „Armee im Einsatz“ hinaus sponserte die Bundeswehr auch direkt den Kirchentag, der vom 20. bis 24. Mai 2009 in Bremen mit weit mehr als 100.000 TeilnehmerInnen stattfand.

Amtshilfe für Laien

Seit seiner ersten Ausgabe (28.07. bis 01.08.1949 in Hannover) verstand sich der Kirchentag als große Laienbewegung. Ohne „Amtskirche“ und ohne „Staat“ läuft aber offenbar auch bei den Laien nichts. Die Bundeswehr verlieh im Rahmen eines „Amtshilfeinsatzes“ (Artikel 35,1 GG) auf Antrag des Ev. Kirchenamtes dem Kirchentag in Bremen 400 Betten und die dazu gehörende Bettwäsche (siehe Bundestagsdrucksache 16/12975).

Die berühmt-berüchtigte „Gulaschkannone“ aus der Bw-Feldküche und Sanitätssoldaten kamen in früheren Jahren schon mal zum Einsatz. Auch einzelne Transporte wurden gelegentlich von der Bundeswehr für den Kirchentag organisiert. Ferner leisteten Soldaten Hilfe beim Auf- und Abbau von Massenunterkünften in Schulen beispielsweise.

Solche und ähnliche Sponsortätigkeiten haben eine lange Tradition. Im offiziellen Programmheft für den „Ökumenischen Kirchentag 2003“ in Berlin wurde der Bundeswehr ausdrücklich für die Unterstützung gedankt. Obwohl diese Bundeswehrunterstützung 2003 nicht erstmals stattfand und für spätere Kirchentage beibehalten wurde, fehlen in den darauf folgenden Jahren Danksagungen in den Programmheften.

Militärische Seelsorge auf dem Kirchentag

Auf dem „Abend der Begegnung“, der stets den Beginn eines Kirchentages mar-

kiert, stellen sich die örtlichen Gemeinden der gastgebenden Stadt und kirchliche Initiativen vor. Seit einigen Jahren ist es üblich geworden, dass auch die Militärseelsorge dort einen breiten Raum bekommt. Armeepriester in Flecktarn-Kampfuniformen (Kirchensprache: „Schutzanzüge“) verteilen dann eifrig Propagandamaterial.

Die Katholische Militärseelsorge schätzt die wahre Situation richtig ein und nennt sich „Kirche unter Soldaten“, denn tatsächlich steht die Bundeswehr über der Kirche. Die ArmeepfarrerInnen werden nicht von den Kirchen, sondern vom Verteidigungsministerium besoldet.

Getreu dem Motto „Wess' Brot ich ess, dess' Lied ich sing.“ werden vom Militärpfarrer Grundsätze der Exegese und der wissenschaftlichen Empirie vergessen. So kann Jesus schnell zum Befürworter von Kriegseinsätzen werden, denn schließlich lobte Jesus nach Matth. 8, 5-13 (Einheitsübersetzung) den „Hauptmann von Kafarnaum“ mit den Worten: „Einen solchen Glauben habe ich in Israel noch bei niemand gefunden.“ Nur zu dumm, dass Jesus den Hauptmann nicht für das Plündern, Vergewaltigen und Schießen oder das Abwerfen von Bomben auf Belgrad lobt, sondern im Gegenteil für sein menschliches und damit unsoldatisches Eintreten für einen Dritten. Dem Kirchensoldaten ist das egal. Der kritisch fragende Kirchentagsbesucher bleibt angesichts solcher Kirchenideologie ratlos zurück.

Soldatenmusik auf dem Kirchentag

Bekanntlich geht mit Musik alles besser – auch der Krieg. Die Musikkorps der Bundeswehr unterstehen direkt verschiedenen Kampfteinheiten. Die MusiksoldatInnen können im Bedarfsfall auch in der kämpfenden Truppe eingesetzt werden. Die Bundeswehr-Bigband durfte diesmal die KirchentagsbesucherInnen am Bremer Hauptbahnhof begrüßen. Die Militärseelsorge Hannover nutzte den Bremer Kirchentag zur Aufführung eines „Musical-Gottesdienstes zum Auslandseinsatz der Bundeswehr“. Ob darin die „neue positive Konnotation zum Soldatentod“ eingebunden wurde, die die Evangelische Akademie Loccum im Sommer 2008 gemeinsam mit der Bundeswehr ausgearbeitet hatte, ist in den Kirchentagsprotokollen bislang nicht nachzulesen.

Das Bremer Konzert der Bundeswehr-Bigband war sehr gut besucht. Schon in früheren Jahren beteiligten sich Musikkorps der Bundeswehr an Kirchentagen. Kritik am Verherrlichen des Soldatentums durch Bundeswehr-Musik wurde in der Bremer Öffentlichkeit nicht vernommen.

Die Foren der Kriegsbefürwortung

Traditionell bekommen PolitikerInnen, die „die ganze Welt als mögliches Einsatzgebiet der Bundeswehr“ (Zitat Ex-Minister Struck) ansehen, viel Redezeit in den Foren. Die gemeinen KirchentagsbesucherInnen lauschen andächtig diesen Leuten, die sie schon unzählige Male bei Maischberger, Kerner, Illner und Co. dasselbe sagen gehört hatten. Kritische Fragen werden durch das Instrument der „Publikums-Anwälte“ geschickt gefiltert.

Das Forum „Kaukasus und Hindukusch – wer traut dem gerechten Frieden?“ soll hier als Beispiel dienen. Gernot Erler (MdB, SPD) durfte in Bremen einen „gerechten Frieden“ in Frage stellen, um dann indirekt dem von den Kirchen eigentlich überwundenen „gerechten Krieg“ erneut das Wort zu reden. Ein Vertreter von Pax Christi kam ebenfalls zu Wort, aber das Militärdekanat Kiel, das als Organisator auftrat, ließ einen Oberstleutnant von der durch Einladungen an Rechtsextremisten aufgefallenen Führungsakademie der Bundeswehr das Publikum auf Linie bringen. Wie weit das Publikum in Bremen dieser Propaganda folgte, lässt sich schwer sagen.

Erfahrungen der Vergangenheit lassen Schlimmes erahnen. Beim Kirchentag im Juni 1999 in Stuttgart wurde der damalige SPD-Verteidigungsminister Rudolf Scharping jubelnd in einer überfüllten Halle begrüßt. Wenige Wochen zuvor hatte Scharping den angeblich serbischen „Hufeisenplan zur Vertreibung und Vernichtung der Kosovo-Albaner“ quasi selber erfunden. Ja, er ließ sich in einer Pressekonferenz sogar dazu hinreißen, mittelalterliche Horrorbilder zu Zwecken der antiserbischen Kriegspropaganda erneut entstehen zu lassen. Hatten im Mittelalter Lügengeschichten über von Moslems ermordete schwangere Christinnen, denen die Föten aus ihren Bäuchen geschnitten wurden, um sie zu essen, noch die Begeisterung für einen erneuten Kreuzzug steigern sollen, so wurden von Minister Scharping diesmal solche Horrorklügel über die Serben verbreitet. Noch heute wartet die Weltöffentlichkeit auf die Beweise für Scharpings Behauptungen und auf Angaben über seine Informationsquelle. Da die nie kommen werden, wartet man jetzt - ebenso vergeblich - auf eine Anklage wegen Volksver-

hetzung. Die KirchentagsbesucherInnen ließen sich von der Nähe zur Macht, die sie durch den Besuch des Ministers verspürten, in den Bann ziehen.

Duckmäusertum des Kirchentages

Nicht nur die eingeladenen ReferentInnen sagen etwas über die Armeefreundlichkeit des DEKT aus, sondern auch und gerade die Liste der nicht eingeladenen oder gar ausgeladenen ReferentInnen ist deutlich.

Martin Niemöller, damaliger Kirchenpräsident der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, war entschiedener Gegner einer Wiederbewaffnung Deutschlands. Sein kompromissloses Festhalten am Beschluss der EKD (Evangelische Kirche in Deutschland) vom August 1950, „einer Remilitarisierung können wir das Wort nicht reden“, brachte ihm inner- und außerhalb der Kirchen viel Feindschaft ein. Die EKD kassierte bereits im November 1950 den August-Beschluss und redete von nun an der Wiederbewaffnung das Wort.

So fiel es der Kirchentagsleitung nicht schwer, dem Wunsch des Bundeskanzlers Adenauer zu folgen und Niemöller auf dem Kirchentag kein Forum zu bieten. Niemöller, über den die hannoversche Landessynode im Oktober 1950 eine kirchenhistorisch einmalige Verurteilung aussprach - an der sie heute noch festhält, ist das berühmteste Opfer einer direkten Einflussnahme durch die Bundesregierung auf das Programm eines Kirchentages. In späteren Zeiten wurde nicht mehr so deutlich Druck ausgeübt, aber das war auch nicht mehr nötig. Der Kirchentag hatte seine Lektion gelernt.

Kritische Stimmen werden an den Rand gedrängt. So erfand der Kirchentag vor Jahren eine neue Programmstruktur. Neben dem Hauptprogramm gibt es das Nebenprogramm, das unter der Bezeichnung „anlässlich des Kirchentages“ firmiert. Beim Bremer Kirchentag reichte das An-den-Rand-drängen nicht mehr und so wurden in offiziellen DEKT-Veröffentlichungen zum Nebenprogramm willkürlich einzelne Veranstaltungen nicht berücksichtigt. Der Kirchentag strich die Veranstaltung des Versöhnungsbundes zum Thema „Kein Friede mit der NATO“, das IMI e.V. mitorganisiert hatte, aus seinen Veröffentlichungen über das „Programm anlässlich des Kirchentages“.

Veranstaltungen mit PolitikerInnen, die dem Militarismus das Wort reden, bekamen von der Kirchentagsleitung dagegen höchste Aufmerksamkeit. Vorseilender Gehorsam mag dazu geführt haben, dass die kirchlichen Laien sich dieser staatlichen Okkupation der Kirchenarbeit nicht ernstlich widersetzen.

Kirchentag und Proteste

Sicherlich machte auf den Kirchentagen immer wieder die Friedensbewegung auf sich aufmerksam. Die Wiederbewaffnung war in den 1950er Jahren ein wichtiges Thema, und 1969 in Stuttgart wurde aus dem Protest lauter Widerstand. Podien wurden besetzt, weil die eingeladenen Referenten als Nazi-Täter und oder als Befürworter des Vietnam-Krieges bekannt waren. Regierungsvertreter wurden mit Eiern beworfen, denn die Notstandsgesetze waren noch nicht in Vergessenheit gera-

ten. In den 1980er Jahren war die NATO-Nachrüstung das beherrschende Thema der Kirchentage, und ebenso wurde die Apartheid zum Hauptthema. Es wurden Beschlüsse gefasst, die Kirchen-Konten bei Banken, die mit der damaligen südafrikanischen Regierung zusammenarbeiteten, zu kündigen.

Minister, die die schon damals als unmenschlich und unchristlich erkannte Asylpolitik, die sich in ihrer rassistischen Ausprägung in den letzten Jahren noch verschärft hat, verteidigten, hatten auf Kirchentagen einen schweren Stand. An den Friedensdemonstrationen während der Kirchentage in Hamburg (1981) und Hannover (1983) nahmen jeweils rund 100.000 Menschen teil. Lila Tücher mit dem Appell zur Abschaffung der Atomraketen bestimmten zu dieser Zeit das Bild der Kirchentage in der BRD.

In der DDR nutzten die Menschen die Kirchentage für ihre Forderung nach Demokratie, Freiheit und Frieden. Aufnäher mit der Prophezeiung aus Micha 4,3 „Schwerter zu Pflugscharen“ wurden getragen. Nicht nur der DDR-Staatsführung ging das zu weit. Auch die Kirchenleitung beschränkte die KirchentagsbesucherInnen, denn sie wollte die verbesserte Beziehung zur Honecker-Regierung nicht gefährden. Die Laien antworteten mit der Kvu - Bewegung (Kirche bzw. Kirchentag von unten).

Kumpanei der Kirchenleitungen mit den Regierenden hüben wie drüben. So gesehen kann man schon damals von einer deutschen Einheit sprechen. Dem Friedensgedanken auf Kirchentagen und deren Demos wurde dann aber von den Kirchenlaien selber der Todesstoß versetzt, als 1999 in Stuttgart das Rufen von Parolen gegen die deutsche Beteiligung am Angriff auf Jugoslawien mit dem massenhaften Absingen eines Kirchenliedes übertönt und verhindert wurde.

Zaghafte Versuche der Neubelebung des Protestes sind aber zu bemerken. So registrierte die katholische Militärseelsorge Menschen, die „für Kirchentage ohne Bundeswehr“ warben (Presseerklärung Berlin im Juni 2003). In Bremen kamen immerhin wieder 800 DemonstrantInnen zusammen, um gegen die Auftritte der Bundeswehr beim Kirchentag und gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr zu protestieren.

München ist im Sommer 2010 Gastgeber des nächsten Ökumenischen Kirchentages und könnte die neu entdeckte Protestkultur der Kirchentage mit den positiven Erfahrungen beim Widerstand gegen die jährliche „Sicherheitskonferenz“ verbinden. Ob es dazu kommt, liegt allein bei der Basis.



Demonstration gegen die Bundeswehr in der Öffentlichkeit. Foto: Reinecke

Briten üben den Krieg

Auf dem Militärübungsplatz Senne sollen neue „Kampfdörfer“ entstehen

von Michael Schulze von Glasfer

Seit Beginn des Afghanistan-Kriegs im Oktober 2001 sind 152 britische Militärangehörige getötet worden.¹ Im Irak beklagt das britische Verteidigungsministerium seit Beginn der Kampfhandlungen im März 2003 bereits 179 Tote.² Zu schaffen macht den Briten – wie auch den anderen im Irak und in Afghanistan stationierten Besatzern – vor allem die asymmetrische Kriegsführung³ ihrer oft unsichtbaren Gegner. Um auf die unorthodoxe Bedrohung zu reagieren, trainieren die britischen Streitkräfte auf militärischen Übungsplätzen den Häuserkampf für den Einsatz im völkerrechtswidrigen Irak-Krieg – Schützenhilfe kommt dabei von der deutschen Regierung.

„British Forces Germany“

Die „Britischen Streitkräfte in Deutschland“ (engl. „British Forces Germany (BFG)“; bis 1994: „Britische Rheinarmee“) unterhalten noch immer zahlreiche Einrichtungen in Deutschland. Die britischen Liegenschaften konzentrieren sich in Nordrhein-Westfalen (u.a. Mönchengladbach, Münster, Bielefeld, Gütersloh, Herford, Paderborn) und Niedersachsen (u.a. Osnabrück, Celle). Trotz der nach Ende des Kalten Krieges begonnenen Streitkräfte-Umstrukturierung sind noch immer mehr als 20.000 britische Soldaten in Deutschland stationiert.⁴ Die BFG ist damit die größte im Ausland stationierte Truppe des Vereinigten Königreichs. Allerdings sollen zwischen 2009 und 2014 einige Standorte geschlossen und die Zahl der britischen Soldaten auf etwa 15.000 reduziert werden.⁵

Die in Deutschland stationierten britischen Truppenteile gliedern sich in zwei Kommandoeinheiten – dem „United Kingdom Support Command“ mit Sitz in Mönchengladbach und der „1st (United Kingdom) Armoured Division“ mit Sitz in Herford – und sind für die britische Kriegsstrategie nicht unerheblich.⁶ Immerhin leistet das „Support Command“ nicht nur für die in Deutschland stationierten britischen Streitkräfte administrative Aufgaben sondern für alle auf dem europäischen Festland.⁷ Die „1st UK Armoured Division“ besticht durch ihre militärische Schlagkraft: 176 schwere „Challenger 2“-Kampfpanzer, 273 „Warrior“-Schützenpanzer und 59

Panzerhaubitzen gehören zum Inventar der in Deutschland stationierten Division.⁸

Das enorme militärische Potential der BFG wird beispielsweise von der NATO ausgeschöpft:

Die in der Bundesrepublik stationierten britischen Truppen gehören dem „Allied Command Europe Rapid Reaction Corps (HQ ARRC)“ – einem schnellen Eingreifkorps der NATO – an. Als Hauptquartier dient der Sitz des Unterstützungskommandos in Mönchengladbach.⁹ Bisher in Deutschland stationierte britische Truppenteile kommen heute unter anderem im völkerrechtswidrigen Irak-Krieg zum Einsatz – die Vorbereitungen fanden auf deutschem Boden statt.

Üben für den Krieg

Wie aus lokalen Presseberichten hervorgeht, trainierten im Oktober 2008 etwa 4.100 britische Soldaten für ihren Einsatz im Irak.¹⁰ Die Übung fand auf einem von der US-Armee verwalteten Truppenübungsplatz im bayerischen Hohenfels statt. Die bis dato im ostwestfälischen Paderborn und im westfälischen Münster stationierten Briten trainierten Autokontrollen, Hausdurchsuchungen, Festnahmen und Häuserkämpfe.¹¹ Auf dem Militärgelände in der Oberpfalz stehen gleich fünf künstlich angelegte Dörfer – so genannte Kampfdörfer –, die denen im Irak und in Afghanistan ähneln. Bei den Übungsszenarien kommen zahlreiche Statisten zum Einsatz, um ein realitätsnahes Bild abzuliefern – oft irakische Flüchtlinge.¹² Das britische Militär möchte aber nicht länger auf den US-Übungsplatz zurückgreifen, sondern die eigenen Infrastruktur zur Ausbildung für Auslandseinsätze ausbauen.

Im Interesse der Briten steht der schon massiv von der britischen Armee und anderen NATO-Truppen genutzte Militärübungsplatz Senne, zwischen Bielefeld und Paderborn.¹³ Gleich sechs Kampfdörfer, bestehend aus drei gemauerten Häusern arabischen Baustils und 20 Containern, sollen bis 2012 am Rande des Übungsplatzes errichtet werden, um Festnahmen, Geiselnbefreiungen und Hausdurchsuchungen zu proben.¹⁴ Hinzu kommen ein Höhlenkomplex, der denen im Hindu-

kusch-Gebirge ähneln soll, mehrere zweigeschossige Schießübungshäuser und rund 40 Kilometer befestigte Straße, um das Fahren im Konvoi, das Verhalten bei Straßensperren und Autokontrollen sowie den Umgang mit selbstgebauten Sprengfallen – wie im Irak zu finden – trainieren zu können.¹⁵ 18,2 Mio. Euro ist den Briten das Bauvorhaben in der rund 12.000 Hektar großen Senne wert, mit dem 2009 begonnen werden soll.¹⁶

Deutsche Unterstützung

Wie die Grünen-Bundestagsfraktion in einer kleinen Anfrage¹⁷ festhält, liegt es trotz NATO-Verträgen letztendlich in den Händen deutscher Behörden, das britische Bauvorhaben zu erlauben. Die Regierung nimmt – wie schon die britische Armee – kein Blatt vor den Mund, wenn es um den Zweck des Bauvorhabens geht: „Die Übungen dienen der Vorbereitung der britischen Soldaten auf ihre Einsätze, u. a. in Afghanistan und im Irak [...]. Mit der Herstellung zeitgemäßer – künftigen Einsatzzwecken entsprechenden Übungseinrichtungen – und der Modernisierung bestehender Anlagen auf dem Truppenübungsplatz Senne beabsichtigen die britischen Streitkräfte, an die besonderen Erfordernisse bei Auslandseinsätzen in Krisengebieten angepasste Übungsgelegenheiten zu schaffen.“¹⁸ In der Antwort auf eine Landtagsanfrage der Grünen¹⁹ in Nordrhein-Westfalen unterstreicht die CDU/FDP-Landesregierung den Kurs der Bundesregierung: „Die freundschaftlichen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland sind historisch gewachsen, beruhen auf gemeinsamen kulturellen Wurzeln und einer vielfach bewährten Werte- und Interessengemeinschaft. Der Stationierung britischer Streitkräfte auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland kommt in diesem Zusammenhang eine herausragende Bedeutung zu, sie liegt unverändert im besonderen deutschen Interesse. Die Stationierung britischer Soldaten in Deutschland ist sichtbarer Ausdruck praktischer, gelebter Bündnisolidarität.“²⁰ Die Bundesregierung hat das britische Bauvorhaben im Bundestag gar als „unmittelbar der Landesverteidigung“ dienend bezeichnet.²¹ Ist der Ausbau in Regierungskreisen unumstritten, regt sich rund um die Senne Widerstand. Eine Bürgerinitiative sammelt Unterschriften gegen den Bau von Kampfdörfern auf dem Übungsplatz.²² Die lokale Politik ist gespalten.²³

Fazit

Die Bundesregierung hat mittlerweile scheinbar alle Versuche fallen gelassen, eine



Foto: Schulze von Gläßer

Beteiligung Deutschlands am völkerrechtswidrigen Krieg im Irak zu verschleiern und geht in die Offensive. Dabei spielt nicht zuletzt das Mitnutzungsrecht der britischen Kampfdörfer durch die Bundeswehr eine Rolle – denn Deutschland will auch in künftigen Kriegen mitmischen.²⁴ Die Mithilfe bei der Ausbildung britischer Soldaten für den völkerrechtswidrigen Krieg reiht sich ein in eine lange Liste deutscher Unterstützungsleistungen für das westliche Kriegsbündnis gegen den Irak: Auf Bitten der USA bewachten bis zu 4.200 Soldaten der Bundeswehr US-Militärbasen in Deutschland – die entsprechend freierwerbenden US-Kräfte konnten in den Irak verlegt werden.²⁵ Die Bundesregierung gewährte den britischen und US-amerikanischen Bombern Überflugrechte und selbst von deutschem Boden – vornehmlich von der inzwischen geschlossenen Rhein-Main-Airbase in Frankfurt und der US-Airbase Ramstein Rheinland-Pfalz – wurde Kriegsmaterial in den Irak gebracht, die US-amerikanische Truppenverlegung nach Irak und Afghanistan erfolgt über den Flughafen Halle/Leipzig.²⁶ Die NATO-Aufklärungsflugzeuge AWACS - die über türkischem Territorium eingesetzt wurden und auch den irakischen Luftraum überwachen und als Feuerleitzentrale dienen können – wurden weiterhin mit deutschen Soldaten bestückt.²⁷ Dass der deutsche Auslandsgeheimdienst BND während der Gefechte um die irakische Hauptstadt

Bagdad kriegswichtige Daten an die US-Armee weitergegeben hat, scheint ebenfalls bewiesen.²⁸ Bleibt die Frage, warum die Briten gerade in Deutschland für ihren völkerrechtswidrigen Krieg üben müssen.

Anmerkungen

- 1 Britisches Verteidigungsministerium. 15.03.2009 - <http://www.mod.uk/DefenceInternet/FactSheets/OperationsFactsheets/OperationsInAfghanistanBritishFatalities.htm>
- 2 Britisches Verteidigungsministerium. 12.02.2009 - <http://www.mod.uk/DefenceInternet/FactSheets/OperationsFactsheets/OperationsInIraqBritishFatalities.htm>
- 3 Partisanenkampf
- 4 British Forces Germany: Informations-Broschüre - http://www.bfgnet.de/Documents/english_bro.pdf
- 5 Britisches Verteidigungsministerium. 12.09.2007 - <http://www.mod.uk/DefenceInternet/DefenceNews/DefencePolicyAndBusiness/BritishForcesToMoveFromGermanyToUk.htm>
- 6 British Forces Germany: FactFinder - <http://www.bfgnet.de/Documents/Factfinder.pdf>
- 7 Ebd.
- 8 Ebd.
- 9 Ebd.
- 10 Westfalen Blatt. „In ‚Al Übungsdorf‘ trainieren Briten für ihren Einsatz“. 28.10.2008 - http://westfalen-blatt.de/nachrichten/generator/reg_show.php?id=21709
- 11 Ebd.
- 12 Ebd.
- 13 Westfalen Blatt. „Das planen die Briten in der Senne“. 30.01.2009 - http://westfalen-blatt.de/nachrichten/generator/reg_show.php?id=23779

14 Ebd. und Westfalen Blatt. „Afghanische Höhle mitten in der Senne“. 19.02.2009 - http://westfalen-blatt.de/nachrichten/generator/reg_show.php?id=24450

15 Ebd.

16 Westfalen Blatt. „Das planen die Briten in der Senne“. 30.01.2009 - http://westfalen-blatt.de/nachrichten/generator/reg_show.php?id=23779

17 Bundestags-Drucksache 16/10801 - <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/108/1610801.pdf>

18 Ebd.

19 Landtag-NRW Drucksache 14/8231 <http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD14-8231.pdf>

20 Ebd.

21 Bundestags-Drucksache 16/10801 - <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/108/1610801.pdf>

22 Westfalen Blatt. „4500 Unterschriften gesammelt“. 04.03.2009 - http://westfalen-blatt.de/nachrichten/generator/reg_show.php?id=24918

23 Westfalen Blatt. „Senne wird anders genutzt“. 24.02.2009 - http://westfalen-blatt.de/nachrichten/generator/reg_show.php?id=24624

24 Westfalen Blatt. „Afghanische Höhle mitten in der Senne“. 19.02.2009 - http://westfalen-blatt.de/nachrichten/generator/reg_show.php?id=24450

25 Pflüger, Tobias. „Die deutsche Unterstützung für den Krieg im Irak“. 15.03.2006 - <http://www.imi-online.de/fpdf/index.php?id=1314>

26 Ebd.

27 Ebd.

28 SPIEGEL-Online. „BND-Ausschuss: Opposition sieht Beweis für deutsche Beteiligung am Irak-Krieg“. 18.09.2008 - <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,578933,00.html>

Über braune Friedensengel

von Lucius Teidelbaum

Nazis auf der Suche nach ihrem Frieden

Neben dem großen Naziaufmarsch in Dresden gab es 2008 nur noch eine weitere rechtsextreme Groß-Veranstaltung in der Bundesrepublik, die die 1.000er-Marke sprengte. Ursprünglich wurden auch zum so genannten „Anti-Islamisierungskongress“ in Köln über 1.000 BesucherInnen erwartet, doch wurde diese Veranstaltung durch erfolgreiche Proteste weitgehend verhindert. Erfolgreich marschieren hingegen konnten am 6. September 2008 über 1.000 Jungnazis in Dortmund¹ auf dem vierten „Nationalen Antikriegstag“. Weitgehend unbemerkt hat sich damit eine Groß-Veranstaltung in den braunen Kalendern als fester Termin etabliert und eine vierstellige Beteiligten-Zahl erreicht.

Ungewöhnlich war dabei, dass das Demo-Thema scheinbar nicht rückwärtsbezogen und vergangenheitspolitisch war.² Sonst ziehen nämlich nur traditionelle Themen (Bombenopfer-„Gedenk“märsche, Rudolf-Hess-Marsch, Halbe-Trauermarsch und die Erster-Mai-Demos) solche Scharen von Neonazis an.

Dass zum „Nationalen Antikriegstag“ so viele und ganz überwiegend Jugendliche kamen, ist aber auch den Veränderungen im subkulturellen Neonazi-Lager geschuldet. Neben den klassischen Nazi-Skins und dem völkischen Traditions-Flügel (HDJ etc.) hat sich eine weitere jugendsubkulturelle Strömung etabliert, die sich „Autonome Nationalisten“ (AN) nennt. Diese „Autonomen Nationalisten“ orientieren sich an Symbolik, Auftreten und Aktionskonzepten der linken Autonomen bei weitgehender Beibehaltung rechter Inhalte. Kurz gesagt: Außen rot, innen braun.

Für die junge Strömung der „Autonomen Nationalisten“ gibt es neben den üblichen traditionellen Schwerpunkten auch neue Themenfelder. Gegenüber dem Nazi-Dauerschwerpunkt Rassismus und der NS-Nostalgie haben ein völkischer Antikapitalismus, Globalisierungskritik, die so genannte Anti-Antifa-Arbeit, das Feindbild Polizei, aber auch Antiamerikanismus und Antizionismus (wieder) verstärkt an Bedeutung gewonnen. Ebenso eine Form von Pazifismus, die im Folgenden zur Abgrenzung vom Pazifismus der Friedensbewegung „Nationalpazifismus“ genannt werden soll.

Datum und Thema des 5. „Nationalen Antikriegstages“ stehen schon fest. Am 5.

September 2009 wollen wieder hunderte Jungnazis „Gegen imperialistische Kriegstreiberei und Aggressionskriege“³ auf die Straße gehen. Dieses Motto ähnelt frappierend bekannten Parolen aus der Friedensbewegung. Im Folgenden soll es um die Frage gehen, welche Motive sich hinter dem braunen Friedens-Engagement verbergen und worin die Unterschiede zwischen Nationalpazifismus und dem Pazifismus der Friedensbewegung bestehen könnten.

Um was geht es?

Eine genauere Betrachtung des Werbematerials für den „Nationalen Antikriegstag“ in Dortmund, sowie der Mobilisierung für die, kurz vorher abgesagte, Anti-NATO-Demonstration des NPD-Jugendverbandes „Junge Nationaldemokraten“ und von Anti-NATO-Flugblättern aus dem Spektrum der „Deutschland-Bewegung“ soll Aufschluss darüber geben.

Auf der Homepage des „Nationalen Antikriegstages“ steht u.a.: „[es] wurde aber auch dem Bürger genügend Möglichkeit geboten sich vom »Antikriegstagsdenken« der selbsternannten Demokraten zu lösen, welche seit Begehen des Tages lediglich den deutschen Verteidigungskrieg gegen Polen thematisieren, anstatt die Aggressions- und Angriffskriege von Amerikanern und Israeliten zu verurteilen.“⁴

In diesem kurzen Abschnitt steckt Antiamerikanismus, Antisemitismus und eine Apologie des deutschen Rasse- und Vernichtungskrieges 1939-45, der zum „deutschen Verteidigungskrieg gegen Polen“ umgelogen wird.

Aufschlussreich sind auch die Redner auf dieser Demonstration, die für eine Nazi-Veranstaltung auf den ersten Blick überraschend international daher kommen. Jedoch handelt es sich um eine Nazi-Internationale. In Dortmund sprachen am 6. September 2008: Herbert Schweiger aus Österreich (Kriegsfreiwilliger der Waffen-SS 1941-1945), Gottfried Küssel aus Österreich, Christian Worch aus Hamburg, ein niederländischer Vertreter der autonomen Nationalisten und ein Vertreter des neofaschistischen „Bulgarischen Nationalbundes“ sowie Redner aus England und der Tschechischen Republik.

Der älteste Redner, Herbert Schweiger, wird zu dem erfolgreichen Aufmarsch mit den Worten „Damals beim Militär hätten wir gesagt: Manöverziel erreicht!“⁵ zitiert. So

klings wohl kaum das Resümee einer normalen Friedensdemonstration. Nicht nur der Protest der Friedensbewegung gegen die NATO kündigte sich zu deren Jubiläum im April 2009 an, auch ein paar extrem rechte Gruppen mobilisierten gegen den 60. Geburtstag der NATO. Auf der Homepage der extrem rechten „Deutschlandbewegung“ findet sich ein Flyer aus der rechten Flugblattreihe „Freie Bürgerstimme Baden“ zum Herunterladen.⁶

Übertitelt ist der Flyer mit dem Satz „JA zur europäischen Verteidigungs-Union unter europäischem Kommando!“⁷. Auch der erste Satz verrät gleich worum es geht:

„Die NATO ist heute mehr denn je Handlanger der imperialistischen US-Politik.“⁸ Eine solche Analyse liegt stark neben der Realität. Im Unterschied dazu sehen Teile der linken Friedensbewegung die Macht der USA eher im Niedergang und kritisieren vor diesem Hintergrund insbesondere die Militarisierung der EU, die sich mehr Mitspracherecht in der NATO sichern und neben den USA als neue Weltmacht agieren will.

Den extremen Rechten hingegen geht es gar nicht generell um Frieden oder die Ablehnung von Machtpolitik mittels Krieg, es geht nur darum, dass Deutschland in den Augen der Rechten kein eigenständiger Akteur ist, der auch allein, d.h. jenseits von Bündnissen, Krieg führen kann. Deutschland wird als Marionette der USA gesehen, eine Behauptung, die das eigenständige machtpolitische Handeln der Bundesrepublik seit 1990 ignoriert bzw. maßlos unterschätzt.

Ausdrücklich wird der Krieg gegen die USA und ihre Verbündeten gut geheißt:

„Die rasche und vernichtende Antwort auf den georgischen Einmarsch in Südossetien im August 2008 zeigt, daß der »russische Bär« wieder Zähne hat und zubeißen kann.“⁹

Im Gegensatz zu früheren Jahren spielt ein nationalistisches Russland in den Vorstellungen vieler Neonazis die Rolle eines potenziellen Verbündeten, sprich Achsenpartners, gegen die USA.

Die aus Gründen der Terminüberschneidungen mit dem NPD-Parteitag kurzfristige abgesagte Anti-Nato-Demonstration am 4. April in Baden-Baden stand unter dem Motto „Widerstand gegen den NATO-Gipfel - Von Euren Kriegen haben wir die Schnauze voll.“¹⁰

Im Aufruf dazu heißt es:

„Hinter der NATO steht nicht der gemeinsame Wille aller Mitgliedsstaaten, eine sicherere Welt zu schaffen, sondern die USA mit ihrem weltweiten Herrschaftsanspruch. Sie nimmt in diesem Bündnis die dominierende Stellung ein. So war die NATO immer nur

ein Instrument der USA, um ihre Interessen auf dem Rücken anderer Völker auszutragen. Ein souveräner Staat entscheidet selber über seine Sicherheitspolitik und lässt sich diese nicht vorschreiben! [...] Wir wollen es nicht mehr hinnehmen, für die Interessen der USA, durch das Instrument der NATO, unsere Soldaten sowie deutsches Steuergeld zu opfern. Wir wollen ein freier souveräner Staat sein, welcher selber über seine Interessen entscheidet! Kein Blut für fremde Interessen!“¹¹

Auch hier geht es nicht generell gegen Kriege, sondern lediglich gegen die Kriege der USA, denen kein deutsches Geld und Blut geopfert werden sollen.

Geschichte und Funktion des Nationalpazifismus

Die gesteigerte Relevanz des Themas in der Szene zeigt sich auch daran, dass Veranstaltungen zu Antikriegs-Veranstaltungen umgetauft werden. Aus einem banalen Rechtsrockkonzert wie dem NPD-Open-Air in Gera wird so ein Event mit dem Titel „Rock gegen Krieg“¹².

Bei einer genaueren Betrachtung der nationalpazifistischen Texte, sowie von Foren-Diskussionen wird klar, die extremen Rechten meinen es durchaus ernst mit ihren Demonstrationen. Nationalpazifismus ist nicht nur ein Köderthema. Besonders den jungen „Autonomen Nationalisten“ ist es ein Herzens-Thema. Doch es geht ihnen um eine ganz eigene Variante von Frieden, für den sie eintreten.

„Nationalpazifismus“ gibt es aber schon länger in Deutschland. In Westdeutschland waren Nationalpazifisten immer auch Nationalneutralisten. Diese suchten einen „Dritten Weg“ zwischen den Blöcken, ihr Ziel war ein starkes, wiedervereinigtes und neutrales Deutschland. Parolen wie „Keine US-Raketen auf deutschem Boden!“ zeigen worum es ging. Das Entscheidende war das „auf deutschem Boden“. Ob sie anderswo gelagert werden, war den Nationalpazifisten schlichtweg egal. Die alten Nationalpazifisten sind sich mit den neuen Nationalpazi-

fisten in diesem Punkt durchaus einig.

Bruchstücke dieser alten Nationalpazifisten sind vor allem noch um den deutschnationalen Ex-Bundestagsabgeordneten und selbsternannten Friedensforscher Alfred Mechttersheimer (1970-81: CSU-Mitglied, 1987-90: parteiloser Abgeordneter der Grünen im Landtag von Baden-Württemberg) übrig. Sie heißen bzw. hießen „Friedenskomitee 2000“ der „Deutschland-Bewegung“ oder „Deutsch-Arabisches Friedenswerk (DAF)“ und ihr Organ heißt „Frieden 2000“. Auch die Internet-Domain von nationalpazifismus.de läuft auf Mechttersheimer. Ein Ziel dieser „alten“ Nationalpazifisten war immer die Querfront mit linken Pazifisten. Das gleiche Thema bzw. derselbe Feind (meist die USA) sollte trotz der unterschiedlichen Motive zur Einigkeit führen. Gelungen ist das nie richtig. Insgesamt hat diese alte Spielart des Nationalpazifismus aber stark an Relevanz verloren.

Noch einmal etwas anders verhält es sich mit rechten politisierenden Psycho-Sekten oder autoritären Gruppen, die sich das Thema Frieden als Köderthema auserkoren haben. Dazu gehören die autoritären Gruppen „Bürgerrechtsbewegung Solidarität“ (BüSo), der ehemals linke „Bund gegen Anpassung“ und die Überreste des inzwischen aufgelösten „Vereins zur Förderung der Psychologischen Menschenkenntnis“ (VPM). Als Krieg und Frieden an medialer Wichtigkeit zunahmen, bevölkerten die Stände dieser Gruppen die belebten Straßen der größeren Städte. Immer wieder versuchen diese Gruppen auch Anschluss an die organisierte Friedensbewegung zu finden. Das lässt sich aber leicht verhindern. Hier tut Recherche Not, bevor mensch sich mit einer unbekanntenen Gruppe einlässt. Das Problem ist auch, dass diese Gruppen nicht selten über ein ganzes Bündel von Unter-Organisationen unter anderen Namen verfügen, das schwer zu überblicken ist.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es beim Nationalpazifismus nicht grundsätzlich um Frieden und schon gar nicht um Gewaltfreiheit geht. Ob der Nationalpazifismus damit überhaupt noch dem Pazifismus zugeordnet werden darf, ist fraglich. Jedenfalls sind Nationalpazifisten kein Teil der Friedensbewegung. Der Friedensbewegung geht es ja auch nicht nur um die Frage von Krieg und Frieden, ebenso spielt beispielsweise die Frage der Menschenrechte oder die Ablehnung von Nationalismus eine starke Rolle. Dinge, die für

Nationalpazifisten nicht von Bedeutung sind, es sei denn die Menschenrechtsfrage lässt sich gegen ihre Feindbilder verwenden (USA, Israel), dient der Projektion eigener Wünsche („Tibet den Tibetern, Chinesen raus!“). Nationalpazifisten stellen an Deutschland die Forderung, dieser Staat solle nicht Krieg im Interesse Anderer führen. Die Kriege der USA werden aus anti-amerikanischer und die Kriege Israels werden aus antisemitischer Sicht/Motivation kritisiert. Es geht dabei weniger um die zivilen Opfer der Kriege, als mehr um die Akteure. Die USA und Israel sind generell die Feinde und ihre Gegner sind potenzielle Bündnispartner. Nicht ohne Grund wurde und wird im Neonazi-Lager die antisemitische Hamas, die Theokratie im Iran mit ihrem antisemitischen Präsidenten oder die Baath-Diktatur im Irak unter Saddam Hussein mit Lobeshymnen bedacht. Alle teilen dieselben Feindbilder (Juden bzw. der Judenstaat Israel, USA bzw. „der Westen“) und sind sich auch in ihrer autoritären Ausrichtung ähnlich.

Prinzipiell lässt der Nationalpazifismus sich auf diese Grundregel zusammenfassen: „Alle Kriege sind schlecht, wenn sie nicht in Deutschlands Interesse geführt werden“.

In Deutschlands Interesse liegt nach der Meinung der ANs eine Schwächung oder Zerstörung von den USA und Israel. Deswegen werden Kriege und andere bewaffnete Aktionen (Terrorismus) gegen diese Staaten generell bejaht. Nur eine Minderheit in der extremen Rechten ist noch pro-atlantisch oder aus antimuslimischen Motiven pro-israelisch.

Eines ist jedenfalls klar, es geht nicht grundsätzlich um die Frage von Krieg und Frieden, sondern darum, wer ihn gegen wen führt. Wunschgemäß soll ein unabhängiges Deutschland wieder selbst, und für seine eigenen Interessen Krieg führen.

Eine Parole auf dem „Nationalen Antikriegstag“ verdeutlicht eindrucksvoll diese Einstellung:

„Nie wieder Krieg, nach unserm Sieg!“

Feel the difference

Ist damit schon alles erledigt? Die Nazis wollen ja gar keinen echten Frieden, also haben sie mit der Friedensbewegung nichts zu tun? Organisatorisch gelingt die Abgrenzung tatsächlich meist sehr gut, inhaltlich manchmal nur teilweise.

Auch in der Friedensbewegung finden sich anti-amerikanische Stereotype, und so manche Israelkritik verlässt den Boden der Rationalität. Hinzu kommt, wie bei der jüngsten Eskalation des Gaza-Konfliktes ersichtlich wurde, dass sich Friedensdemonstrationen auch Gruppen und Personen



Kein Nein zum Krieg! - rechter Protest gegen die NATO

anschließen, denen es nicht um Frieden, sondern um den Sieg der von ihnen favorisierten Konfliktpartei geht. Wer mit Hizbollah- oder Hamas-Fahnen auf einer Demonstration erscheint, kann nur schwerlich für Frieden eintreten. Dazu ertönten auf manchen Demonstrationen antisemitische Parolen wie „Tötet alle Juden“, „Juden-schweine“ oder „Juden raus“.

Doch dem kann entgegen gewirkt werden, sowohl inhaltlich, als auch praktisch. Voraussetzung hierfür ist eine tiefer gehende Konflikt-Analyse, die z.B. auch den manifesten und aggressiven Antisemitismus bei Konflikt-Akteuren wie Hamas oder Hizbollah identifiziert und klar benennt. Wenn klar ist, dass der Nahost-Konflikt nicht der einzige und bei weitem nicht der blutigste weltweit ist, dann bietet er sich nicht mehr zum Aufladen von einseitigen Feindbildern (Israel) an. Außerdem muss Deutschland in der Analyse immer wieder als eigenständiger Akteur benannt werden, der nicht etwa ein „Vasall der USA“ ist. Judenfeindliche, rassistische und nationalistische Parolen auf Demonstrationen sollten von vornherein durch Auflagen unterbunden und ent-

sprechende Rufer aus der Demo verwiesen werden, ebenso Träger von Hamas- und Hizbollah-Fahnen und sonstigen nationalistischen Symbolen (beispielsweise schwarz-weiß-rote Flaggen). Dieses Vorgehen kann durch einen entsprechenden Passus auf Veranstaltungs-Ankündigungen legitimiert werden, auf den sich dann berufen werden kann. Gleiches kann für den Nationalsozialismus relativierende Vergleiche (etwa Bush-Hitler-Gleichsetzungen) angekündigt werden. Die Verneinung des Einsatzes von Gewalt darf nicht zur Bejahung von Isolation oder der Ignoranz von Leiden bei Menschen jenseits der Grenzen führen. Das Credo der französischen Rechten gegenüber der Aufrüstungs- und Expansionspolitik Hitlers lautete ironisch-desinteressiert: „Für Danzig sterben?“.

Ein gutes Beispiel für eine Abgrenzung ist das Papier „Ultrarechte sind keine Verbündeten der Friedensbewegung“ von Ulrich Sander, Bundessprecher der VVN-BdA¹³. Auch Sander hat darin festgestellt: „Diese Leute wollen nicht die Überwindung der Kriege, sondern andere Kriege.“

Anmerkungen

- 1 Nach Eigenangabe waren es 1.340 Teilnehmer.
- 2 In Wahrheit weist auch diese Veranstaltung einen starken Vergangenheitsbezug auf. Anlass des „Nationalen Antikriegstags“ ist der Jahrestag des Kriegseintritts von Großbritannien und Frankreich am 3. September 1939 als Reaktion auf den deutschen Überfall auf Polen.
- 3 <http://logr.org/antikriegstag/2008/09/08/dortmund-vierter-nationaler-antikriegstag-ohne-probleme-durchgefuehrt/>, 27.04.09.
- 4 ebenda.
- 5 ebenda.
- 6 <http://www.deutschland-bewegung.de/pdf/nato.pdf>, 27.04.09.
- 7 ebenda.
- 8 ebenda.
- 9 ebenda.
- 10 <http://demo-bad.nw.am/>, 27.04.09.
- 11 ebenda.
- 12 Vgl.: <http://www.keinebesatzer.de/>, 27.4.09.
- 13 Ulrich Sander: Ultrarechte sind keine Verbündeten der Friedensbewegung, Referat auf einer Veranstaltung des Hamburger Forums, Curio-Haus in Hamburg am 24. März 2009, zehnter Jahrestag des Kriegsbeginns Nato vs. Serbien.

Vom Flughafen Leipzig/Halle geht Krieg aus

Im Sächsischen Landtag fand am 27. April 2009 eine Anhörung zum Thema „Ausmaß, Folgen, Gefahren und Risiken der militärischen Nutzung des Flughafens Leipzig-Halle als zentrales „Drehkreuz für US-Militär““ statt. In der Anhörung hielt niemand an der absurden Behauptung fest, der Flughafen Halle / Leipzig würde zivil genutzt. Diese Argumentation, u.a. der Landesregierung des Freistaates Sachsen, ist aufgrund der Tatsachen einfach nur absurd.

Die militärische Nutzung des Flughafens Halle/Leipzig ist offensichtlich. Von Leipzig aus werden und wurden hunderte-tausende US-Soldaten u.a. in die Kriegsgebiete Irak und Afghanistan geflogen. Allein 2006 waren es 240.000, seither werden die Zahlen nicht mehr veröffentlicht. Allerdings kann man sich errechnen, dass ca. ein Viertel der Passagierflughafen auf US-Soldaten entfallen, die von einem extra geschaffenen Terminal ausgeflogen werden. Geplant ist eine Aufstockung, so dass Soldaten bald die Hälfte ausmachen würden.

Der ehemalige Geschäftsführer des Flughafens, Eric Malitzke, hat den Transport von Soldaten öffentlich zugegeben. Informationen, die der Bürgerinitiative IG Nachtflugverbot Leipzig/Halle e.V. vorliegen, bestätigen ebenfalls eine mili-

tärische Nutzung: Demnach erfolgt die Genehmigung der Flüge durch das Verteidigungsministerium anstatt durch das Luftfahrt-Bundesamt.

Neben diesem Transport von US-Soldaten ist der Flughafen Halle/Leipzig der Umschlagplatz für Kriegsmaterial im Rahmen der NATO und Europäischen Union.

Deutschland hat sich unter der rot-grünen Bundesregierung bereiterklärt innerhalb von EU und NATO die Hauptverantwortung für den Lufttransport von Kriegsmaterialien zu tragen. Dazu wurde ein SALIS (Strategic Airlift Interim Solution) benanntes Übereinkommen geschlossen. Zum Transport von Truppen, aber auch Panzern und sonstigem Kriegsmaterial sind ständig zwei Antonows auf dem Flughafen Halle/Leipzig stationiert - vier weitere sind jederzeit abrufbar. Alle Unterzeichner-Staaten des SALIS-Abkommens können diese Transportkapazitäten nach Belieben nutzen.

Interessant ist, dass eine Nachtnutzung des Flughafens für normale Passagierflüge nicht möglich ist, aber für die diversen militärischen Flüge, die angeblich alle nur zivil sind. Die Belastung der Anwohner ist insbesondere durch die militärische Nutzung sehr hoch, die genannten Antonows sind sehr laute Flugzeuge.

Als Hauptanteileseigner des Flughafens liegt die zentrale Verantwortung bei der Landesregierung in Sachsen. Diese Landesregierung verschaukelt die Menschen in Sachsen, wenn sie von einer rein zivilen Nutzung spricht. Sie hat auch gegenüber dem Landtag nie von einer militärischen Nutzung gesprochen, nach den vorliegenden Fakten ist dies eine offene Täuschung.

Absolut unerträglich ist, dass von Leipzig aus völkerrechtswidrige Kriege unterstützt werden: Die Bundeswehr und andere SALIS-Staaten schicken ihr Kriegsmaterial u.a. nach Afghanistan. Die US-Armee schickt ihre Soldaten nach Afghanistan und in den Irak. Zumindest bezüglich des Irakkrieges ist u.a. durch das Bundesverwaltungsgericht endgültig geklärt, dass es sich um einen völkerrechtswidrigen Krieg handelt.

Die militärische Nutzung des Flughafens Halle/Leipzig verstößt zudem gegen den Zwei-Plus-Vier-Vertrag, der festlegt, dass ausländische Truppen in der ehemaligen DDR und Berlin „weder stationiert noch dorthin verlegt“ werden dürfen.

Von Leipzig/Halle geht Krieg aus. Deshalb fordere ich von der Bundesregierung und der Sächsischen Landesregierung die sofortige Beendigung der militärischen Nutzung des Flughafens.

Tobias Pflüger

Die Front ist da, wo wir sind

Neuere Überlegungen zu einer europäischen Marinestrategie

von Andreas Seifert

An ihre koloniale Vergangenheit werden die Europäer nur ungenau erinnert - diese hat man ja schließlich überwunden und sich den Herausforderungen der Dekolonisation offen gestellt -, an die koloniale Zukunft Europas glauben hingegen immer mehr.

Europa, so lautet das Credo einer Studie des europäischen Generaldirektorates für die Auswärtige Politik beim Europäischen Parlament, sollte sich stärker „seiner“ Militärbasen außerhalb Europas bedienen, um seine Macht in die entlegenen Gebiete auf dem Erdball zu projizieren.¹ Nur durch die militärische Absicherung der vitalen Kommunikations- und Transportlinien sei es möglich, den (relativen) Niedergang Europas zu verhindern. Das Weltbild des Papiers misst Europa eine wichtige Rolle bei der Gestaltung der Weltordnung zu und schließt, dass ein ökonomisch starkes Europa nur mit einem militärisch starken Europa einhergehen kann. Die Studie setzt sich dabei zum Ziel, auf die Wichtigkeit der maritimen Dimension für eine europäische Strategie hinzuweisen und hierbei nicht nur die besondere Signifikanz der eurasischen Küstenlinie von Suez bis Shanghai zu betonen, sondern darüber hinaus auch die Schlüsselrolle der überseeischen militärischen Einrichtungen einzelner Mitgliedstaaten zu beschreiben. Diese sind notwendig für die „...Aufrechterhaltung des europäischen ökonomischen, politischen und militärischen Einflusses - sowie als entscheidende Funktion in der Unterstützung der Sicherheit und Verteidigung der EU, wenn diese eine durch und durch globale Rolle einnehmen wird.“²

Das Erschreckende ist weniger die schlichte Existenz solcher Überlegungen, denn die Entwicklung Europas zu einer militärischen Großmacht ist weder neu noch unauffällig, als vielmehr der Rahmen, in dem sie geäußert werden: dem Europäischen Parlament. Ein Parlament, das bei der Frage von Militäreinsätzen nichts zu sagen hat, wird hier quasi auf militärische Sachzwänge eingestimmt. Man sollte davon ausgehen, dass es den Abgeordneten klar ist, dass das Szenario einer „Militärmacht Europa“ ohne sie umgesetzt wird.

In der Vision der Autoren Rogers und

Simón befindet sich Europa in einer Phase, in der es „als Europa“ den nächsten Schritt zum Global Player nur dadurch nehmen kann, dass es seine militärische Projektionskraft auf das Meer ausdehnen muss, um seine globalen Interessen stärker absichern zu können. Dies ist demnach nicht nur seiner ökonomischen Macht geschuldet, als vielmehr sich verändernden globalen Konstellationen. Die Refokussierung der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik hat zu einer Schwächung der amerikanischen Rolle als einziger Supermacht geführt, wie der „Aufstieg“ asiatischer Mächte auch europäische Einflussmöglichkeiten tangiert. Die für Europa wichtigen Handelsrouten laufen immer weniger über den „stabilen“ Nordatlantik, als viel öfter entlang der Küste von Suez bis Shanghai. Der Schutz dieser Handelsrouten kann nicht allein den Ländern entlang der Küste überlassen bleiben - wie beispielsweise die Piratenangriffe vor der Küste Somalias deutlich zeigen -, sondern muss extern bzw. durch Europa selbst wahrgenommen werden. Denn: „Die Geschichte hat wieder und wieder gezeigt, dass ein Scheitern in der Aufrechterhaltung einer zuverlässigen maritimen Kapazität normalerweise zum Untergang [der Staaten] führen wird - oder eben zu einem Abstieg.“³

Marine und der Ausbau maritimer Kräfte sei demnach ein Feld, welchem in der europäischen Diskussion bisher zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde. So ist eine starke Flotte zwar ein „*must-have*“ im Bestreben einer maritimen Dominanz, aber eben auch nur ein Element. Ein zweites ist das Konzept einer „Vorwärts-Präsenz“. Dieses Konzept einer Vorwärts-Präsenz umfasst dabei temporäre und dauerhafte militärische Einrichtungen in allen Teilen der Welt, sowie Truppen (*global attack forces*), die innerhalb kürzester Zeit auch in die entlegensten Gebiete gebracht werden können - inklusive der nötigen Transportkapazitäten. Außerdem sollten Truppen vorhanden sein, die in der Lage sind, innerhalb kürzester Zeit militärische Standorte auf fremden Territorien zu errichten und ein globales Kommunikations- und Kommandonetzwerk, das für die Einsatzführung zuständig ist. Schließlich benötigt dieses

Konzept auch „Allianzen, Sicherheitsbeziehungen und Sicherheitspartnerschaften mit überseeischen Ländern, die die Errichtung dieser Stützpunkte auf fremdem Boden erlauben und auf denen alle Elemente [des Konzepts] basieren.“⁴ Überseeische Militärbasen sind in diesem Konzept besonders wichtig, da sie nicht nur als Startpunkt militärischer Aktionen dienen, sondern darüber hinaus dem Betreiber einen „signifikanten Einfluss“ über die Region vermitteln, in dem sie liegen.⁵

Mit Verweis auf die US-amerikanischen Basen in der Welt wird Europa empfohlen, seine Strategie stärker auf seine Standorte außerhalb Europas abzustimmen und einen offensiven Ausbau zu betreiben. Europa soll dabei vor allem die französischen und britischen Militärbasen nutzen und quasi „europäisieren“ - d.h. anderen europäischen Ländern zur Verfügung zu stellen.

Für die Autoren liegt die vordringliche Notwendigkeit für diesen Schritt in dem Aufstieg asiatischer Regionalmächte und deren Flottenausbau in den letzten Jahren. In Ostasien nimmt dabei jetzt schon jedes Land in ähnlicher Weise die Bestrebungen des jeweils anderen als Vorwand, seine Flottenrüstung auszubauen. Indien versucht mit dem Argument der Absicherung seiner Handelsrouten der „drohenden“ Einkreisung durch China einen Flottenausbau zu rechtfertigen, der unter anderem in der Beschaffung von russischen Atom-U-Booten und dem Errichten von Flottenstützpunkten bis nach Madagaskar besteht. Dieses „Wettrüsten“ in Asien, so die Autoren weiter, bedeute eine Bedrohung auch europäischer Interessen, da sie die Gefahr regionaler Konflikte erhöhe, die zur Unterbrechung vitaler Handelsrouten führen könne.⁶ Die simple und gefährliche Logik: Wenn andere ein Wettrüsten betreiben, müssen wir dies mit einer gezielten Aufrüstung beantworten und diese neuen Kapazitäten auch nah an die möglichen Konflikttherde bringen.

Neben diesen geostrategischen Überlegungen sind es auch die asymmetrischen Bedrohungen, die einmal mehr dafür erhalten müssen, Militär umfangreich auszubauen. Migration, Terrorismus und Drogenhandel sind demnach Bedrohungen für Europa, denen man auch militärisch begegnen können sollte.⁷

Damit das Ganze auch richtig „EUropäisch“ wird, braucht es natürlich auch ein paar Änderungen - und es braucht die Ratifizierung des Lissabonner Vertrags, erst dieser Vertrag ermöglicht es, militärische Kompetenzen zu bündeln und Kosten zu verteilen. So sei der Vorschlag, Frankreich und Großbritannien mögen ihre übersee-

ischen Standorte an die EU geben, nur der erste Schritt, der zweite besteht darin, die Kosten hierfür auch auf die Gemeinschaft abzuwälzen. Zudem wird der EU empfohlen, den unmittelbaren Rand Europas zu „sichern“ und mögliche Gefährdungen gar zu „eliminieren“.

„Um die Ziele, wie sie in der Europäischen Sicherheitsstrategie (die Versionen von 2003 und 2008) festgelegt wurden, umzusetzen, ist es elementar, dass die Mitgliedsstaaten alle Gefahren eliminieren, die die EU und ihre Interessen aus Richtung der östlichen und südlichen Nachbarstaaten bedrohen. Ist diese Region gesichert, kann der europäische Einfluss darüber hinaus projiziert werden - nicht zuletzt in den indischen Ozean. Unvermeidlich erfordert dies die Vertiefung von Sicherheitspartnerschaften mit Küstenstaaten wie Georgien, Ukraine, Libanon, Israel und einigen nordafrikanischen Staaten, die an den geopolitischen Toren nach Zentralasien und Afrika mit deren erheblichen Ressourcenreichtum liegen.“⁸

Damit nicht genug, soll sich die EU auch die dominante Kontrolle der Meerflächen des Atlantik und des Mittelmeeres sichern und gleich auch noch die der arktischen See, des Schwarzen Meeres und der Baltischen See. Wenn dies geschafft ist, sollte Europa seine maritime Kraft entlang des Roten Meeres tief in den Indischen Ozean bis zur Straße von Malakka schieben. Dies sei, glaubt man den Autoren, der „einzige Weg“ die wichtigen Handelsrouten auf Dauer zu sichern.⁹

Dem Automatismus dieser Aussagen, der sich als Sachzwang aufdrängt, sollte man sich eher verweigern, als offen weltweites Wettrüsten in Erwägung zu ziehen. Asymmetrische Bedrohungen, wie sie hier, und nicht nur hier, herangezogen werden, um eine hemmungslose Versicherheitlichung des Welthandels und vor allem eine hemmungslose Militarisierung der Außenpolitik voranzutreiben, entstehen letztlich aus genau den Elementen, mit denen man sie einzudämmen gedenkt. Noch umfangreichere Militärpräsenz weltweit wird, indem sie hilft, bestehende Machtverhältnisse zu zementieren und ungerechte Verteilungsschlüssel zu verteidigen, letztlich den Widerstand hervorrufen, den man dann mit Waffen bekämpfen wird.

Und man begegnet Waffen, die man ihnen am Besten vorher selbst verkauft hat. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, wenn heute jede Steigerung im Militärhaushalt von Indien, China oder Süd-Korea als Bedrohung empfunden wird und gleichzeitig sich europäische Rüstungsverkäufer in Neu-Delhi, Beijing oder Seoul die Klinken in die Hand geben. Die Europäische Kommission fördert sogar explizit mit einer eigenen Agentur den Handel mit Waffen und bemüht sich, die europäische Rüstungsindustrie wettbewerbsfähiger gegenüber den außereuropäischen Konkurrenten zu machen. Ist die Logik tatsächlich, dass „wir Europäer“ aufrüsten müssen, weil europäische Firmen gut ins Ausland verkaufen?

Letztlich dient doch die Absicherung der vitalen Handelsrouten dem Ziel, ökonomi-

sche Interessen auch am anderen Ende der Welt abzusichern. Die Frage, um wessen Interessen es dabei geht, unterbleibt dabei ebenso, wie die Frage nach den Folgen in den dortigen Ländern. Bei genauerer Betrachtung kann man auch zu dem Schluss kommen, dass die Indienstellung von überseeischen Militärbasen für ein europäisches Schutzbedürfnis Teil einer kolonialen Strategie ist. Europäische Matrosen und Soldaten - und solche anderer Länder - werden dazu angehalten, die Interessen von Großkonzernen zu verteidigen, nicht die von europäischen Arbeitnehmern.

Europas „Verantwortung“ für das Funktionieren der Seeschiffahrtslinien kann nicht darin bestehen, deren Kontrolle für sich zu reklamieren. Kooperative Strukturen, die notwendig sind, um die Folgen der Globalisierung in positive Ergebnisse für alle Menschen zu verwandeln, sucht man in der militärischen Logik vergebens. „Sicherheitspartnerschaften“, wie man sie hier vorsieht, dämmen soziale Rechte ein und befördern Konflikte.

Anmerkungen

1 James Roger, Luis Simón, The Status and Location of the Military Installations of the Member States of the European Union and their Potential Role for the European Security and Defense Policy (ESDP), Briefing Paper des Policy Department External Policies, des Directorate General External Policies of the Union, für das Subkomitee Sicherheit und Verteidigung des Europäischen Parlaments, Februar 2009. <http://www.europarl.europa.eu/activities/committees/studies.do?language=EN>

2 ebenda, S. 5. (übers as)

3 ebenda, S. 6. (übers as)

4 ebenda.

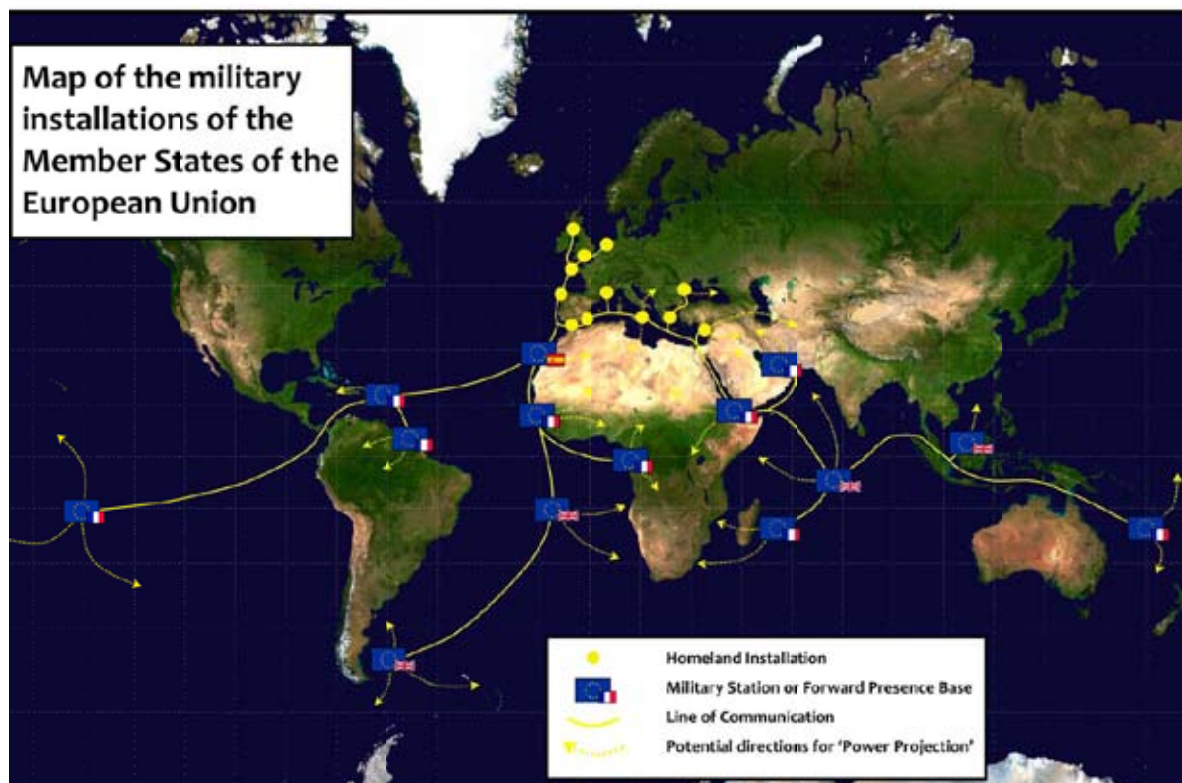
5 ebenda, S. 7.

6 ebenda, S. 18.

7 ebenda, S. 19.

8 ebenda, S. 21. An anderer Stelle führt Rogers die Idee weiter aus und empfiehlt einen europäischen Commonwealth, der keine „Erweiterung“ der EU darstellen würde, sondern nur eine Ausdehnung der Ideen und Werte Europas. Siehe Rogers, James: Towards a „Greater Europe“, 05.03.2008, <http://www.globalpowereurope.eu/2008/03/towards-greater-europe.html>

9 ebenda, S. 22.



Karte europäischer Machtprojektion - entnommen aus Simón/Roger

Die europäische Sicherheitspolitik in Westafrika

von Christoph Marischka

„Strukturelle Stabilität“

In einer Mitteilung der EU-Kommission von 1996 über das „Thema Konflikte in Afrika“ wird der Begriff „Strukturelle Stabilität“ eingeführt. Als Strukturelle Stabilität wird darin eine Situation definiert, „die nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung, Demokratie und die Achtung der Menschenrechte, lebensfähige politische Strukturen sowie intakte soziale und Umweltbedingungen beinhaltet, die im Stande sind, Veränderungen zu handhaben, ohne auf gewalttätige Konfliktaustragung zurückgreifen zu müssen.“¹ Die traditionellen Instrumente der internationalen Gemeinschaft, insbesondere UN-Einsätze zur Friedenssicherung und humanitäre Hilfe, hätten sich als kostenintensiv, ineffektiv und manchmal sogar kontraproduktiv für die Herstellung einer stabilen und friedlicheren Ordnung erwiesen.² Durch die Förderung Struktureller Stabilität insbesondere mit Mitteln der Entwicklungspolitik hingegen sollten die „Grundursachen gewaltsamer Konflikte“ in Afrika beseitigt werden.³

Weder bei der Förderung von Menschenrechten, noch im Bereich der nachhaltigen Entwicklung wurde die Europäische Union ihren postulierten Zielen auch nur ansatzweise gerecht. Stattdessen verfolgt sie eine Handelspolitik, die den afrikanischen Kontinent ausbluten lässt, eine Diplomatie, welche afrikanische Regionalorganisationen militarisiert und verwendet sie Entwicklungshilfegelder für Militäreinsätze. Anstatt die von ihr durchaus richtig identifizierten Grundursachen gewaltsamer Konflikte zu beseitigen, verschärft sie diese und setzt sie zu deren Eindämmung auf militärische Interventionen und den Export von Staatlichkeit, die sich auf den Sicherheitssektor - Militär, Polizei, Grenzschutz, Geheimdienste usw. - beschränkt. Dies soll anhand der EU-Politik gegenüber Westafrika im Folgenden dargestellt werden.

Die Ausplünderung Westafrikas

Bereits während der Verhandlungen zum neuen Seerechtsübereinkommen in den 1970er Jahren deutete sich an, dass die Staaten künftig eine Ausschließliche Wirtschaftszone bis zu 200 Seemeilen vor ihrer

eigenen Küste beanspruchen durften. Dies wirkte als Antriebsmotor einer gemeinsamen Fischereipolitik der Europäischen Gemeinschaften, da die EG-Staaten davon ausgingen, gemeinsam bessere Ergebnisse bei der Aushandlung neuer Fischereirechte zu erzielen. Im Rahmen der Strukturpolitik der EG wurden überdies Gelder bereitgestellt, um die europäische Fischfangflotte sowie die Fisch verarbeitende Industrie auszubauen und zu modernisieren und die traditionellen Fischer zu subventionieren, deren Lage sich durch den industriellen Fischfang auf hoher See deutlich verschlechterte. Die EU-Fischfangflotte umfasste so bald etwa 90.000 Schiffe, welche die europäischen Gewässer überfischten. Ihr Ertrag sank etwa zwischen 1995 und 2005 im Mittelmeer und im Nordostatlantik - den EU-eigenen Fischereigebieten - um fast ein Drittel. Im gleichen Zeitraum stieg der Anteil der vor Westafrika gefangenen Fische an der europäischen Gesamtproduktion von 6,84% auf 8,59%.⁴ Die EU handelt Fischereiabkommen mit Entwicklungsländern aus und kauft diesen Lizenzen für Fangquoten ab, die sie zu billigeren Preisen an europäische Unternehmen weiterverkauft, um Arbeitsplätze in der EU zu sichern, da die Fischerei „für die Beschäftigung in Gebieten, in denen sich oft wenig Alternativen bieten, ... außerordentlich groß [ist].“⁵ In Westafrika sind die Folgen dieser „Subvention der Armutsschaffung“ (Germanwatch)⁶ fatal: 2002 warnte die WWF, die Grundfischbestände seien in den Gewässern Westafrikas innerhalb der letzten 20 Jahre um die Hälfte zurückgegangen, während sich die Fischereiaktivitäten entlang der Küste Nordwestafrikas verdreifacht hätten.⁷ Hierdurch steigt der Preis für Fisch auf den heimischen Märkten, der die wichtigste Proteinquelle für die Einwohner Westafrikas darstellt und durch seine konjunktur- und klimaunabhängige Verfügbarkeit zuvor im Falle von Dürren und Wirtschaftskrisen eine wichtige Rolle bei der Grundernährung der Bevölkerung spielte.⁸ Mittlerweile haben sowohl die International Organization for Migration (IOM)⁹ als auch die OECD¹⁰ anerkannt, worauf Menschenrechtsaktivisten¹¹ und die Welternährungsorganisation (FAO)¹²

schon zuvor hinwiesen: dass die EU-Fischereipolitik die Lebensgrundlage zahlreicher Menschen in Westafrika zerstört und damit unter anderem den Wunsch in der Bevölkerung erhöht, nach Europa auszuwandern.

Nicht nur die Meere sind leer gefischt, auch an Land werden wichtige natürliche Ressourcen zerstört oder exportiert. In Westafrika befindet sich das zweitgrößte Forstgebiet des afrikanischen Kontinents nach dem Kongobecken. In Ghana leben Schätzungen zufolge 60% der Bevölkerung vom Wald, in Liberia ist es ungefähr ein Drittel. Bereits 1985 schlug die FAO Alarm, jährlich würden 5% des Waldes in Westafrika zerstört, als Ursache wurden damals aber vor allem die traditionellen Anbau- und Lebensweisen der ansässigen Bevölkerung gesehen und entsprechend Lösungsansätze vorgeschlagen, die eine Intensivierung der Landwirtschaft und eine „nachhaltige“ Forstwirtschaft nach internationalen Kriterien beinhalteten¹³ - und damit als Einfallstor für die Enteignung der Bevölkerung und die Abholzung durch internationale Konzerne diente. In der Zeitschrift „Entwicklung und Zusammenarbeit“ fassten der EU-Parlamentarier Frithjof Schmidt und Janna Schönfeld die Folgen dieser Politik 2008 zusammen: „Die EU ist mit rund 80 Prozent Hauptabnehmer der Fisch- und Holzexporte aus der Gemeinschaft Westafrikanischer Staaten (ECOWAS). Doch diese Ressourcen fehlen den Menschen vor Ort. Darüber hinaus beteiligen sich europäische Firmen an den in Westafrika weit verbreiteten illegalen und destruktiven Methoden zum Fischfang und Holzabbau. Sie tragen damit zur Zerstörung des Ökosystems und der Bedrohung der Artenvielfalt weit über die eigentliche Ressourcengewinnung hinaus bei.“¹⁴ Dabei verweisen sie aber auch darauf, dass die EU in den letzten Jahren Initiativen unternommen hat, die diesen Trends entgegenwirken sollen.

Diese Initiativen werden allerdings wirkungslos bleiben, da sie eingebettet sind in eine Ideologie des freien Welthandels und aus Verhandlungen unter ungleichen „Partnern“ hervorgehen - bei denen die betroffene Bevölkerung stets außen vor bleibt. Das zeigt sich sehr deutlich an den gegenwärtig ebenfalls stattfindenden Bemühungen der EU, mit den westafrikanischen Staaten Freihandelsabkommen, sog. Economic Partnership Agreements (EPAs), abzuschließen. Der Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Ghana, Klaus D. Loetzer, schrieb hierzu Ende 2008: „[In Afrika] werden schwache Wirtschaften ohne jeden bzw. nur mit zweifelhaftem Schutz (z.B. bei den EPAs) in

die Weltwirtschaft gezwungen. Hieran sind auch die Europäer beteiligt. Obwohl das Gegenteil behauptet wird, führen die Economic Partnership Agreements (EPAs), die Ende 2007 die auslaufenden AKP-Abkommen (Lomé, Cotonou) ablösen sollten, im Endergebnis zu fatalen Folgen für die afrikanischen [Entwicklungsländer].¹⁵ Die NGOs FIAN und Germanwatch haben die Folgen des Freihandels in denjenigen Staaten, die bereits ihre Märkte für EU-Produkte geöffnet haben, eindrücklich dargestellt.¹⁶ Milchpulver, Tomaten und sogar die Reste von Geflügel - Gütern, deren „Produktion“ in der EU auf unterschiedliche Weise subventioniert wird - überschwemmen die Märkte in Westafrika und drängen die ansässigen Bauern aus dem Geschäft. Der Evangelische Entwicklungsdienst (EED) berichtete gegenüber der Süddeutschen Zeitung: „Aus Verzweiflung über ihre aussichtslose Lage haben sich im Norden von Ghana einige Kleinbauern umgebracht“.¹⁷ 2004 sollen allein wegen des Imports von Geflügelresten aus Europa 120.000 Landwirte in Kamerun ihren Arbeitsplatz verloren haben. Das hat nicht nur immense Folgen für die vielen einzelnen Betroffenen, es führt auch zu einem weiteren Anschwellen der Slums um die Großstädte und macht die Bevölkerung wesentlich anfälliger für Schwankungen in den Weltmarktpreisen für Nahrungsmittel.

Die „Afrikanische Sicherheitsarchitektur“ - Bodentruppen der Globalisierung

Die Europäische Union betrat die Bühne als sicherheitspolitischer Akteur in Afrika erstmals im April 2000, als der frisch ernannte Hohe Repräsentant der EU für die Außen- und Sicherheitspolitik, Javier Solana, am ersten Afrika-Europa-Gipfel in Kairo teilnahm. Der hiermit begründete Euro-Afrikanische Dialog überlebte die Auflösung der OAU und deren Neu-

gründung als AU, die von Anfang an mit dem von der Internationalen Gemeinschaft unterstützten Ziel angetreten war, eine „Afrikanische Sicherheitsarchitektur“ zu begründen. Im Gegensatz zur OAU, welche die Interessen der afrikanischen Staaten gegenüber der Ersten Welt bündeln und vertreten sollte, sah die AU von Anfang an auch militärische Interventionen in ihren Mitgliedsstaaten und entsprechende Militär- und Entscheidungsstrukturen vor.¹⁸ Während die Mitgliedsstaaten selbst ihre Beiträge für die laufenden Kosten nur zu etwa 57% fristgerecht bereitstellen konnten,¹⁹ entschied sich die Europäische Union bereits 2004 im Rahmen des Europäischen Entwicklungsfonds der AU 250 Mio. Euro bis 2007 für Militäreinsätze bereitzustellen. Für den Zeitraum 2008-2010 wurde der europäische Beitrag im Rahmen der African Peace Facility (APF) auf 300 Mio. Euro aufgestockt. Die EU will damit einen aktiven Beitrag beim Aufbau einer ständig einsatzbereiten afrikanischen Eingreiftruppe (African Standby Force) leisten, den sie de facto kontrolliert. Sie entscheidet auch, welche Einsätze mit welchen Summen aus der APF unterstützt werden. Das südafrikanische Institute for Security Studies stellte 2008 fest, dass keiner der bislang durch die AU durchgeführten Militäreinsätze ohne die Beiträge aus der African Peace Facility möglich gewesen wäre. Darüber hinaus stellte es fest, dass die „eingebetteten „Berater““ aus Europa aufgrund ihres besseren Zugangs zu Ressourcen häufig „de facto die Kontrolle in wichtigen Bereichen beim Aufbau der afrikanischen Eingreiftruppe innehaben und einen beträchtlichen Einfluss auf die Konzepte, Standards und Entscheidungen auf allen Ebenen ausüben“.²⁰

Eine ähnliche Tendenz, afrikanische Regionalorganisationen zu militarisieren und zugleich abhängig zu machen, deutete

sich bereits zuvor bei der Kooperation der EU mit der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) an. Erste Militäreinsätze führte die ECOWAS 1990 und 1998 in Liberia und Sierra Leone durch.

Der nächste Militäreinsatz der ECOWAS in Côte d'Ivoire 2003 fand in enger Abstimmung mit der französischen Intervention „Licorne“ statt, erhielt logistische Unterstützung bis hin zum strategischen Truppentransport durch die USA, Großbritannien und Belgien und wurde sowohl von der EU als auch von zahlreichen Mitgliedsstaaten finanziell unterstützt.²¹

Für die EU ist die ECOWAS v.a. Teil der „Afrikanischen Sicherheitsarchitektur“, deren Kern die African Standby Force der AU darstellt. Diese soll aus Brigaden der jeweiligen Regionalorganisationen bestehen. Zu diesem Zweck wurden auch die Arab Maghreb Union (AMU) im Norden, die Communauté Economique des Etats de l'Afrique Centrale (CEEAC) im Zentrum, die Inter-Governmental Authority on Development (IGAD) im Osten und die Southern African Development Community (SADC) im Süden des Kontinents in ähnlicher Weise wie die ECOWAS dazu angehalten, militärische Kapazitäten zu entwickeln. Nirgends ist der Aufbau militärischer Kapazitäten jedoch bislang so weit entwickelt, wie bei der ECOWAS: „Der Aufbau der ECOBRIG schreitet kontinuierlich voran und ist am weitesten fortgeschritten. Die Grundlagendokumente sind größtenteils erarbeitet und der Zeitplan wird eingehalten. Das Hauptquartier (Task Force Headquarter) sollte seit Juni 2006 einsatzbereit sein. Die für die ECOBRIG vorgesehenen Truppenteile verfügen bereits über Peacekeeping-Erfahrungen in verschiedenen UN-Missionen... Das wichtigste Organ, der Sicherheitsrat der ECOWAS, ist ebenso funktionsfähig wie die Defense and Security Commission (DSC)... Am 7. April 2005 wurde ein Entwurf zur Entwicklung der ECOWAS Standby Brigade veröffentlicht, der von einem Autorenteam aus Großbritannien, Frankreich, Kanada und den USA im ECOWAS-Sekretariat entwickelt wurde. Darin ist eine Zusage der Mitgliedsstaaten über bisher 6.200 Soldaten für die avisierte Truppenstärke von insgesamt 6.500 Soldaten enthalten.“²² Die ECOWAS gilt damit als Vorbild für die AU und andere Regionalorganisationen, deren Mitgliedern von EU und UN regelmäßig fehlender politischer Wille bei der militärischen Integration vorgeworfen wird. Es ist auch völlig klar, dass die afrikanischen Staaten die ehrgeizigen, von der internationalen Gemeinschaft definierten militärischen Ziele logistisch und finanziell in absehba-



rer Zukunft nicht eigenständig bewältigen können - sofern die jeweiligen Regierungen überhaupt ein Interesse daran haben, eine Truppe zu finanzieren, die gegebenenfalls in ihr Land einmarschieren könnte.

Damit bleibt auch jede Entscheidung über einen Einsatz der AU-Truppen von der politischen, logistischen und finanziellen Unterstützung von EU oder NATO²³ abhängig. De facto entscheiden diese damit über die Einsätze afrikanischer Truppen - afrikanische Regierungen und Organisationen können Ressourcen für sich mobilisieren, indem sie Truppen zur Verfügung stellen.

EU-Battlegroups und Beratermissionen

Um solche Einsätze aber zu induzieren, zu ermöglichen und ihre politischen Rahmenbedingungen zu bestimmen, sind Battlegroups geeignet. Das Konzept der Battlegroups wurde erstmals im Februar 2003 von Frankreich und Großbritannien auf den Tisch gebracht, und der erste autonome Militäreinsatz der EU in der DR Kongo (Artemis) wenige Monate später entsprach vom Umfang her in etwa diesem Konzept. Auch die Geschwindigkeit, mit der die Truppe zusammengestellt wurde und die begrenzte Aufgabenstellung von Artemis sprechen dafür, dass dieser Einsatz einen Versuch darstellte, eine solche Battlegroup ad-hoc aufzustellen. Der Beschluss, tatsächlich ständig Battlegroups bereitzuhalten, fiel dann offiziell im Juni 2004 im Rahmen des Headline Goal 2010. Demnach sollen jeweils für ein halbes Jahr von einzelnen Mitgliedsstaaten oder im multinationalen Verbund je zwei Battlegroups bereitgehalten werden, die innerhalb von zehn Tagen in einem Radius von 6.000 km und ohne weitere Unterstützung 30 Tage einsatzbereit sein können. Bereits der Folgeinsatz 2006 in der DR Kongo, der während der Wahlen in der Hauptstadt stattfand, griff auf Strukturen der Battlegroups zurück. Beim EUFOR-Einsatz im Tschad 2008 gelang es zwar auf Grund des Widerstandes insbesondere Schwedens nicht, die gesamte bereitstehende „Nordic Battlegroup“ zu verwenden, da dies aber während der Einsatzvorbereitung so geplant war, wirkte sich die Battlegroup-Konzeption wesentlich auf die Ausgestaltung des Einsatzes aus.

Auch die kleinsten Varianten von EU-Militäreinsätzen, Beratungsmissionen zum Umbau und zur Ausbildung staatlicher Sicherheitskräfte, wurden in den vergangenen Jahren intensiv in Afrika erprobt. So entsandte die EU 2005 30 Polizeibeamte (EUPOL Kinshasa) in die kongolesische Hauptstadt Kinshasa, um dort Polizeieinheiten aufzubauen, die dem Schutz der

Übergangsregierung Kabilas dienen sollten und vor allem in Crowd and Riot Control ausgebildet wurden. Nachdem unter dem Schutz des EUFOR-Einsatzes Kabila durch Wahlen in seinem Amt bestätigt wurde, wurde die EU-Polizeimission auf das gesamte Land ausgedehnt (EUPOL DRC). Nur wenige Monate später begann eine weitere EU-Mission in der DR Kongo, in deren Rahmen bis zu 60 europäische Militärberater den kongolesischen Generalstab bei der Restrukturierung der Armee unterstützen. Beide Missionen dauern bis heute an. Im Juni 2008 begann dann die erste EU-Mission in Westafrika: In das kleine Land Guinea-Bissau wurden 19 Militärberater für zunächst ein Jahr entsandt, um die Regierung ebenfalls bei der Neustrukturierung ihrer Armee zu unterstützen.

Treibende Kraft bei den meisten EU-Einsätzen in Afrika war mit Frankreich dasjenige Land, das innerhalb der EU die kohärenteste, kontinuierlichste und auch militarisierteste Afrikapolitik vorweisen kann. Vor dem Hintergrund der tragenden Rolle Frankreichs und der nur vage definierten Interessen und Strategien der EU²⁴ ist es wenig verwunderlich, dass sich die Vorgehensweise der EU zunehmend derjenigen Frankreichs annähert. Deutlicher Ausdruck dieser Tendenz war der EUFOR-Einsatz in Tschad und der Zentralafrikanischen Republik, der auf Drängen Frankreichs zustande kam und von der französischen Opération Épervier, in deren Rahmen bereits seit 1986 zwischen 1.000 und 2.000 französische Soldaten im Tschad stationiert sind, zumindest in seiner strategischen Bedeutung kaum zu unterscheiden ist: Unweigerlich glitt er in die Rolle, das von Frankreich unterstützte Regime Débys zu stabilisieren, was gleichzeitig dazu führte, dass dessen Konflikt mit den verschiedenen Rebellenbewegungen eskalierte.²⁵ Somit

hat die EU mittlerweile in der DR Kongo, der Zentralafrikanischen Republik, dem Tschad und Guinea-Bissau zweifelhafte Regime unterstützt und damit auch tendenziell noch abhängiger von eben dieser Unterstützung gemacht. Dies entspricht der Afrikapolitik Frankreichs, afrikanische Führer unabhängig von der Qualität ihrer Regierungsführung im Gegenzug für eine gewisse Hörigkeit zu stärken. Die daraus erwachsende Abhängigkeit dieser Regime ermöglicht es Frankreich, unliebsame Präsidenten jederzeit fallen zu lassen. Hierfür reicht häufig schon ein Nicht-Handeln in kritischen Situationen, ansonsten aber auch ein begrenzter Militäreinsatz in etwa der Stärke einer Battlegroup. Neben der Stationierung von Truppen im Land und so genannten „Verteidigungsabkommen“ bindet Frankreich die afrikanischen Regime vor allem durch die Ausbildung und Ausrüstung von Sicherheitskräften der jeweiligen Länder an sich. Im Rahmen des RECAMP-Programmes hält die französische Armee auf drei ihrer Stützpunkte Ausrüstung für insgesamt drei Bataillone afrikanischer Soldaten bereit, die unter Führung der AU oder der UN eingesetzt werden sollen. Im Rahmen der Zuteilung dieser Ausrüstung erhalten diese darüber hinaus ein letztes Training durch die französische Armee, die auch während des Einsatzes für das von ihr zur Verfügung gestellte Material verantwortlich ist und somit jederzeit Zugang zu den afrikanischen Einheiten hat.²⁶ Die RECAMP-Initiative, die ursprünglich ein Gemeinschaftsprojekt der französischen Ministerien für die Außenpolitik und die Verteidigung war, wird mittlerweile als EURO-RECAMP unter dem Dach der EU weitergeführt.

Export von staatlicher Gewalt

Die Ausbildung und Ausrüstung der



Traditionelle Küstenfischer am Strand von Nouadhibou, Foto: medico-international

Sicherheitskräfte kann dazu dienen, die Durchsetzungsfähigkeit der Regierungen, die häufig auf die Hauptstädte beschränkt ist, zumindest soweit ins Hinterland auszudehnen, dass die wirtschaftliche Ausbeutung etwa von Rohstoffvorkommen zumindest möglich ist. Auch hier erhöhen die zunehmende soziale Verelendung und ökologische Degradation das Risiko beständiger Gewaltkonflikte um Boden, Wald, Pipelines und die Lagerung von Umweltgiften. Initiativen, um die Regierungen gleichzeitig gefügig zu machen und für diese kontinuierlichen Bürgerkriege auszustatten sind zahlreich und finden nicht nur im Rahmen der ESVP statt, sondern auch durch die G8, einzelstaatliche Initiativen und auch innerhalb der zweiten Säule der Europäischen Union. Abschließend werden einige Beispiele von solchen Initiativen in Westafrika auf den verschiedenen Ebenen dargestellt. Sie alle sind Teil einer „Sicherheitsarchitektur“, in der wenige westliche Staaten aus ihrer Furcht vor rechtsfreien und vom Markt abgekoppelten Räumen durch den Export von staatlicher Gewalt Regime in der Dritten Welt abzusichern suchen.

Im Rahmen ihrer Afrikapolitik beschlossen die G8-Staaten 2003 in Évian einen G8-Afrika-Aktionsplan zur Stärkung der Fähigkeiten Afrikas, Friedensoperationen zu unternehmen und verabschiedeten 2004 in Sea Island einen G8-Aktionsplan für den Ausbau der globalen Fähigkeit zur Friedensunterstützung, welcher die Ausbildung von 75.000 Blauhelmsoldaten bis 2010 vorsah. Vergangene Friedenseinsätze hätten demonstriert, dass Gendarmeriekräfte besonders geeignet seien für „Friedensmissionen“, weshalb den italienischen Carabinieri eine bedeutende Rolle für den Aktionsplan zugemessen wurde.²⁷ Diese gründeten daraufhin mit finanzieller Unterstützung der G8 in Vicenza (Italien) einen „Center of Excellence for Stability Police Units“, wo Einsatzkonzepte für „crowd control, den Kampf gegen organisierte Kriminalität, Verhaftungen gefährlicher Personen, Gefängnissicherheit, Schutz sensibler Ziele, Absicherung von Wahlen, Schutz von VIPs und Grenzschutz“ entwickelt werden.²⁸ Dabei wird unter anderem auf die Erfahrungen bei den UN-Einsätzen in Liberia, Côte d'Ivoire und Sierra Leone zurückgegriffen. Insgesamt 7.500 Gendarmeriekräfte sollen durch das COESPU bis 2010 in Kursen von fünf bis sieben Wochen ausgebildet werden, davon 3.000 in Italien und 4.500 in ihren Heimatländern. Für das Jahr 2005 wurden die Länder Senegal, Kamerun, Marokko, Kenia, Jordanien und Indien eingeladen, an den Kursen teilzunehmen.²⁹



Said Djinnit, Leiter des UN-Büros für Westafrika und Beauftragter der AU für Frieden und Sicherheit besucht die NATO, Foto: NATO

2007 kamen Nigeria, Serbien, die Ukraine, Pakistan und Indonesien hinzu, womit sich neben Westafrika ein zweiter regionaler Schwerpunkt in Südasiens herauskristallisierte. Darüber hinaus bildet das COESPU „Mobile Assistenz-Teams“, welche potenzielle Teilnehmerländer besuchen und prüfen, ob diese über geeignete Polizeieinheiten verfügen, an deren Ausbildung teilnehmen und ihre im Ausland gesammelten Erfahrungen in die Kurse in Vicenza einbringen sollen. Die Arbeit des COESPU - obwohl v.a. von den USA finanziert - erfolgt in enger Abstimmung mit UN, EU, AU und ECOWAS und zielt eindeutig darauf ab, für künftige Einsätze der UN, der AU bzw. der ECOWAS Personal bereit zu stellen, das nach den Vorstellungen der G8 ausgebildet wurde. Überspitzt ausgedrückt, werden hier die Führungskräfte derjenigen Polizeisoldaten ausgebildet, die, finanziert von der EU, von französischen Soldaten im Rahmen des EURO-RECAMP ihre Ausrüstung und ein letztes Training erhalten, bevor sie von europäischen Mitgliedsstaaten, einer EU-Unterstützungsmission oder der NATO ins Einsatzgebiet geflogen werden, um dort unter einem Mandat der UN, um welches sich die EU-Staaten bemühen, Konflikte befrieden sollen.

Neben diesen im engeren Sinne militärischen Befriedungskonzepten existieren zahlreiche einzelstaatliche und europäische Initiativen, in deren Rahmen die Sicherheitskräfte westafrikanischer Regierungen ausgebildet und gegen die eigene Bevölkerung in Stellung gebracht werden. Italiens

Militärhilfe für Nigeria, mit der recht offen der sichere Abtransport des dort geförderten Erdöls gewährleistet werden soll, bildet dabei eine Ausnahme. Die meisten Programme dieser Art finden hingegen offiziell im Rahmen der Bekämpfung illegaler Migration, des Drogenhandels sowie der Piraterie statt. Ebenso wie innerhalb der EU die Mission zur Reform des Sicherheitssektors in Guinea-Bissau 2008 damit begründet wird, dass das Land zunehmend zum Transitland für Drogen aus Lateinamerika wird, die für Europa bestimmt sind, schlossen sich 2007 Portugal, Irland, Frankreich, Italien, Spanien, Großbritannien und die Niederlande zusammen und gründeten in der Hauptstadt der ehemaligen Kolonialmacht Portugal ein gemeinsames Analyse- und Operationszentrum Rauschgift (Maritime Analysis and Operations Centre – Narcotics, MAOC-N). Die Europäische Beobachtungsstelle Drogen und Drogensucht schreibt hierzu: „Dieses Strafverfolgungszentrum soll mit militärischer Unterstützung den Kokainhandel insbesondere im Ostatlantik unterbinden.“³⁰

Dabei sollen Daten internationaler und nationaler Strafverfolgungsbehörden sowie der Geheimdienste an die jeweilige Küstenwache, Marine und Luftwaffe der beteiligten Länder weitergegeben werden, damit diese den Transport von Drogen von Westafrika nach Europa unterbinden. Die USA unternehmen darüber hinaus mit ihrer Marine zahlreiche Besuche westafrikanischer Staaten, um gemeinsame Übungen mit deren Küstenwachen durchzuführen und stellen diesen Überwachungstechnologie zur Verfügung. Zugleich liefern sie im mit der Pan-Sahel Initiative (PSI, später: Trans-Sahel Counter-Terrorism Initiative TSCTI) im Rahmen des Krieg gegen den Terror Tschad, Niger, Mali und Mauretanien Ausbildung und Ausrüstung für den Grenzschutz in der Wüstenregion.³¹

Ähnliche Projekte verfolgen die EU und ihre Mitgliedsstaaten im Rahmen des Kampfes gegen die illegale Migration. Bereits im Juni 2000 schlossen sie mit ihren ehemaligen Kolonien das handelspolitische Cotonou-Abkommen ab, das die Entwicklungsländer im Gegenzug zu scheinbaren Handelspräferenzen dazu verpflichtete, mit der EU in einen intensiven Dialog über die Steuerung von Migration zu treten und Rücknahmeabkommen abzuschließen. Die EU würde die nötigen Kapazitäten bereitstellen, um die unterzeichnenden Staaten beim Umgang mit den Abgeschobenen zu unterstützen. Zwischen 2001 und 2006 stellte sie 130 Mio. Euro für Projekte in Nordafrika und weitere 65 Mio. Euro für entsprechende Programme in Subsahara

hara-Afrika aus, „um Drittländer in ihren Bemühungen um eine bessere Steuerung der Migrationsströme zu unterstützen“. Dabei hat sie neben Nordafrika einen zweiten „Schwerpunktbereich“ in Westafrika identifiziert und Missionen in die „Schlüsseländer in Westafrika (z.B. Mauritien, Mali, Senegal)“ entsandt³², wo sie ein Netzwerk an „Verbindungsbeamten“ aufbaute. Auch die Zusammenarbeit im Rahmen des Cotonou-Abkommens führte zunächst lediglich zu Kooperationsgesprächen mit der ECOWAS, Kap Verde, Ghana, Mauretanien, Senegal und Äthiopien und weist somit einen deutlichen Schwerpunkt in Westafrika auf.³³ Wichtigstes Finanzierungsinstrument für Maßnahmen in Drittstaaten zur Bekämpfung der illegalen Migration ist das AENEAS-Programm, in dessen Rahmen zwischen 2004 und 2006 120 Mio. Euro bereitgestellt wurden, für den Zeitraum 2007 bis 2010 sind weitere 205 Mio. Euro vorgesehen. AENEAS finanzierte unter anderem eine Beobachtungsstelle Migration in Westafrika und zwei Gemeinschaftsprojekte des UN-Büros für Drogen- und Verbrechensbekämpfung und Europol, die darauf abzielten, „die Möglichkeiten der Justiz und der Strafverfolgungsbehörden aller nord- und westafrikanischen Staaten zu verbessern, um Menschenhandel und -schmuggel zu verhindern und zu bekämpfen“.³⁴

2006 begann die Europäische Grenzschutzagentur FRONTEX ihre Mission Hera auf den Kanaren, deren Ziel es war, die Migration von Westafrika auf die Kanaren einzudämmen. Nachdem die Agentur sich zunächst darauf konzentrierte, angelandete MigrantInnen zu befragen, gab sie ihre so gewonnenen Informationen an die westafrikanischen Behörden weiter, was nach Selbstdarstellung der Agentur zu zahlreichen Verhaftungen von Schleusern durch die westafrikanischen Polizeien geführt hat.³⁵ Später ging FRONTEX dazu über, gemeinsam mit Sicherheitsbeamten Mauretaniens, Senegals und Kap Verdes Einsätze in den westafrikanischen Küstengewässern durchzuführen und MigrantInnen bereits in diesen zur Umkehr zu bewegen oder am Ablegen zu behindern. FRONTEX griff bei diesen Einsätzen in westafrikanischen Gewässern auf Aufklärungsdaten des EU Satellite Centre zurück - einer Einrichtung im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) -, das laut Arbeitsbericht 2006 im Auftrag der Agentur die westafrikanische Küste überwachte, „um mögliche Einrichtungen für den Bau von Schiffen zu erfassen sowie alle weiteren Objekte, die mit der Bewegung illegaler Migranten in Verbindung stehen könn-

ten“.³⁶ Spanien hat parallel hierzu seine Zusammenarbeit mit den westafrikanischen Behörden ebenfalls ausgebaut. Im Rahmen des ebenfalls von AENEAS querfinanzierten Projektes SEAHORSE führt Spanien zahlreiche Seminare und Lehrgänge für westafrikanische Küstenwachen, Gendarmerie- und Grenzschutzeinheiten durch und hat es die Rüstungsfirma INDRA beauftragt, Technologien zu entwickeln, die es ermöglichen, bestimmte Daten von europäischen und spanischen Satelliten und sonstigen Aufklärungsinstrumenten (Dronen, SIVE) an westafrikanische Sicherheitskräfte weiterzugeben.³⁷ Spanien bemühte sich zudem in Zusammenarbeit mit Europol und der International Labour Organization (ILO), westafrikanischen Behörden Zugang zum ICONet zu verschaffen, über das EU-Behörden (darunter auch Geheimdienste) mit den Behörden der Mitgliedsstaaten Informationen über Migrationsrouten, im Umlauf befindliche Dokumente, Schleppernetzwerke usw. austauschen. Im Rahmen des SEAHORSE-Projekts veranstaltete Spanien im Oktober 2007 auf Gran Canaria die zweite Euro-Afrikanische Polizeikonferenz über illegale Migration.

Die Abschottungsmaßnahmen der EU führen unweigerlich zu offiziellen und informellen Lagern für „gestrandete“ TransitmigrantInnen in den afrikanischen „Partnerstaaten“. Viele dieser Lager werden mit Hilfe der EU-Mitgliedsstaaten errichtet oder finanziert, etwa durch Italien in der libyschen Wüste oder durch Spanien in Marokko und Mauretanien.³⁸ Im Frühjahr 2007 bewachten in der mauretanischen Hafenstadt Nouadhibou spanische Polizisten höchstpersönlich ein temporäres Lager, in dem abgefangene Flüchtlinge eingepfercht wurden.

Die Sicherheit der Europäischen Union

Während es in Westafrika von Sicherheitskräften nur so wimmelt und diese eine der größten Bedrohungen für die Zivilbevölkerung darstellen, kann von struktureller Stabilität keine Rede sein. Im Gegenteil trägt die Europäische Wirtschafts- und Handelspolitik massiv zur Verarmung weiter Teile der Bevölkerung bei und erhöht damit das Konfliktrisiko. Um dennoch ein Mindestmaß an Stabilität in der Region aufrecht zu erhalten, setzt die EU auf die bestehenden staatlichen Strukturen und stärkt trotz der Menschenrechtsverletzungen, für die diese verantwortlich sind, deren Repressionsorgane. Durch die Entsendung von Militärberatern, Aufbau und Ausbildung von Polizei- und Militäreinheiten stärkt sie nicht nur die jeweiligen Regime für ihren konti-

nierlichen Bürgerkrieg niederer Intensität, sondern macht die EU diese auch von sich abhängig. Nach dem Vorbild der französischen Afrikapolitik, dem die EU aufgrund ihrer vage formulierten Strategie eher unfreiwillig folgt, hält sie mit ihren Battlegroups aber auch Kapazitäten bereit, mit denen sie kurzfristig intervenieren und als Zünglein an der Waage in kritischen Situationen ihren Verbündeten zum kurzfristigen Sieg verhelfen kann. Für die mittelfristige Stabilisierung im Falle größerer Konflikte, die erfahrungsgemäß verlustreich und wenig erfolgreich ablaufen, will sie keine eigenen Kapazitäten bereitstellen. Stattdessen hat sie die AU und die ECOWAS militarisiert und zu Söldnerorganisationen degradiert, die solche Einsätze kostengünstiger nach europäischen Vorgaben erfüllen, ohne dass die EU politisch die Verantwortung für deren Scheitern übernehmen müsste.

Dieser Text ist die Kurzfassung einer ausführlichen Studie, die in Kürze auf der IMI-Homepage veröffentlicht wird.

Anmerkungen

1 Commission of the European Communities, The European Union and the Issue of Conflicts in Africa: Peace-Building, Conflict Prevention and Beyond.

2 ebd.

3 Alexandra Krause: Die EU als internationaler Akteur in Afrika, in: Afrika, Aus Politik und Zeitgeschichte (B 13-14/2002).

4 Eurostat: Fishery Statistics - Data 1990-2006, Eurostat Pocketbooks 2007 Edition.

5 Europäische Kommission: Der Fischereisektor in der Europäischen Union, http://ec.europa.eu/fisheries/cfp/fisheries_sector_de.htm (23.03.2009).

6 Germanwatch: Die europäische Fischereipolitik gefährdet die Lebensgrundlage westafrikanischer Fischer, <http://www.germanwatch.org/tw/fisch.htm> (23.03.2009).

7 „EU-Fangflotten fischen Gewässer in Westafrika leer“, Pressemitteilung der WWF vom 28.06.2002

8 Germanwatch, a.a.O.

9 Juliette Hallaire: „L'émigration irrégulière vers l'Union européenne au départ des côtes sénégalaises“, vgl: Europäisches Parlament: Entwurf eines Berichts über Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung und die Auswirkungen der Ausbeutung bestimmter biologischer natürlicher Ressourcen durch die EU auf die Entwicklung in Westafrika (2007/2183(INI)).

10 OECD: Fishing for Coherence in West Africa - Policy Coherence in the Fisheries Sector in Seven West African Countries, The Development Dimension Series (2007).

11 Zu nennen wäre hier v.a. die Mauretanischen Vereinigung für Menschenrechte (AMDH) und deren Generalsekretär Amadou M'Bow, siehe eindrucksvoll: medico international: Die Verdammten der Globalisierung, medico Rundschreiben 04/2007.

12 John Kurien: Responsible fish trade and food

security, FAO Fisheries Technical Paper No. 456, Rom 2005.
 13 FAO: Tropical Forestry Action Plan, Rom 1985.
 14 Frithjof Schmidt und Janna Schönfeld: Die Ausplünderung Westafrikas, in: E+Z 5/2008.
 15 Klaus D. Loetzer: Von der Pariser Erklärung 2005 zum High Level Forum von Accra 2008, Auslandsinformationen der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., November 2008.
 16 Armin Paasch: Verheerende Fluten - politisch gemacht. EU-Handelspolitik verletzt Recht auf Nahrung in Ghana - Die Beispiele Hühnchen und Tomaten, FIAN, Germanwatch, Both Ends und UK Food Group, 2008.
 17 Judith Raupp: Tödliche Tomaten und billige Hähnchen, sueddeutsche.de vom 18.4.2008.
 18 Tim Murithi: The African Union's Transition from Non-Intervention to Non-Indifference - An Ad Hoc Approach to the Responsibility to Protect?, Internationale Politik und Gesellschaft 1/2009. Siehe auch: Christoph Marischka: AU wird mobilisiert, in: AUSDRUCK (April 2007)
 19 Statement by Maxwell Mkwezalamba, Commissioner for Economic Affairs (AU) on the Occasion of the Opening of the Meeting of Governmental Experts on alternative Sources of Financing the African Union, www.african-union.org (26.3.2009).
 20 Jakkie Cilliers: The African Standby Force - An update on progress, ISS Paper 160, 2008.
 21 „ECOWAS Mission in Côte d'Ivoire - Partnerships for Peace“, Rede von Abdoulaye Fall auf der Konferenz „Development Policy and the Armed Forces“, ausgerichtet von der Inwent gGmbH, am 14. und 15.9.2004.
 22 Wolf Kinzel: Afrikanische Sicherheitsarchitektur - ein aktueller Überblick, GIGA-Focus

1/2007.
 23 Die NATO hat bereits 2005 für die AU-Mission im Sudan logistische Aufgaben übernommen. Said Djinnit, Leiter des UN-Büros für Westafrika und Beauftragter der AU für Frieden und Sicherheit besuchte 2007 das NATO Hauptquartier, sprach sich „aufbauend auf der guten Zusammenarbeit“ zwischen der NATO und der AU im Sudan für eine engere Zusammenarbeit zwischen beiden Organisationen aus und bat um mehr logistische Unterstützung sowie beim Aufbau der African Standby Force. Vgl. „Interview with the African Union Commissioner for Peace and Security, Ambassador Said Djinnit“, www.nato.int (27.03.2009).
 24 Stefanie Flechtner: Hauptsache im Einsatz? Zur Konzeption der europäischen Sicherheitspolitik, Friedrich Ebert Stiftung, Internationale Politikanalyse Frieden und Sicherheit, Juni 2006.
 25 Stefan Brüne: Noch das alte oder schon das neue Europa? Die autonomen Militärmissionen der EU in Afrika - eine erste Bilanz, in: Heinz-Gerhard Justenhoven, Hans-Georg Ehrhart (Hrsg.): Intervention im Kongo - Eine kritische Analyse der Befriedungspolitik von UN und EU, Kohlhammer Verlag 2008. Sowie: Damien Helly: Crisis in Chad: implications for the EU, EUISS-Analysis, Februar 2008. Zur Eskalation in Folge des EUFOR-Einsatzes: Christoph Marischka: Tschad - Die EUFOR als Brandbeschleuniger, in: AUSDRUCK (August 2008).
 26 So jedenfalls die Eigendarstellung des RECOMP-Programmes auf der Homepage der UN: http://www.un.int/france/frame_anglais/france_and_un/france_and_peacekeeping/recamp_eng.htm (9.4.2009).
 27 G-8 Action Plan: Expanding global Capabili-

ty for Peace Support Operations
 28 „Activities“, coespu.carabinieri.it (9.4.2009)
 29 Michael Dziedzic and Col. Christine Stark: Bridging the Public Security Gap - The Role of the Center of Excellence for Stability Police Units (CoESPU) in Contemporary Peace Operations, US Institute of Peace Briefing, June 2006
 30 European Monitoring Centre for Drugs and Drug Addiction (EMCDDA): State of the drugs problem in Europe 2008, www.emcdda.europa.eu (10.3.2009)
 31 Christoph Marischka: Weltherrschaft durch die Kontrolle von Strömen, IMI-Analyse 2009/001, in: IMI/DFG-VK: Kein Frieden mit der NATO, 2009
 32 Kommission der EG: Strategiepapier für das Thematische Programm zur Zusammenarbeit mit Drittländern in den Bereichen Migration und Asyl 2007-2010
 33 Kommission der EG: Interim progress report on the Global Approach to Migration (COM(2007) 780 final)
 34 Ebd.
 35 „Canary Islands - Hera“, www.frontex.europa.eu (10.4.2009)
 36 EUSC Annual Report 2006, sowie: Christoph Marischka: Frontex - Im Netz des EU-Sicherheitssektors, in: Komitee für Grundrechte und Demokratie: Jahrbuch 2009, Westfälisches Dampfboot 2009
 37 Christoph Marischka: Weltherrschaft durch die Kontrolle von Strömen, IMI-Analyse 2009/001, in: IMI/DFG-VK: Kein Frieden mit der NATO, 2009
 38 Cornelia Gunßer: Der europäische Krieg gegen Flüchtlinge - Flüchtlingsabwehr und Lagerpläne der EU, Flüchtlingsrat Hamburg 2006

Somalia: Sicherheit statt Entwicklung

Am 24.4.2009 wurde in Brüssel die Geberkonferenz für Somalia mit einem Ergebnis von 213 Millionen Dollar (193 Mio €) abgeschlossen - weit mehr als die ursprünglich geforderten 166 Millionen.¹ Die von der UN ins Leben gerufene Konferenz konzentrierte sich dabei auf den Bereich der „Sicherheit“ in Somalia und hier wiederum keineswegs auf Elemente, die das Leben der Somalis sicherer und materiell besser machen könnten.

Kernpunkt der Einladung durch das United Nations Political Office for Somalia war die Stützung der Mission der Afrikanischen Union (AU) in Somalia (AMISOM), die den Hauptteil der Gelder bekommen soll: 134 der ursprünglich beantragten Summe von 166 Millionen. Die restlichen 32 Millionen Dollar würden laut diesem Vorschlag in den Aufbau einer somalischen Polizei (10.000 Mann) und eine nationale Armee (6.000 Mann) fließen. Das Editorial der Hiiraan Online vom 21.4. hat dann spitzfindig ausgerechnet, dass somit die 4.300 Soldaten der AU-Mission knapp 2.600 USD pro Monat verdienen,

wohingegen die Beschäftigten der somalischen Polizei und Armee knapp 1.900 im Jahr bekommen.² Angesichts dieses Unverhältnisses mag man sich fragen, ob die Hoffnung des UN-Generalsekretärs Ban Ki-moon, dass durch die gesammelten Gelder die „Autorität der Regierung gestärkt wird“ und die Bildung staatlicher Institutionen gefördert wird, neuen Boden erhält. Aufschlussreicher mag hier die ebenfalls von Ban geäußerte Gleichung sein, dass ein mehr an Sicherheit auf dem Land auch ein mehr an Sicherheit auf See bedeutet.³ Die AU Mission, die 2007 in Somalia eingesetzt wurde, nachdem äthiopische Soldaten die islamischen Milizen aus dem Land gejagt hatten,⁴ ist bisher in ihrem Einflussbereich weitgehend auf die Hauptstadt Mogadischu beschränkt und wird wohl auch auf absehbare Zeit kaum in der Lage sein, die Küste auf einer Länge von 3.900 Kilometern zu kontrollieren. Der im Vorfeld der Konferenz geäußerte Vorschlag des somalischen Außenministers Mohamed Omaar, Somalia mit einer Küstenwache auszustatten, scheint weit-

gehend verhallt zu sein. Vielleicht auch, weil dann deutlich werden würde, dass die „Geber“ in diesem Prozess eher bereit sind, viel Geld für eine Sicherheit an Land auszugeben, als ihren Fischfangflotten den illegalen Fang vor Somalias Küste zu verbieten.⁵

Andreas Seifert

Anmerkungen

1 http://news.xinhuanet.com/english/2009-04/24/content_11246506.htm

2 http://www.hiiraan.com/op2/2009/apr/to_participants_of_brussels_donor_conference_somalia_priorities_are_broader_than_unpos_projections.aspx

3 <http://www.un.org/apps/news/story.asp?NewsID=30582&Cr=somali&Cr1=>

4 Jürgen Wagner, AMISOM in Somalia, in: Ausdruck Juni 2007, S. 11.

5 Claudia Haydt, Kanonenboote und Piraten, NATO, EU und die Kontrolle der Meere, in: IMI, Kein Frieden mit der NATO, Januar 2009, S. 11-15, S. 13. Siehe auch: http://www.hiiraan.com/op2/2009/apr/_will_piracy_save_somalia_.aspx

Stabilität um jeden Preis?

Umbau der Sicherheitsstruktur in der VR China

von Andreas Seifert

Weg mit der Miliz und her mit einer Anti-Aufstands-Polizei lautet das Credo der chinesischen Parteiführung, geht es um den Bereich der öffentlichen Sicherheit in China. So stärkt der Staat sein Gewaltmonopol und wappnet sich für kommende soziale Kämpfe. Der Umbau im Bereich der öffentlichen Sicherheit verändert die Bedingungen, unter denen Konflikte ausgetragen werden können, nachhaltig.

Die schiere Zahl mutet bereits eindrucksvoll an: 10 Mio. Milizionäre weist die neueste Statistik der VR China für das Jahr 2008 aus und gar zusätzliche 100 Mio. als potentielle Reserve. Doch geht es nach der Führung in Beijing, so sollen die Milizionäre reduziert und spezialisiert werden. Die Reduktion um zwei Millionen bis Ende 2010¹ hat aber weit mehr Bedeutung, als es die einfache Zahl vermuten lässt. Umfangreicher als bisher sollen Milizen Aufgaben wahrnehmen, die eine technisch anspruchsvolle Unterstützung der Volksbefreiungsarmee (VBA) erlauben. Dazu wird gezielt auf Flugabwehr und ABC-Schutz geschult und die jeweilige Truppe stärker an die VBA-Einheiten in ihrer Nähe angebunden. Im Zuge dieser Bewegung werden die alten Milizübungen weitgehend abgeschafft. Alles nach der Devise: weg vom Kleinkaliber, hin zur Flak?

Den positiven Effekt, dass weniger Menschen als bisher in die Militarierungs-Maschinerie der VR China einbezogen werden, mag man begrüßen, doch geschieht dies nicht ganz ohne Kontext. Zeigt sich doch, dass die Reduktion an einer Stelle mit einem Ausbau an anderer Stelle aufgewogen wird. Es lohnt sich für Beobachter in Zukunft durchaus, genauer hinzusehen, wer eigentlich wen einsetzt, denn hieran wird der Grad der Eskalation deutlich. Der vorliegende Beitrag untersucht die Maßnahmen, welche die

chinesische Regierung in den letzten Jahren ergriffen hat, um die sozialen Konflikte, die als Folge der wirtschaftlichen Entwicklung entstanden sind, im Griff zu behalten. Der Fokus liegt dabei auf den Maßnahmen, die im Bereich der öffentlichen Sicherheit angestoßen wurden und die Folgen, die sich hieraus für die gesellschaftlichen Regelungsprozesse ergeben. Kernstück ist die Betrachtung der bisherigen Rolle und Funktion der Miliz und der Polizei als die bestimmenden Faktoren bei der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit im Gefüge der bewaffneten Kräfte der Volksrepublik China. Die Fragestellung ist somit auch, ob die Reduktion der Miliz und der Ausbau von Polizeitruppen sich dazu eignen, gewaltsame Konflikte zu verhindern oder ob der gewaltsamen Austragung sozialer Konflikte damit nicht sogar Vorschub geleistet wird. Weitgehend außen vor bleiben soll bei dieser Betrachtung der Bereich der polizeilichen Strafverfolgung bzw. der Behandlung von Kriminalität in China.

Einführend sollen die Grundelemente von öffentlicher Sicherheit und bewaffneten Kräften in der Volksrepublik erläutert werden, um dann die Änderungen und Verschiebungen in diesem System genauer zu betrachten. Hierzu werden die Problemlage und die regierungsseitigen Lösungsansätze dargestellt und untersucht.

Das Grundsystem: Bewaffnete Kräfte in China

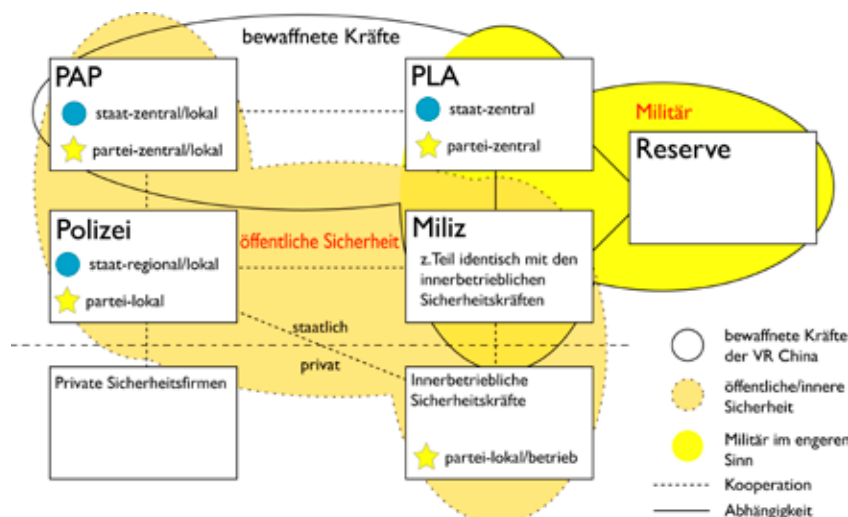
Im System der bewaffneten Kräfte² der VR China gibt es sechs Komponenten:

- die Volksbefreiungsarmee (VBA) mit ihren Teilstreitkräften Luftwaffe, Marine, Heer und der strategischen Raketeneinheit (2. Artillerie),
- die dazu gehörigen regulären Reserven,
- die Miliz,
- die Bewaffnete Polizei (People's Armed Police, PAP),
- die Polizei und schließlich
- die Staatssicherheit.

Die ersten drei unterstehen dabei der Zentralen Militärkommission (ZMK), d.h. einem Organ der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh),³ was es gerechtfertigt erscheinen lässt, von einer „Parteiarmee“ zu sprechen. Die PAP untersteht zusätzlich dem Staatsrat und die Polizei direkt den örtlichen Büros des Ministeriums für Öffentliche Sicherheit (Ministry of Public Security, MPS) in den jeweiligen Provinzen, Autonomen Regionen und Regierungsunmittelbaren Städten (Beijing, Tianjin, Shanghai, Chongqing). Die Staatssicherheit agiert ohne regionale Anbindung unter einem eigenen Ministerium und ist vergleichbar mit einem Inlandsgeheimdienst, zu dessen Aufgaben auch die Gegenspionage gehört. (siehe Grafik).

Armee und Reserve

Die VBA ist eine gegen einen äußeren Feind gerichtete Armee und kann nicht ohne weiteres für innere Ordnungsaufgaben eingesetzt werden.⁴ Sie ist zum Teil sozial und wirtschaftlich sehr eng mit ihrer Umgebung verwoben und erfüllt wichtige Funktionen im lokalen Gefüge der Standorte. Katastrophenschutz gehört bei der VBA ebenfalls zu den Kernaufgaben, weshalb sie in den letzten Jahren eigene Einheiten zur Katastrophenabwehr ausgebildet hat, die bereits bei Großbränden, Erdbeben und Schneekatastrophen zum Einsatz gekommen sind.⁵ Die Reserven sind ihr zugeordnet und unterliegen den gleichen Bedingungen, werden aber, z.B. bei Katastrophenhilfe, nur dann mobilisiert, wenn die Kräfte der VBA nicht ausreichen. Die VBA umfasst derzeit 2,3 Mio. Soldaten. Die Reserve wird auf 800.000 Soldaten beziffert und ist den jeweiligen Waffengattungen zugeordnet.



System der öffentlichen Sicherheit, Grafik: IMI

Miliz

Die Miliz wird in Kriegszeiten zur Unterstützung der VBA mobilisiert und fristet in Friedenszeiten in der Theorie ein unscheinbares Dasein mit wenigen Übungen und wenig öffentlicher Aufmerksamkeit. Sie wird im Allgemeinen in eine einfache Miliz und eine aktive Miliz unterschieden. Einfache Milizionäre werden ausschließlich vor Ort ausgebildet und trainiert - sie sind eine eher nominelle Truppe, die ca. 100 Mio. Männer und Frauen umfasst. Die aktive Miliz (10 Mio.) wird im Gegensatz hierzu kontinuierlich geschult und auch in gezielten Manövern praktisch trainiert. Sie erfüllt ein breiteres Einsatzspektrum, das in der Vergangenheit einigen Schwerpunktverschiebungen unterworfen war. Oblag die Bildung der Milizen in den 1970er Jahren noch vor allem den örtlichen Parteizellen, so ist diese Aufgabe inzwischen auf die Armee übergegangen, die auch die Ausrüstung und Anleitung übernimmt. Die Miliz kann von der örtlichen Parteizelle mobilisiert werden, untersteht aber im Verteidigungsfall der Armee.⁶ Da der Zugriff bei der Partei liegt, werden sie potentiell zur Ordnungsmacht. Dennoch sind Milizionäre nicht ohne weiteres bei Streiks oder Aufständen einsetzbar, da dies einen Eingriff in die Polizeihohheit darstellt.⁷

People's Armed Police und die Polizei

People's Armed Police (PAP) und die Polizei⁸ sind weitere Einheiten, die sich in ihrem Aufbau und der Rollenzuschreibung mitunter überschneiden und zusätzlich Schnittmengen gegenüber den bereits genannten Komponenten (Miliz, Reserve und VBA) aufweisen. Die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit obliegt der Polizei, die den Innenministerien bzw. dem Ministry of Public Security (MPS) und den lokalen staatlichen Untergliederungen zugeordnet ist. Sie unterhält Polizeistationen und ist prinzipiell zur Strafverfolgung befähigt. Sie ist für die Registrierung der Einwohner zuständig und unterhält Einheiten für bestimmte Einsatzspektren wie Eisenbahnpolizei, Flughafenpolizei und Verkehrspolizei. Die chinesische Polizei hat das Recht, in bestimmten Fällen eine polizeiliche Verwahrung anzuordnen, d.h. ohne gerichtlichen Prozess und ohne Widerspruchsrecht Personen in Gewahrsam zu nehmen. Die Gesamtstärke der Polizei in China ist kaum sicher zu ermitteln und wird grob unterhalb von 2 Mio. angesiedelt, was knapp 7 Polizisten auf 10.000 Einwohnern entspräche.⁹

Der Polizei beigeordnet, aber in der Regel in einer militärischen Kommandokette (d.h. der zentralen Militärkommission unterstehend), agiert die PAP, deren Struk-

tur bei weitem undurchschaubarer ist. Mit den Feuerwehrbrigaden¹⁰, der Grenzpolizei¹¹ und einigen Bewachungseinheiten¹² umfasst die PAP Einheiten, die nicht in der militärischen, sondern in einer zivilen Kommandokette (vom MPS abwärts) stehen. Darüber hinaus existieren in der PAP Einheiten, die sich um Damm- und Deichbau kümmern,¹³ sowie solche, die Straßen- und Eisenbahnbau betreiben - diese Einheiten sind umfangreich kommerziell tätig und haben nur eine minimale militärische Komponente. Kernstück der PAP sind aber die so genannten *Internal Troops*, die als militärische Einheiten für die innere Sicherheit in der VR zuständig sind. Dieser Truppenteil wird derzeit auf knapp 660.000 Mann geschätzt¹⁴ und besteht zum Teil aus Wehrpflichtigen. PAP-Truppen führen militärische Ränge und sind oftmals kaserniert. Die PAP ist in diesen Punkten durchaus mit den europäischen Gendarmen- oder den Niederlande vergleichbar. PAP-Mitglieder sind nicht automatisch zur Verfolgung von Straftaten berechtigt.

Westliche und chinesische Presse, aber auch eine Reihe von Wissenschaftlern, setzen die PAP mit der VBA gleich: die grüne Uniform wird automatisch mit „Armee“ assoziiert. In den meisten Fällen, in denen man Uniformierte auf den Straßen sieht, handelt es sich aber um PAP-Einheiten.¹⁵ Das Einsatzspektrum der PAP *Internal Troops* ist gewaltig - es reicht von der Bewachung wichtiger Infrastruktur, wie Flughäfen, zentralen Brücken, Industrieanlagen und Regierungsgebäuden, über Personenschutz (Bewachung der ausländischen Botschaften in Beijing und Diplomaten im Ausland), bis hin zu Sicherheitsdiensten bei Großveranstaltungen. Die PAP *Internal Troops* betreiben überdies die Gefängnisse der VR und sorgen auch für den Transport von Gefangenen zwischen den Gerichten und den Gefängnissen. In grenznahen Städten ist die PAP mitunter komplett für die öffentliche Sicherheit zuständig und die örtliche Polizei agiert ausschließlich in Abhängigkeit zur PAP.¹⁶

In der Regel ist es aber die Polizei, die PAP-Einheiten anfordert, wenn es zu Demonstrationen oder Streiks kommt, und dann auch die Führung übernimmt. PAP-Einheiten in großen Städten haben spezialisierte Truppen zur Aufstands- und Terrorismusbekämpfung gebildet, die in Kooperation mit der örtlichen Polizei eingesetzt werden können - die bekannteste Einheit, die Schneewölfe 雪狼, ist zwar in Beijing stationiert, wird aber in gesamt China und im Ausland eingesetzt. Spezielle Einheiten der PAP sind mit gepanzerten Fahrzeugen,

Hubschraubern und sogar Kanonen ausgestattet, die als mobile Einheiten der Militärkommission direkt unterstehen. In den letzten Jahren war die Tendenz auszumachen, die PAP stärker an ihre militärischen Wurzeln und in der Kommandostruktur (z.B. bei Aufstands- und Terrorabwehr) enger an die Parteiführung zu binden, als die Verflechtung mit den örtlichen Polizeistrukturen voranzutreiben. Hintergrund für diese Veränderung in der Einstellung sind unter anderem geänderte Anforderungen im Bereich der „Öffentlichen Sicherheit“ in China allgemein.

Änderung im Bereich der Öffentlichen Sicherheit

Indem sich das Gefüge der „Öffentlichen Sicherheit“ in China wandelt, verändert sich auch die Rollenzuschreibung der einzelnen Elemente des oben beschriebenen Systems. Dies gilt in besonderem Maße für die Miliz, aber auch für die Polizei.

Ausgangspunkt aller Überlegungen zur Veränderung des Sicherheitsbegriffs ist die Feststellung, dass das „sozialistische China“ passé geworden und eine Mischform zwischen kapitalistischer Ökonomie und sozialistischer Planwirtschaft entstanden ist, die euphemistisch den Titel einer *sozialistischen Marktwirtschaft* trägt. Die Reformpolitik seit den frühen 1980er Jahren hat entscheidende Elemente der sozialistischen Planwirtschaft relativiert und einige sogar abgeschafft. So ist mit der Abschaffung der Volkskommunen nicht nur das „freie“, gewinnorientierte Wirtschaften auf das Land zurückgekehrt, sondern es wurde auch das ländliche Sozialsystem abgeschafft und damit das Kranken- wie das Schulsystem nachhaltig geschwächt. Die Reduktion und Abwicklung großer Staatsbetriebe hat nicht nur Potential für private Unternehmer freigesetzt, sondern auch die Altersversorgung breiter Bevölkerungsschichten in den Städten in Frage gestellt. Nach 30 Jahren fortwährender Wandlung der Politik ist die chinesische Regierung heute mit einem ganzen Strauß von Problemen konfrontiert:

- die Gesellschaft hat sich durch die Ein-Kind-Politik nicht nur zu einer „Überalterung“ hin entwickelt, sondern diese Politik hat auch eine Geschlechterratio produziert, die soziale Spannungen fördert, indem viele Männer ohne Frau und damit ohne Nachkommen bleiben werden;
- die Einkommensschere ist weit auseinander gegangen - so weit, dass von einer dauerhaften Verarmung ganzer Bevölkerungsgruppen ausgegangen werden muss; und obwohl China in den letzten 30 Jahren fast 300 Mio. Menschen aus bitterster

Armut befreit hat, bleibt die gleiche Menge unterhalb der Grenze, wohingegen eine kleine Gruppe zu Millionären avanciert ist; - Chinas Wirtschaft ist exportabhängig und ein Binnenmarkt ist bisher nur unzureichend ausgebildet;

- Chinas wirtschaftlicher Erfolg basiert auf der rigorosen Ausbeutung breiter Bevölkerungsschichten, deren Lebensumstände sich nur gering verbessert haben (an die Mitverantwortung westlicher Handels- und Industrieunternehmen sei an dieser Stelle mit Nachdruck erinnert - der eigentliche Profit wird nicht in China gemacht!);

- Chinas wirtschaftliche Entwicklung ist auf kleine Gebiete beschränkt, wohingegen große Teile des Landes nach wie vor keinerlei Entwicklung erleben;

- der Hunger der Wirtschaft nach Rohstoffen und vor allem Landflächen führt zu Konflikten zwischen Bauern und der Industrie und gefährdet schon heute die Lebensmittelversorgung und Lebensmittelsicherheit in China;

- die hemmungslose Profitorientierung führt zu enormen Umweltproblemen, von denen mit den sich ablösenden Lebensmittelkandalen bisher nur ein Bruchteil sichtbar wird.

Die meisten dieser (ausgewählten) Probleme münden in soziale Spannungen, die zumindest das Potential haben, gewaltsam ausgetragen zu werden. In den Randgebieten des chinesischen Territoriums paaren sich diese Probleme mit ethnischen oder religiösen Konflikten. Im Han-Chauvinismus werden aus kulturellen Unterschieden oftmals Kulturgrenzen. D.h. durch das massive Auftreten der Han-chinesischen Mehrheit in ökonomisch prosperierenden Zweigen in Xinjiang, Gansu, Qinghai, Yunnan oder eben Tibet werden lokale „Minderheiten“ sozial an den Rand gedrängt und oftmals ihrer Lebensgrundlage beraubt. Dies geht meist einher mit dem Wunsch der Ausbeutung der Bodenschätze vor Ort. Die aus diesem Spannungsfeld entstehenden Kämpfe werden oftmals als „ethnische“ oder „religiöse“ Konflikte interpretiert. Bei genauerer Betrachtung ist die häufig kritisierte „Sinisierung“, d.h. der bewusste¹⁷ oder beiläufige Export chinesischer Kultur in die Randgebiete, die einer Aufoktroierung chinesischer Kultur und damit einer Zerstörung regional vorhandener Kulturen oder deren Reduktion zur Folklore gleichkommt, aber nur ein Faktor unter mehreren. Und er ist im Kernland in ähnlicher Form anzutreffen: regionale Kulturen und Unterschiede verwischen: Identitäten verschwinden. Auch im Kernland entstehen hieraus Verschiebungen im sozialen Gefüge.

Diese Entwicklung kommt dabei keinesfalls über Nacht, noch ist sie überraschend. Mit der Administration von Hu Jintao und Wen Jiabao trat eine „Verwissenschaftlichung“ des Umgangs ein, die vorerst in Ambitionen mündete, den entstehenden Reichtum gerechter zu verteilen.¹⁸ Hierzu wurde beispielsweise versucht, ein neues Arbeitsgesetz zu etablieren, das den Arbeitern und Angestellten mehr Rechte gegenüber ihren Arbeitgebern einräumt und auf erbitterten Widerstand der ausländischen Unternehmen in China traf. Aber, wie Yu Jianrong feststellt: „Eine Reihe von Faktoren der Instabilität bleiben bestehen, indem die Autorität der Zentralregierung von immer unabhängiger werdenden lokalen Regierungen absorbiert wird, die ihre eigene Agenda verfolgen.“¹⁹ Anders ausgedrückt fehlt es den „guten Ambitionen“ der Zentralregierung an lokaler Durchsetzungskraft. Eine direkte Reaktion des Regimes auf die Gefahr von gewaltsamen Konflikten besteht deshalb darin, den Sicherheitsbereich darauf vorzubereiten, mit Unruhen und wilden Streiks umzugehen. Die Umgestaltung des Sicherheitsbereiches stellt im Kern eine langfristige Strategie dar, den Einfluss der Zentralregierung gegenüber den Regionen zu stärken und das Machtmonopol der Partei insgesamt zu bewahren. Dieser Wandel soll hier exemplarisch an zwei Bereichen dargestellt werden, einerseits an der veränderten Rolle für die Miliz im Verhältnis zur Polizei, andererseits am Verhältnis zwischen der regulären Polizei und der PAP.

Miliz I: Abbau auf dem Land

Beijings Parteiführung bemüht sich, ihren Einfluss auf die Regionen auszubauen und sorgt sich um Ersatz zu den ursprünglich



Cover einer Zeitschrift für Milizionäre

vorhanden Integrations- und Kontrollmechanismen, die durch die Reformen an Kraft verloren haben. Zu einem solchen integrativen Element gehörte auch die Miliz, die im Rahmen des Volkskriegsdenkens zu einer Identifikation des einzelnen Bürgers mit der politischen Führung beitragen sollte. An ihre Stelle tritt nun direkt die Polizei, die ermuntert wird, ihre lokale Verankerung zu verbessern. Indem lokal mehr Verbindungsbüros, Stadtviertelbüros oder Dorfpolizeistationen eingerichtet wurden²⁰, wurde einerseits die integrative Rolle der Miliz gegenüber früher weiter reduziert, andererseits wurde der Staatsapparat bis auf das Dorf herunter „greifbar“. In ländlichen Gebieten ist dies zwar auch heute noch nicht flächendeckend der Fall, doch kommt es gerade dort zu einer grundlegend anderen Struktur, wird hier die Staatsmacht in der Form von regulärer Polizei „sichtbar“.

Die Leitung eines chinesischen Dorfes obliegt einer Doppelspitze, bestehend aus dem gewählten Dorfrat/-vorsteher und dem Vorsitzenden der örtlichen Parteizelle. Letzterer ist zuständig für die Miliz und genießt sozusagen das Privileg, diese auch zu bestimmten Ordnungsleistungen heranzuziehen. Eine örtliche Polizeidienststelle untersteht ihm hingegen nicht - sie ist der übergeordneten Polizei auf Bezirksebene unterstellt und damit einem anderen Parteikomitee bzw. den dortigen Sicherheitsbehörden der Volksregierung. Was im ersten Moment wie eine „Selbstentmachtung“ der Partei aussieht, indem das Gewicht des örtlichen Parteivorstehers reduziert wird, hat in der Konsequenz das Potential zu einer Stärkung der Staatsmacht und damit einem Gewinn an Kontrolle über die Dörfer beizutragen. Intendiert ist durch die Maßnahme auch, den Level der Willkür durch örtliche Parteikader zu reduzieren. Die Einrichtung lokaler Polizeistationen ist also auch eine Reaktion auf bekannt gewordene Vorfälle, in denen örtliche Parteikader Amtsmissbrauch betrieben haben.²¹

Entscheidend für das Zurückgehen der Miliz und ihrer Bedeutung ist, dass mit der Auflösung der Volkskommunen Ende der 1970er Jahre privates Wirtschaften in die Dörfer zurückgekehrt ist, für das die Bauern alle Energie benötigen. Zudem ist es für Dorfmitglieder heute nicht mehr ganz so wichtig, Mitglied der örtlichen Miliz zu sein, da mit einer Mitgliedschaft keine „Privilegien“ mehr einhergehen. Überdies sind viele junge Dorfbewohner als Wanderarbeiter in die Städte gezogen, um dort Geld zu verdienen und damit ihre Heiratschancen zu erhöhen. Auch wenn dies nur eine temporäre Angelegenheit ist, sind diese Jugendlichen dem Rekrutierungsmechanismus

der Miliz quasi entzogen. Einzelne Dorfkader sind - das zeigen wiederum Berichte über ländliche Konflikte - zum Teil dazu übergegangen, Milizen oder Schläger (Dorf-) extern zu rekrutieren, um sie auch für persönliche Ziele einzusetzen.

Die Einrichtung dörflicher Polizeistationen hat das Potential, durch die Repräsentation der Staatsmacht auf unterster Ebene legitimitätsstiftend auf die oberen Administrationsebenen zurückzuwirken, so die Polizei es schafft, als unparteiisch zu bestehen. Zum anderen gewinnen Staatsorgane mit Polizisten vor Ort wichtige Informanten zu Vorgängen auf den Dörfern und können so, in der Theorie, gegebenenfalls rechtzeitig auf soziale Konflikte und ihre Ausbreitung reagieren. „In der Theorie“ bedeutet hier, dass die Einrichtung alleine noch keinen Informationsfluss und keine Konfliktanalyse bedingt, die zu einer friedlichen Lösung führt. Werden die gewonnenen Daten und Fakten zu falsch oder zu simpel interpretiert, wirkt der Mechanismus gegebenenfalls nur repressiv: „Unruhestifter“ werden identifiziert und zur Ordnung gerufen.²² Nicht selten wird aber auch der Polizei von den Dorfbewohnern unterstellt, in die Machenschaften vor Ort verwickelt zu sein und damit keine neutrale Rolle spielen zu können. Verschiedene Beispiele zeigen, dass Korruption auch im Zusammenhang mit der Polizei ein großes Problem darstellt.²³ Die Verbindung zwischen Polizeistrukturen und dörflichen Verwaltungsstrukturen ist in der Regel keine technisch-bürokratische, die nur von Funktionen ausgeht, sondern eine über einen langen Zeitraum gewachsene persönliche Beziehung zwischen Vertretern verschiedener Ebenen im System. Sie rational unter dem Gesichtspunkt von „Funktionen“ zu betrachten, greift also oftmals zu kurz.

Für den bäuerlichen Protest gegen Amtsmissbrauch durch lokale Kader haben die Autoren Li und O'Brien den Begriff des „berechtigten Widerstandes“ (rightful resistance) in die Diskussion eingebracht.²⁴ Sie beschreiben dabei in erster Linie Widerstandsmuster der lokalen Bevölkerung und weniger die (zentral-)staatliche Repression. Dieser Widerstand zielt wesentlich auf die Durchsetzung von Normen und Gesetzen der VR China von unten und bildet in einem gewissen Rahmen den unteren Teil der Klammer, in der lokale Beamte gefangen sind: Oben die Zentrale, die (je nach Interessenlage) auf die Implementierung ihrer z.T. populistischen Gesetze drängt und unten die Bauern, die geltendes Recht für ihre Interessen reklamieren. Die Auto-



兵民是胜利之本

Schönes Bild vergangener Tage: Propagandaposter preist die Miliz als den Ursprung eines jeden ‚Sieges‘ - Bild: Postercollection Stephan Landsberger

ren belegen damit das artikulierte „Bedürfnis“ der Zentrale, ihre Gesetze wirklich umzusetzen, statt sie auf dem Weg zum Individuum verloren gehen zu sehen.²⁵ Der bäuerliche Protest darf sozusagen mit Erlaubnis aus Beijing „gewähren“, solange er sich an bestimmte Regeln hält. „Gewähren lassen“ ist etwas, was die Polizei strukturell besser garantieren kann, als örtliche Kräfte. O'Brien und Li machen in ihrer Befragung sogar die Tendenz zur Mediation bei der Polizei aus, also weniger direkte Unterdrückung als vielmehr die defensive Eindämmung.²⁶ Berichte in Internetblogs oder der Beitrag des Autors Lu Gengsong in „Beijing Spring“ sehen diese Einschätzung hingegen nicht bestätigt und beharren auf einem vornehmlich repressiven und gewalttätigen Reaktionsmuster chinesischer Sicherheitskräfte. Lu geht sogar so weit und sieht nicht einmal mehr die örtliche Polizei am Werke, sondern die PAP - also Einsatzkräfte.²⁷ Letztlich kann hier kein abschließendes Urteil gefällt werden, da regionale Unterschiede hierbei eine erhebliche Rolle spielen. Hinweise, wie die von Lu Gengsong, machen jedoch deutlich, dass eine vornehmlich repressives und eskalierendes Verhalten der Polizei nicht auf die „klassischen Krisenregionen“ wie Tibet, Gansu oder Xinjiang beschränkt ist, sondern auch im Kernland Repression eine oftmals ergriffene Alternative zur Mediation darstellt.

Wozu also überhaupt noch eine Miliz auf dem Land? Unterstellt man, dass es einerseits immer schwerer wird, Milizionäre zu rekrutieren, andererseits die Miliz für Ordnungsaufgaben denkbar ungeeignet ist, so drängt sich die Frage nach ihrer Abschaffung auf. erinnert man an das Aufgabenspektrum der Miliz, so bleibt sie aber nach wie vor als Reserve im Kriegsfall und bei Katastrophen ein wichtiger Faktor. Gerade in strukturalarmen Gebieten des chinesischen Landes abseits der Städte ist die Miliz mitunter die einzige „Organisation“,

die genügend Mobilisierungspotential hat, bei Katastrophen zu reagieren. Eine der Grundvoraussetzungen, um die Miliz auflösen zu können, ist also die Schaffung neuer Strukturen für die Katastrophenhilfe. Die VBA ist eine der wenigen Institutionen, die in den letzten Jahren im Bereich der Katastrophenvorsorge „aufgerüstet“ hat, was sie (z.B. im Weißbuch 2008) als besonders „defensiv“ und als „Friedensmacht“ kennzeichnen mag, aber auch den Blick verstellt, zivile Organisationen zu bilden, die diesen Zweck genauso gut oder vielleicht sogar besser verfolgen könnten. Dass solche Strukturen nicht geschaffen werden, ist kein Zufall - eine von der Partei unabhängige Struktur ist nicht gewollt.

Die Lage auf dem Land - ein Fazit

Den Bedeutungsverlust, den die Partei auf unterster Dorfebene erlebt, kompensiert sie durch stärkere Kontrolle, die von anderen Institutionen ausgeübt werden muss als bisher. Der Dorfkader ist in seiner Bedeutung für das Dorf zurückgegangen, da seine Entscheidungen nicht mehr unbedingt ökonomisch relevant sind. Die Miliz ist um entscheidende Elemente im sozialen Bereich und einen Teil ihrer Legitimation im ordnungspolitischen Rahmen erleichtert worden und steht als Rumpfkatastrophenhilfe im Raum. Die Konflikte hingegen nehmen zu, sowohl innerhalb des Dorfes (aufgeschobene Bodenreform, Einkommensdifferenzen zwischen Wanderarbeitern und Bauern) wie auch im Konflikt mit benachbarten Gemeinden und den angrenzenden Städten um Bodenressourcen und Finanzmittel. Mithilfe der Dorfwahlen lassen sich nur bestimmte dieser Konflikte kanalisieren. Die Reaktion der Zentrale, die Polizeipräsenz zu verstärken, stärkt zwar nicht unbedingt den unmittelbaren Dorfkader, wohl aber die Parteiloyalität und traditionelle Seilschaften - sie ist somit am *status quo* orientiert. Dorfwahlen und Polizeipräsenz in den Dörfern haben dabei durchaus das Potential, positiv auf Konfliktsituationen zu wirken - realisieren wird sich dies Potential jedoch nur unter Ideal-Bedingungen.

Miliz II: neu erfunden in der Stadt

In städtischen Kontexten stellt sich das Problem der Milizbildung, wie auch der Wandel in der „öffentlichen Sicherheit“, wiederum ein wenig anders dar. Milizen, die ausschließlich in Staatsbetrieben und öffentlichen Institutionen gebildet wurden, waren dort auch Teil von Rekrutierungsmechanismen der Führungseliten der Betriebe und Institutionen und sie waren ggf. auch

Teil der Betriebssicherheit. D.h. sie sind mit „ihrem“ Betrieb verbunden und erfüllen ihre Funktion mit Blickrichtung auf den Betrieb und nicht zwangsläufig mit dem Blick auf die sie umgebende Stadt. Diese Unterscheidung mag spitzfindig wirken, ist aber dann relevant, wenn man sich vor Augen führt, dass im alten System der „Einheiten“²⁸ keinerlei Zwischenräume bestanden, seit der Zulassung von privatem Wohneigentum und privaten Betrieben in den Landkarten der Städte aber große Lücken klaffen. Wo früher jeder in einer Betriebswohnung wohnte, für deren Sicherheit der Betriebschutz sorgte, grenzen heute privat geführte Wohnblöcke mit ihren eigenen Sicherheitskräften an die der Staatsbetriebe - private Sicherheitskräfte sind aber kein Teil der Miliz und unterstehen sozusagen nur ihrem Arbeitgeber. Indem sich Staatsbetriebe gebietsmäßig verkleinern (müssen), reduziert sich die Miliztätigkeit um die soziale Komponente einer „Betreuung“ der Werksmitglieder auf das Bewachen und Kontrollieren der Werkszugänge selbst - dies kann letztlich so weit gehen, dass Milizeinheiten aufgelöst und die notwendigen oder als notwendig erachteten Sicherheitsdienste extern eingekauft werden. Milizen verlieren für den Betrieb an Relevanz, und die Bereitschaft, Milizen zu bilden (und diese von der Arbeit frei zu stellen) hat auf der Seite der Betriebe abgenommen.

Die als Ersatz für Milizen oftmals beschäftigten privaten Sicherheitsfirmen sind in China bereits seit Mitte der 1980er Jahre tätig - anfänglich auf die Sonderwirtschaftszonen beschränkt, haben sie sich heute in ganz China ausgebreitet. Es mag verwundern, dass ausgerechnet ein Land, das so viel Wert auf Kontrolle legt wie China, Sicherheitsdienste überhaupt zulässt - das Interessante an chinesischen Sicherheitsdiensten ist jedoch, dass die entsprechenden Firmen im Besitz der Polizei sind.²⁹

Wie auf dem Land versucht der Staat die Sicherheitslücken sowohl innerhalb der Betriebe wie auch zwischen den Staatsbetrieben und dem Privatgrund mit verstärkter Polizeipräsenz zu schließen. Hier gibt es nun deshalb die Tendenz, zu einem umfassenderen Verständnis von Polizeiaufgaben und einer höheren Integrität der Polizei zu gelangen, d.h. die scharfen Grenzen zwischen den Einheiten und ihrer Umgebung aufzulösen.

Im Zuge der Reformen der 1980er und 1990er Jahre hat sich für Land wie Stadt zudem eine neue Problemlage ergeben, die bisher noch einer Lösung harret, aber nachhaltig das Gefüge von Sicherheit in den Städten verändert. Das System der Haushaltregistrierung (chin. hukou) dient

bisher dazu, Stadt und Land deutlich voneinander zu trennen und eine bürokratische Hürde für den Zuzug in die Städte aufzubauen. Mit dem erhöhten Bedarf der großen Städte nach billigen Arbeitskräften für Industrie und Bauwirtschaft wurde das System gelockert - Landbevölkerung konnte sich nun *vorübergehend* in der Stadt aufhalten. Haushalten, denen ein *hukou* zugewiesen wurde, der sie als Landbevölkerung ausweist, ist es aber nach wie vor nicht erlaubt, sich *dauerhaft* in den Städten aufzuhalten: Sie können kein Wohneigentum erwerben, nicht heiraten oder Kinder bekommen, sie haben nur eingeschränkten Zugang zu den Gesundheitseinrichtungen und ihre Kinder sind von regulären Schulen ausgeschlossen. Wanderarbeiter sind somit in den meisten Fällen strukturell von der städtischen Bevölkerung abgegrenzt und von kommunalen Leistungen ausgeschlossen. Ihre „Duldung“ in der Stadt ist an einen Arbeitsplatz gebunden und wird über einen ganzen Strauß von Genehmigungen, die bürokratischen und polizeilichen Institutionen die Gelegenheit zur Erhebung von Gebühren geben, geregelt. Im städtischen Image werden Wanderarbeiter mit negativen Zuschreibungen versehen - unter anderem auch, dass sie prinzipiell kriminell agieren würden. Auch wenn dies letztlich statistisch nicht haltbar ist, bleibt dieses Image hartnäckig in der städtischen Bevölkerung verankert und führt zu weiterer Isolation der Migranten.³⁰

Aber auch das Interesse der VBA an den betrieblichen Milizen ist ein gewandeltes. Hier erhalten der „Schutz“ spezifischer Einrichtungen und ihre „Einsatzfähigkeit“ ein höheres Gewicht als diffuse Ordnungsaufgaben mit Bezug zu den städtischen Mitarbeitern - sie erweitern sich zu Ordnungsaufgaben gegenüber der ländlichen Bevölkerung. Für die VBA wird es sozusagen zum vordringlichen Ziel, bestimmte Infrastrukturen in einem funktionierenden Zustand zu halten und gegebenenfalls auch personell zu schützen, wofür man eher Techniker und Administratoren benötigt als Angestellte oder Arbeiter, die eine Waffe halten können. Zudem erwartet die VBA von einem solchen Milizionär, dass er prinzipiell in der Lage ist, bestimmte Einrichtungen instand zu setzen. D.h. der betriebliche Kontext löst sich gegebenenfalls weiter auf.

Nachdem über fast 30 Jahre hinweg das Milizwesen in den Städten eher zweitrangig behandelt wurde, spielte es in den letzten Jahren gerade aufgrund dieser Aufgabenverschiebung wieder eine stärkere Rolle. Die für die Milizen zuständigen Stellen innerhalb der VBA-Stützpunkte bemühen

sich, die Staatsbetriebe in der Aufstellung der Milizen auf die Erfüllung dieses neuen Einsatzspektrums zu drängen und gehen gezielt auf technologisch anspruchsvolle Betriebe zu. In der chemischen, Maschinenbau- und elektronischen Industrie erhofft man sich technisches Wissen als Input, wohingegen in klassischen Ressourcenindustrien der Schutz der Anlagen im Vordergrund steht.³¹

Miliz wird hier im Kriegsfall offensiv in die Gestaltung von Ordnung innerhalb eines industriellen bzw. städtischen Kontextes mit einbezogen. Sie hat somit das Potential, als „zivile“ Reserve für Ordnungsaufgaben herangezogen zu werden, die von einer „militärischen“ Reserve, der eigentlichen Reserve, abgegrenzt wird. Die Mechanismen der Milizbildung und die Zuordnung zu bestimmten Industrien bedeutet, dass diese Miliz eine „städtische“ sein wird, die z.B. fluktuierende Landbevölkerung (Wanderarbeiter) ausgrenzt. Es wird auch für die Aufrechterhaltung des sozialen Friedens entscheidend sein, wie die Mobilisierung dieser veränderten Miliz in Zukunft erfolgen wird und welche offiziellen Stellen Zugriff auf sie ausüben.

Die Lage in der Stadt - ein Fazit

Entscheidend erscheint mir mit Hinblick auf die Veränderungen in städtischen Kontexten dreierlei:

- Milizen werden personell und in ihrer Ausrüstung gestärkt und sie werden aus den traditionellen Kontexten der Betriebszugehörigkeit gelöst.
- Die Polizei verstärkt ihre Tendenz zur Professionalisierung, indem sie ihre betriebliche in eine lokale Verankerung umwertet, und sie kommerzialisiert Sicherheit in der Stadt.
- Die VBA, wie die Polizei, schafft sich mit den Milizen ein Potential, die Stadt sozial gegen Ansprüche des Landes zu verteidigen.

Die Frage der Wanderarbeiter und damit die Frage des Zuzugs zu den Städten sowie die gleichmäßige Verteilung von Einkommensmöglichkeiten sind ungelöst. Einkommensunterschiede werden aber durch das System zementiert, und der zuziehenden Bevölkerung wird nur eine reduzierte Teilhabe hieran angeboten. Das erhöht sowohl innerhalb der Städte als auch an ihren Randgebieten das Potential gewaltvoller Auseinandersetzungen. Die Neuordnung des Miliz- und Polizeiwesens in den Städten dient (unter diesem Blickwinkel betrachtet) somit in erster Linie dem Fortbestand der Möglichkeit zur Repression von sozialem Protest.

Die Umgestaltung der Organisation des „Sicherheitssektors“ auf dem Land wie in



Spezialeinheit der PAP bei einer Übung: gut ausgerüstet, martialisch im Auftreten und ...

der Stadt weist somit nur wenig in Richtung Deeskalation in potentiellen Konfliktbereichen - dies wird umso deutlicher, bezieht man mit der PAP eine weitere Komponente der bewaffneten Kräfte mit ein. Sie untersteht zwar der ZMK, kann aber auch von zivilen Einrichtungen, den Innenministerien und der Polizei angefordert werden. Vorgeblich auf den Schutz von wichtigen Infrastrukturen beschränkt, entwickelte sich die PAP im Laufe der 1980er und 1990er Jahre weg vom Image einer Wachmannschaft zur Bewaffneten Polizei mit Kompetenzen in der Terrorbekämpfung und dem „sicheren“ Begleiten von Demonstrationen.

People's Armed Police: Die neue Macht im Land

Erst 1983 formell gegründet, kann die PAP auf eine ganze Reihe von Vorläufern zurückblicken, die allerdings wenig helfen ihr Aufgabenspektrum zu präzisieren - einzige Konstante war die Führerschaft durch die Partei und die Möglichkeit zur Repression im Inneren. Dass sie nach 1989 einen verstärkten Ausbau erfahren hat, ist einer Reihe von Umstrukturierungen in letztlich ganz anderen Bereichen zu verdanken. Das Unvermögen der Organe der öffentlichen Sicherheit, die studentischen Proteste von 1989 frühzeitig in den Griff zu bekommen und in deren Folge die Armee bemüht werden musste, war nur der formale Auslöser für die Stärkung der PAP. Letztlich ist dieser Ausbau aber vor allem das Ergebnis der wirtschaftlichen Reformen und ihrer unmittelbaren Folgen.

Die heutige PAP ist ein Konglomerat unterschiedlichster Truppen mit unterschiedlichsten Aufgaben. Ihr Ausbau erfolgte dabei nicht prinzipiell aus sich selbst heraus, indem neue Aufgabengebiete zur Schaffung

von Einheiten führten, sondern die PAP entstand aus Einheiten, die von anderen Institutionen abgegeben wurden. So führte die „Reduktion“ der VBA 1996 um 14 Divisionen keineswegs zum Abbau und der Demobilisierung dieser Divisionen, sondern zu deren Umwandlung in PAP-Einheiten. Zieht man die wirtschaftlichen Teile (Straßenbau, Dammbau, Goldproduktion, etc.) einmal ab, bleibt eine Kerntruppe mit militärischen/polizeilichen Aufgaben übrig, die noch um die 800.000 Personen umfasst. Die Führungsstruktur der PAP spiegelt die Komplexität der Aufgaben wieder.

„Was das Führungssystem anbelangt, so hat die Partei festgelegt, dass die PAP nach dem Grundsatz *yi tong er fen* (一统二分) geführt wird. Sie untersteht damit der vereinigten (*yi tong*) Führung des Staatsrates und der zentralen Militärkommission, wie auch der getrennten (*er fen*) Leitung durch die lokalen Partei- und Regierungsorgane sowie den lokalen Organen der öffentlichen Sicherheit. Die PAP dient sozusagen vielen Herren^[32]: Als erstes untersteht sie der Führerschaft des Zentralkomitees der KPCh, dann der dualen Führung durch die Militärkommission und den Staatsrat, dann der Führung durch die Kommission für Angelegenheiten von Politik und Gesetz beim ZK der KPCh, und weiter unten hat sie auf Anweisungen des örtlichen Parteikomitees, der örtlichen Regierungen sowie der örtlichen Organe der öffentlichen Sicherheit zu hören und schließlich hat eine untergeordnete PAP-Einheit die Anweisungen einer übergeordneten Einheit zu befolgen. Im März 1995 veränderten der Staatsrat und die zentrale Militärkommission das Führungssystem entscheidend und wandelten das *yi tong er fen* System in *liang tong yi fen* (两统一分) um, d.h. Staatsrat und zentrale Militärkommission üben die duale (*liang*

tong) Führerschaft und Verwaltung über die PAP aus, und [nur noch, *yi fen*] die lokalen Organe der öffentlichen Sicherheit kooperieren mit ihr auf lokaler Ebene.“³³

Lu Gengsong beschreibt die Veränderung von 1995 als entscheidenden Schritt der Umgestaltung hin zu einer Truppe der inneren Sicherheit. Sie ist signifikant, weil sie die PAP stärker an die Parteizentrale und die Parteihierarchie bindet und die Verbindung zu den lokalen Regierungen versucht zu reduzieren. Die Einrichtung eines eigenen Parteikomitees bei der PAP unterstreicht diese Bestrebung, die PAP von regionalen Einflüssen zu isolieren. Diese Ambition richtet sich in erster Linie auf eine Umstrukturierung der bewaffneten Teile der PAP und nicht aller Untergliederungen.

Im Zusammenhang mit der von Lu Gengsong beobachteten Fixierung der PAP auf zentrale (Partei-) Institutionen ist die tendenzielle Entkopplung der Polizei von politischen Entscheidungen verschmerzbar. Je „professioneller“, d.h. unpolitischer die Polizei wird, desto „politischer“ wird die PAP. Nimmt man den personellen Ausbau der PAP hinzu, so ergibt sich eine Machtverschiebung innerhalb der öffentlichen Sicherheit hin zu zentralen und politischen Institutionen bzw. Parteinstitutionen.

Kernstück der Anleitung durch die Partei ist nach wie vor die Kommission für Angelegenheiten von Politik und Gesetz beim ZK der KPCh, in der die mit Sicherheit betrauten Personen institutionell zusammengefasst sind. Unter Anleitung eines hochrangigen Politbüromitglieds sind die Minister für öffentliche und staatliche Sicherheit, der Minister für Justiz, der oberste Richter des Staatsgerichtshofs, der Generalstaatsanwalt, ein stellvertretender Vorsitzender des Nationalen Volkskongresses und schließlich der Befehlshaber der PAP in diesem Gremium zusammengeführt.³⁴ Das Organ ist somit eng an die oberste Staats- und Parteiführung angebunden und dekliniert sich durch alle Ebenen nach unten durch. D.h. zu jeder administrativen Ebene existiert eine entsprechende Kommission, die gegenüber der höheren weisungsgebunden ist. Jede Kommission koordiniert dabei die verschiedenen Organe der Strafverfolgung (Gerichte, Polizei, Staatsanwaltschaften, etc.), sie, und nicht z.B. Gerichte, befinden letztlich über die Einsätze der Polizei. Die PAP hier mit einem eigenen Sitz zu bedenken, hebt sie über andere Akteure im Sicherheitsbereich nicht nur hinaus, sondern stärkt das „Parteelement“ innerhalb des Einsatzspektrums öffentlicher Sicherheit, indem sie, anders als die regionale Polizei, eine durchgängige landesweite Hierarchie

hat. Aus Sicht des MPS ist die Aufwertung und Zentralisierung der PAP ein Vorteil gegenüber der lokalen Polizei, da diese meist in ihrem Budget komplett von den lokalen Regierungen abhängt und damit eine stärkere horizontale Bindung aufweist. Hier bedeutet die „Professionalisierung der Polizeiarbeit“ auch die Möglichkeit, lokale politische Strukturen zurückzudrängen.

Die Zuständigkeit der Kommission für Angelegenheiten von Politik und Gesetz beim ZK der KPCh für die PAP ist im Gegensatz hierzu lockerer formuliert: die PAP ist hier eingebunden, aber eben auch an die Zentrale Militärkommission angebunden, d.h. sie kann auch unter Umgehung aller lokalen Kommissionen, Regierungen und Polizeieinheiten eingesetzt werden. Angesichts des Konsenscharakters dieser Kommissionen und der personellen Besetzung mag es zwar unwahrscheinlich erscheinen, dass es hier zu Einsätzen kommen kann, die nicht auf einem breiten Konsens innerhalb der politischen Führung basieren, doch für nachgeordnete Ebenen ist dies nicht auszuschließen. Bedenkt man die Ausstattung der PAP-Einheiten, so wird deutlich, dass mit dieser Truppe ein schlagkräftiges Element zur (im Zweifelsfall) alleinigen Verfügung der Zentrale entstanden ist. Anders als lokale Polizeitruppen werden PAP-Truppen gezielt in der Bekämpfung von Demonstrationen und Ausschreitungen geschult - sie verfügen über die entsprechenden Schutzkleidungen sowie über Waffen aller Art. Spezialtruppen zur Terrorismusbekämpfung und Geiselnbefreiung sind zwar publikumswirksam, doch machen sie nur einen kleinen Teil aus - entscheidender sind die mobilen Einheiten der PAP, die in großer Zahl an jeden Ort in China verlegt werden und zahlenmäßig wie auch im Hinblick auf ihre Ausrüstung jeden Protest ersticken können. Diese Einheiten stehen aber nur der Zentrale zur Verfügung.

Es gibt aber noch einen weiteren Aspekt, der in Zukunft vielleicht noch wichtiger werden wird: Die PAP zieht mit der Terrorabwehr nicht nur bestimmte militärische Kompetenzen in ihr Spektrum, sondern auch welche der Informationsbeschaffung - und sie ergänzt damit die Staatssicherheit. Die Schaffung zentraler Ausbildungseinrichtungen für die PAP, die auch die Bereiche der Informationsbeschaffung und -verwertung als Lehrfächer aufweisen, zeigen, dass man dieses Element der Kontrolle stärken will.

PAP gegen Polizei - ein Fazit

Der Ausbau der PAP zu einer „Palastarmee“ (Lu Gengsong), die eng an die oberste Parteiführung gebunden ist, erscheint also als das Kernstück der Bestrebungen



... unter dem Kommando der Partei. Bilder: PAP-Zeitung Renmin wujing bao

Beijings, nicht nur „nicht die Kontrolle zu verlieren“, sondern auch Kontrolle über die Sicherheit in den Regionen zurück zu gewinnen.

Der Vergleich von Polizei und PAP offenbart, dass die PAP über das größere Repressionspotential verfügt. Sie ist potentiell sogar geeignet, die VBA komplett aus dem Bereich der inneren Sicherheit der VR China als Akteur zu verdrängen.

Alles im Griff der Partei

Die vorhergehenden Abschnitte haben gezeigt, dass die Verschiebungen innerhalb der öffentlichen Sicherheit zu einer Stärkung bestimmter Institutionen geführt haben und zu einer veränderten Anbindung an die unterschiedlichen Ebenen der chinesischen Administration.

Die Miliz verliert einerseits weiter an Bedeutung und wird auf dem Land durch Schlägertrupps abgelöst, die der Ausdruck mafioser Strukturen örtlicher Parteikader und Unternehmer sind, andererseits erfährt sie an anderer Stelle einen gezielten Ausbau, um im Krisenfall effektive Zuarbeit für andere Institutionen (Partei und VBA) zu leisten. Die Polizei wird vordergründig in ihrer Rolle gestärkt und verbessert ihre regionale Anbindung, indem sie sich selbst „professionelle“ Ziele setzt, bleibt aber das Anhängsel regionaler/lokaler Strukturen, die sie finanzieren. Die PAP erfährt ihrerseits eine unvergleichliche Aufwertung zu einer schlagkräftigen Truppe für innere Sicherheit und wird in der Hierarchie auf die Spitze hin ausgerichtet, was sie (teilweise) von dem Zwang entbindet, auf lokale Befindlichkeiten Rücksicht zu nehmen.

China ist in den letzten Jahren zu einer der größten Wirtschaftsmächte der Welt geworden. Aber Chinas beispielloser Aufstieg betrifft längst nicht alle: Es gibt ebenso

viele Verlierer wie Gewinner. Bleibt das Wachstum aus, werden es mehr Verlierer sein. Die sozialen Spannungen als Ergebnis der Reformpolitik seit den 1980er Jahren verschärfen sich angesichts der Wirtschaftskrise in erheblichem Maße. Die Parteiführung hat es versäumt, Regelungsprozesse zu etablieren, die den Verlierern dieses Prozesses Möglichkeiten einräumen, ihren Protest zu artikulieren - mehr noch, sie hat der Bildung von kriminellen Strukturen durch unkontrollierte (d.h. keiner Kontrolle unterliegende) Parteikader mit fast unbeschränkter Machtfülle und aufstrebenden Unternehmern Vorschub geleistet. Sie hat es versäumt, dem Polizeiapparat die politische und finanzielle Unabhängigkeit zu gewähren, damit dieser bei Konflikten vermitteln kann. Sie hat es auch versäumt, einer gewaltsamen Eskalation vorzubauen - im Gegenteil, sie hat den Apparat zur Überwachung und Repression gezielt ausgebaut.

In Zukunft wird es immer wichtiger werden genau zu beobachten, welche Einheiten zum Einsatz kommen und warum. Denn bereits an der Zuordnung der Truppe lässt sich erkennen, in welcher Eskalationsstufe man sich befindet - und welcher Teil der chinesischen Parteielite für den Einsatz verantwortlich zeichnet. Der von den Medien verwendete (bequeme) Begriff der „Sicherheitskräfte“ greift letztlich zu kurz, will man die Konflikte, die einer Eskalation zugrunde liegen, verstehen.

Anmerkungen

1 Information Office of the State Council, Whitebook on China's National Defense in 2008, January 2009, Volltext unter http://www.china.org.cn/government/central_government/2009-01/20/content_17155577.htm.

2 Der Begriff „bewaffnete Kräfte“ umfasst alle Kräfte, die vom Staat mit Waffen ausgerüstet und eingesetzt werden, um die Sicherheit der Bürger

zu garantieren - er geht damit über den Begriff der „bewaffneten Kräfte“ hinaus, wie er im chinesischen Verteidigungsweißbuch verwendet wird, wo lediglich vier der im Folgenden angesprochen sechs Komponenten dazu gezählt werden.

3 Im Zuge einiger Reformen in den 1980er und 1990er Jahren experimentierte man unter anderem mit einer Doppelkonstruktion einer Militärkommission, die dem Staat zugeordnet und einer Militärkommission, die der Partei zugeordnet wurde - durch die personell identische Besetzung beider Kommissionen ist jedoch die Zuschreibung rein formaler Natur.

4 In der Vergangenheit wurde das Militär wiederholt in bewaffnete Auseinandersetzungen im Inland hinein gezogen - allerdings versucht die Generalität dies zu vermeiden, da eine rechtliche Grundlage für solche Einsätze fehlt und die VBA nur bedingt zu einer Koordination mit der Polizei in der Lage ist.

5 Weißbuch 2008. Mit einem so genannten „General Emergency Preparedness Plan“ hat die Militärkommission erst im November 2006 die rechtliche Grundlage für den Einsatz militärischer Kräfte bei Katastrophen und „sudden outbreaks“ geschaffen. Zur Aufstandsbeämpfung taugt dieser Plan jedoch nur bedingt. Xinhua, China News Service, 14.11.2006.

6 Je nach den örtlichen Bedingungen gibt es Vormachtstellungen von unterschiedlichen Akteuren - prinzipiell befolgt die Miliz Anweisungen und verfügt über keine eigenen Kommandostrukturen.

7 Bernstein führt die Miliz als eine Kraft an, die in Hinblick auf Aufstandsbeämpfung gestärkt werden soll, aber keine Fälle, in denen sie dann auch zum Einsatz kam. Thomas P. Bernstein, Unrest in Rural China: A 2003 Assessment, S.14 (<http://repositories.cdlib.org/csd/04-13>).

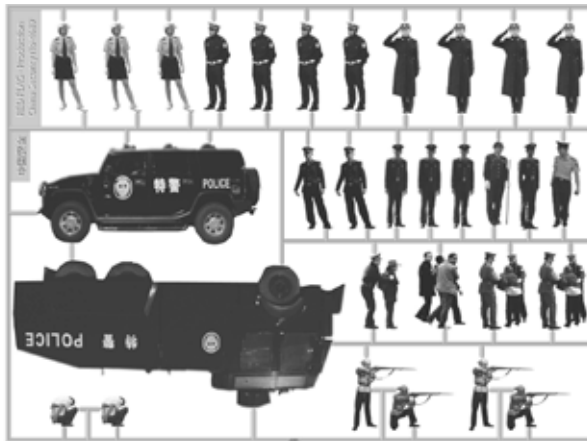
8 Die Unterscheidung einer bewaffneten zu einer unbewaffneten Polizei ist historisch in den Anfängen der VR zu verorten - die reguläre Polizei trägt inzwischen ebenso Waffen, wie die bewaffnete Polizei (PAP) - dennoch ist ein gradueller Unterschied in der Bewaffnung zu konstatieren.

9 Blasko geht von 1,7 Mio. aus und Dutten setzt die Ratio noch niedriger bei 6,5 Polizisten auf 10.000 Einwohnern an. Michael Dutton, Stichwort: Polizei, in: Schütte/Staiger, China Lexikon, Darmstadt 2003, S. 581-582. Dennis J. Blasko, The Chinese Army Today, New York 2006, S. 17. Die Zahl bei 2 Mio. anzusetzen bedeutet aber immer noch, dass China eine vergleichsweise kleine Polizeitruppe hat - gängigen Statistiken zufolge hat z.B. Deutschland 3 Polizisten auf 1.000 Einwohner, China ca. 0,7.

10 Feuerwehren sind in China paramilitärisch organisiert und bestehen zum Teil aus Wehrpflichtigen.

11 Grenzbeamte sind sowohl Mitglieder der PAP wie der regulären Polizei - neueren Schätzungen nach macht dieser Truppenteil knapp 100.000 Personen aus.

12 Hier ist auch der Personenschutz der Staatsführung verankert - er wurde schon früher bewusst nicht dem Militär überlassen, sondern



wird durch das zivile Ministerium für öffentliche Sicherheit geleistet.

13 Z.B. der große Drei-Schluchten-Staudamm wird von PAP-Firmen errichtet und von PAP-Einheiten bewacht.

14 Es entsteht immer wieder Verwirrung um die Stärke der Internal Troops - in der Literatur setzt sich die Zahl von 800.000 als Gesamtstärke der PAP durch, von denen 660.000 unter Waffen stehen.

15 Besonders oft geschieht dies in Beijing, das für den Besucher mit Armee voll gestopft zu sein scheint - hier sind es in 95% aller Fälle PAP-Mitglieder.

16 Bekanntester Fall ist die westchinesische Provinz Xinjiang, wo die PAP unter anderem massiv gegen jede separatistische Strömung vorgeht. Hier steht die PAP über der Polizei, die in ihren Kommandostrukturen die Minoritäten berücksichtigen muss. Die PAP ist in Xinjiang überdies auch kommerziell beim Straßenbau, aber auch in der Landwirtschaft engagiert.

17 Es gibt Anzeichen dafür, dass der Prozess der Sinisierung z.B. in Xinjiang seit 2000 bewusst befördert wurde, um eine zusätzliche Absicherung des han-chinesisch dominierten wirtschaftlichen Aufbauprozesses zu erreichen.

18 Gemeint ist die Politik des „kleinen Wohlstands“, die den moralischen Druck auf Unternehmer wie Bürokraten erhöhen soll, die unteren Einkommenschichten nicht zu vergessen. Wie jede „große Politik“ ist sie ein dehnbare Konzept, das auch für das Gegenteil des Intendierten eingesetzt wird.

19 Yu Jianrong, Social Conflict in Rural China, in: China Security, Vol 3 No 2 (2007), S. 2-17, S. 13 (Übers. as).

20 Yu Jianrong, Emerging Trend in Violent Riots, in: China Security, Vol 4 No 3 (2008), S. 75-81, S. 80.

21 Die Parteiführung in Beijing sieht sich durch die bekannt gewordenen Fälle zusehends unter Druck, diese Basis ihrer Legitimität auch auf diesem Wege zu pflegen. Umgekehrt sollte man sich nicht der Illusion hingeben, dass die Vorfälle an sich verurteilt werden: Amtsmissbrauch ist nur dann „schädlich“ wenn er öffentlich wird.

22 Li und O'Brien beschreiben, dass es bei der Eskalation von öffentlichen Protesten in erster Linie die Wortführer trifft, da sie nicht in die Anonymität der Masse fliehen können. Kevin J. O'Brien, Li Lianjiang, Rightful Resistance in

Rural China, New York 2006, S. 87.

23 Yu Jianrong, Emerging Trends, S. 78.

24 Kevin J. O'Brien, Li Lianjiang, Rightful Resistance in Rural China, New York 2006.

25 Die „Ernsthaftigkeit“ von so manchem Gesetzgebungsprojekt darf jedoch bezweifelt werden - letztlich entsteht bei diesem Prozess auch „Masse“ für Auseinandersetzungen, die die Zentrale wie die Regionen brauchen, um ihr politisches Überleben abzusichern.

26 O'Brien, Li, ebenda, S. 87.

27 Auf die PAP wird weiter unten noch im Detail eingegangen. Lu Gengsong, China's Armed Police and Nationalization of the Police Force, Beijing Spring,

September 2006. <http://www.bjzc.org/>. Der Beitrag von Lu findet sich auch auf Englisch unter chinascope.org/main/view/911/92/.

28 Zur Wandlung der „Einheiten“, chinesisch Danwei, sowie einer genaueren begrifflichen und historischen Bestimmung siehe David Bray, Social Space and Governance in Urban China: The Danwei System from Origins to Reform, Stanford 2005.

29 Michael Dutton, Toward a Government of the Contract: Policing in the Era of Reform, in: Børge Bakken (Hg.), Crime, Punishment, and Policing in China, Oxford 2005, S. 189-233. Dutton geht für 1998 von knapp 300.000 Sicherheitsleuten aus, die sich in den großen Wirtschaftsmetropolen konzentrieren - in Shanghai alleine sollen über 27.000, in Beijing um die 34.000 aktiv sein.

30 Das komplexe Phänomen der Wanderarbeiter in China kann hier nur angerissen werden - für eine genauere Untersuchung siehe Li Zhang, Contesting Crime, Order, and Migrant Spaces in Beijing, in, Nancy Chen, u.a., China Urban, Durham 2001, S. 201-222.

31 Weißbuch 2008, S. 52.

32 Das chinesische Original spricht von einer „kleinen Schwiegertochter, die viele Demütigungen zu ertragen hat“.

33 Lu Gengsong, 2006, die Übersetzung folgt dem chinesischen Text.

34 Sarah Biddulph, Legal Reform and Administrative Detention Powers in China, Cambridge 2007, S. 232.



Herausgeber ist die Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V.

Die Beiträge spiegeln nicht notwendigerweise die Auffassung der Informationsstelle wieder. Adresse: Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen, www.imi-online.de, e-mail: imi@imi-online.de, Tel. 07071/49154